Nr. 130. 17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 8. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes.

III.

Unsere bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß die „Centralisation der Krankenkassen", die schaffen zu wollen man vorgiebt, diesen Namen in Wahrheit nicht verdient. Heute werden wir versuchen zu beweisen, daß der Preis, der für diese Reform gefordert wird, sie für Arbeitervertreter unannehmbar macht. Denn dieser Preis ist nichts Geringeres, als die Auslieferung der Krankenkassen an Unternehmertum und Gemeindebureaukratie unter Fortfall des bisherigen Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterschaft.

Diese „Reform" wird darum gefordert, weil so „dem Mißbrauch der Kassenverwaltungen zu politischen Zwecken oder gar zur Terrorisierung der Versicherten, der Aerzte, der Apotheker und der sonstigen Lieferanten der Kassen" gesteuert werden soll. Wo ein solcher „Mißbrauch" hervorgetreten, das zu sagen, unterläßt Hoffmann; er unternimmt nicht einmal den Versuch, seine Behauptung durch Anführung auch nur eines Beispiels zu beweisen, sondern drückt sich um diese doch so selbstverständliche Verpflichtung mit der nichtssagenden Redewendung herum: „Das Bedürfnis nach einer solchen Reform ist aber an der Hand der Erfahrungen so allgemein anerkannt, daß von einer näheren Begründung hier abgesehen werden kann." Leider nur ist dies Manöver, das als „allgemein anerkannt" hinzustellen, wofür man Beweise nicht hat, schon zu alt und abgebraucht, als daß es auf denkende Menschen noch Eindruck macht. Was Hoffmann allenfalls anführen könnte, um den „Mißbrauch der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken" zu beweisen, das beschränkt sich fast ausnahmslos darauf, daß Arbeitervertreter in Kassenvorständen bei Besetzung von Beamtenstellen usw. unter sonst gleichen Verhältnissen denjenigen den Vorzug geben, welcher ihnen als Parteigenosse, bez. aus der Gewerkschaftsbewegung bekannt war. Zu Gunsten eines solchen Vorgehens kann man noch anführen, daß in den Augen der meisten Kassenmitglieder eben die so bekundete sociale Gesinnung eine besondere Befähigung für die socialen Aemter der Kassenverwaltung darstellt, welche unter sonst gleichen Bedingungen diesem Bewerber den Vorrang verschafft. Trotzdem mag vom Standpunkt der strengsten Moral vielleicht selbst ein solches Vorgehen anfechtbar erscheinen; nur sind leider sowohl unsre Regierungskreise, als auch das Unternehmertum die allerletzten, die berechtigt wären, einen so strengen Maßstab anzulegen. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, und wer selbst die Begünstigung des politischen Gesinnungsgenossen, die Anfeindung und Zurücksetzung des politischen Gegners, die Vetterwirtschaft usw. in so ausgedehntem Maße betreibt, wie es in manchen Regierungskreisen und im Unternehmertum der Fall ist, der hat wahrhaftig nicht das Recht, über den „Mißbrauch der Kassenverwaltung zu politischen Zwecken" Klage zu führen. Gerade aus der Verwaltungspraxis der Krankenkassen, welche unter dem Einfluß des Staats, bezw. des Unternehmertums stehen, lassen sich zahllose Beispiele dafür anführen, daß bei der Besetzung, bez. Entziehung von Kassenstellen — namentlich Kassenarztstellen — die politische Gesinnung oder die verwandtschaftlichen Beziehungen zum Betriebsleiter, nicht die persönliche Tüchtigkeit ausschlaggebend waren.

Diese „Mißbräuche", diesen „Terrorismus" beseitige man zuerst; dann mag man das Recht in Anspruch nehmen, die unter dem Einfluß der Arbeiterschaft stehen Kassenverwaltungen der Parteilichkeit anzuklagen.

Die gewünschte Reform der Kassenverwaltung soll dadurch angestrebt werden, daß man die Arbeitgeber zur Zahlung der Hälfte der Beiträge verpflichtet, und ihnen dafür im Vorstande und der Generalversammlung die Hälfte der Stimmen einräumt. Da bisher die Arbeiter zwei Drittel, die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge aufbrachten, bedeutet das also — wenn man annimmt, daß die Beitragshöhe die gleiche bleibt — eine Mehrbelastung der Arbeitgeber um ein Sechstel der Gesamtbeiträge und eine entsprechende Entlastung der Arbeiter. Daß dieser Vorschlag auch in Unternehmerkreisen, insbesondere soweit sich diese zum „Mittelstand" rechnen, lebhaften Widerspruch finden wird, ist klar, kehren doch schon heut die Klagen über die unerschwinglichen Lasten der „socialen Gesetzgebung" ständig wieder. Hoffmann selbst scheint an diesem Widerstand auch nicht zu zweifeln, und er sucht ihn durch den Hinweis darauf zu beschwichtigen, daß bei einer Centralisierung der Kassen mit Sicherheit auf eine Herabsetzung der Beiträge gerechnet werden kann", und daß daher „diese ohnehin nur geringfügige Mehrbelastung gegenüber den bisherigen Beiträgen überhaupt nicht zum Ausdruck kommen" wird. Wir halten die Unternehmer denn doch für zu gute Rechner, als daß sie sich dadurch bethören lassen und ihren Widerstand gegen die Neuverteilung der Beiträge fallen lassen könnten. 1897 betrugen die Gesamtausgaben der Orts-Krankenkassen (ausschließlich der Kapitalanlagen) 61 469 676 M.; davon entfielen auf Krankheitskosten insgesamt 53 038 746 M. Es verbleiben also für Verwaltungskosten usw. nur 8 430 930 M., und nur bei diesem Posten kann eine Ersparnis durch die Centralisation erwartet werden, zumal wenn man von einer „gesteigerten Fürsorge für die Erkrankten" spricht. Also: bei einem Posten, der etwa 1/7 der Gesamtausgaben darstellt, sind Ersparnisse in einer gewissen Höhe zu erwarten, dafür bedingt aber die Verlängerung der Unterstützungsdauer nach Hoffmanns eigener Schätzung eine Erhöhung der bisherigen Ausgaben um etwa 1/8. Und da versucht Hoffmann den Unternehmern einzureden, daß eine Erhöhung ihres Beitragsanteils um die Hälfte — von 1/3 auf 1/2 — „überhaupt nicht zum Ausdruck kommen" würde. Das beweist doch eigentlich eine Nichtachtung für die geistigen Fähigkeiten des Unternehmertums, wie sie in dieser Schärfe bisher nicht einmal von socialdemokratischer Seite zum Ausdruck gekommen ist.

Andrerseits sollte gerade der Hinweis darauf, wie geringfügig die Mehrbelastung der Unternehmer sein würde und wie dieselbe „reichlich aufgewogen" wird durch die Berechtigung, in gleichem Maße wie die Arbeiter an der Verwaltung teilnehmen zu dürfen", den Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß die Entlastung, die ihnen geboten wird, nur ein Scheinvorteil ist, durch den sie sich nicht beeinflussen lassen dürfen. Man erweist dieser Entlastung wohl noch eine zu hohe Ehre, wenn man sie als ein Linsengericht bezeichnet für das die Arbeiter ihr bisheriges Vorrecht in der Kassenverwaltung nicht verkaufen dürfen. Bisher hatten die Arbeiter, entsprechend ihrem Beitragsanteil, zwei Drittel der Stimmen im Kassenvorstand und Generalversammlung und damit den maßgebenden Einfluß auf die Kassenverwaltung. Das war auch deshalb durchaus berechtigt, weil ja die Arbeiter, nicht die Unternehmer, den alleinigen Gegenstand der Krankenfürsorge von seiten der Kasse sind, und der größere Einfluß, den sie bisher hatten, durchaus nur ihrem größeren Interesse entspricht. Das soll nun anders werden. Mit der Steigerung des Beitragsanteils der Unternehmer soll auch ihr Einfluß entsprechend gesteigert werden. Da die Vertretung der Arbeiter in der Kassenverwaltung unter der lebhafteren Fluktuation der Arbeiterbevölkerung, ihrer stärkeren beruflichen Inanspruchnahme usw. mehr zu leiden hat als die Vertretung des Unternehmertums, so würde das in sehr vielen, vielleicht den meisten Fällen die Auslieferung der Kassen an das Unternehmertum bedeuten. Vom socialen Standpunkt wäre das höchst bedauerlich; denn weite Kreise des Unternehmertums betrachten die Kassenverwaltung sicherlich nur vom Finanzstandpunkt, würden nur die thunlichste Herabsetzung der Beiträge im Auge haben und unter solchen Verhältnissen ist die so notwendige „gesteigerte Fürsorge für die Erkrankten" kaum zu erwarten.

Dies Bedenken ist nicht etwa nur der Ausfluß politischer Voreingenommenheit gegen das Unternehmertum, sondern Hoffmann beweist die Bedeutung des finanziellen Moments für das Unternehmertum selbst, indem er „die geringfügige Mehrbelastung", welche die Erhöhung des Beitragsanteils zur Folge haben wird, dem Unternehmertum erst noch mundgerecht zu machen versucht.

Dabei wäre nicht einmal vom finanziellen Standpunkt die Gleichstellung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch den Hinweis auf die gleichen Beiträge zu rechtfertigen. Abgesehen davon, daß von unsrem Standpunkt die Arbeitgeberbeiträge nur ein Bruchteil des Mehrwertes sind, den der Arbeiter für den Unternehmer schafft — daß andrerseits die Anhänger der heutigen Gesellschaftsordnung in dieser Beitragsleistung nur eine Modifikation der Lohnzahlung erblicken können, verdient doch auch das noch hervorgehoben zu werden, daß diese Beiträge zu einem sehr erheblichen Teile als Aequivalent (Ersatz) dienen für die Kosten, welche den Krankenkassen aus der Unterstützung der Unfallverletzten während der ersten dreizehn Wochen erwachsen. Daß die Unterstützung der Unfallverletzten allein den Unternehmern obliegen sollte, darüber sind alle einig. Aber mit Rücksicht auf die Krankenkassen-Beiträge der Unternehmer überläßt man der Krankenversicherung die Unterstützung der Verletzten während der ersten dreizehn Wochen, und wälzt damit auf diese 5/6 aller Unfälle ab. Dann verweigert man in den Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht, weil ja nur die Unternehmer die Kosten aufbringen, und bewilligt andrerseits den Unternehmern in den Krankenkassen einen ihrem Beitragsanteil genau entsprechenden Einfluß, trotzdem von den Unternehmerbeiträgen ein sehr großer Teil durch die Unfallskosten in Anspruch genommen wird. Nur wer ganz den Geist preußisch-deutscher Rechtspflege in sich aufgenommen hat, wird darin eine gerechte Verteilung von Pflichten und Lasten erkennen können.

Aber noch „eine weitere Verbesserung der Verwaltung der Krankenkasse" wird in Aussicht genommen: die Kassenverwaltung soll an die Gemeindeverwaltung angegliedert werden, indem die Gemeinde das Recht erhält, den Vorsitzenden und die Beamten der Kasse zu ernennen. Für diese „Reform" ist wohl neben der Abneigung gegen die Besetzung dieser Stellen mit Socialdemokraten maßgebend der Wunsch gewesen, für die stetig wachsende Zahl der Militäranwärter vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Und das ist zugleich charakteristisch für den Wert dieses Vorschlags. Gerade in der Kassenverwaltung können jeden Augenblick Fragen auftauchen, deren zutreffende Beantwortung nur bei ausreichender Erfahrung im praktischen Erwerbsleben möglich ist. An die Stelle der bisherigen Beamten, die in ihrer früheren Thätigkeit derartige Erfahrung zu erwerben vermochten, soll aber künftig der Militäranwärter treten, dem solche Verhältnisse durchaus fremd sind, und der nur eine, allerdings hervorragende Eigenschaft für sein neues Amt mitbringt: die Schneidigkeit, der er gegenüber den kranken Mitgliedern ruhig freien Lauf lassen kann, da diese ja auf seine Ernennung oder Absetzung ganz ohne Einfluß sind. Und der Grund für diese Aenderung? Die Orts-Krankenkassen lassen „sich wegen des mangelnden amtlichen Charakters in die Behördenorganisation nicht einrangieren" und den bisherigen Beamten kann, da sie, „von wenigen Kassen abgesehen, lediglich auf Kündigung und ohne Pensionsansprüche angestellt sind", „das volle Pflichtgefühl der Staatsbeamten leicht fehlen".

Man wird schwer Aussprüche finden, die in dieser Kürze ein so treffendes Bild von der Anschauungswelt des heutigen preußischen Beamten geben.

In einem Schlußaufsatz werden wir nach einer kurzen Nachlese die Frage erörtern, was die Arbeiter und was insbesondere die Krankenkassen thun sollten, um den drohenden Schlag abzuwehren.

C. F.

* * *

Es geht uns folgende Zuschrift vom Genossen Stadthagen zu:

Die Ausführungen im gestrigen Leitartikel des „Vorwärts" über die Abänderung des Kranken-Versicherungsgesetzes geben der Anschauung Raum, als ob die socialdemokratische Reichstagsfraktion die Ansicht vertreten hätte, daß für eine über dreizehn Wochen hinaus andauernde Krankheit die Invalidenversicherung und nicht die Krankenversicherung einzutreten hätte, als ob sie also gegen eine Ausdehnung der Mindestleistungen der Krankenkassen auf 26 Wochen gewesen wäre und als ob sie die Gründe, die der Verfasser des Artikels anführt, hierfür geltend gemacht hätten. Nichts ist irriger als diese Anschauung. Die Fraktion hat stets eine Ausdehnung der Krankenversicherungszeit verlangt, nie ein Eintreten der Invalidenversicherung an Stelle der Krankenversicherung. So hat die Fraktion bei Gestaltung der Krankenversicherungs-Novelle im Jahr 1891 in der Kommission den Antrag gestellt, die Dauer der Gewährung von Krankengeld von 13 auf 52 Wochen als Mindestleistung festzusetzen. Aktenstück Nr. 381 der Session 1890/92 S. 2334.) Denselben Antrag hat sie im Plenum wiederholt (Drucksache Nr. 521 derselben Session und die stenographischen Berichte über die Reichstags-Verhandlungen). Wiederholt ist von ihren Rednern im Plenum hervorgehoben, daß die 13 Wochen bei weitem nicht ausreichen. Bei Gelegenheit der Beratung der Invalidenversicherungs-Novelle hat sie sowohl im Plenum wie in der Kommission beantragt, das Krankenkassen-Gesetz dahin zu ändern, daß als Mindestleistungen der Krankenversicherung 26 statt 13 Wochen gesetzt werden (Drucksache 270 S. 1292, 1793, Drucksache 316 S. 2155 der Session 1898/1900). Außerdem hat sie den Antrag gestellt, volle Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungs-Gesetzes schon dann anzunehmen, wenn jemand ununterbrochen 13 Wochen krank ist. Keineswegs hat sie diese Forderung an Stelle der Krankenversicherung treten lassen wollen oder gar eine solche Forderung mit der in dem Artikel als möglich angeführten Begründung verteidigt. Infolge der fortdauernden Betonung der Notwendigkeit einer Ausdehnung der Mindestleistung der Krankenversicherungszeit durch die socialdemokratische Fraktion hat sich der Reichstag zu der Resolution, eine Ausdehnung auf 26 Wochen zu fordern, und die Regierung zu der Inangriffnahme der Erfüllung dieses Versprechens endlich entschlossen. Die Forderung einer 26 wöchentlichen Krankenversicherungszeit ist, wie fast alle in dem Entwurf der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz enthaltenen Verbesserungen, auf das Verlangen der Reichstagsfraktion zurückzuführen.

Diesen aktenmäßig feststehenden Vorgängen gegenüber liegt m. E. keinerlei Grund vor, der Reichstagsfraktion eine Aenderung ihrer Stellung auf diesem Gebiet zuzumuten.

Berlin, den 7. Juni 1900. A. Stadthagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni.

Der Reichstag

brachte in seiner gestrigen — Donnerstags- — Sitzung die zweite Beratung des Flottengesetzes zu Ende. Um das Flottengesetz selbst handelte es sich freilich nicht mehr, — denn mit Annahme § 1 war es angenommen —; die Debatte drehte sich um die Deckungsfrage, die durch die bekannten Praktiken in die Flottenvorlage hineingebracht worden ist. Im § 5 des Gesetzes heißt es zwar: die Feststellung der Ausgaben für die Flotte habe jährlich zu erfolgen. Damit ist scheinbar das Budgetrecht des Reichstags gewahrt. Aber gleich der nächste Paragraph (6) bestimmt, daß die Kosten in Form einer Börsen-Stempelsteuer aufgebracht werden sollen. In einem Atem wehrt man also das Recht des Reichstags, den Flottenetat jährlich festzusetzen und bewilligt der Regierung Steuern, welche es ihr ermöglichen, die Ausgaben für die Flotte ohne Bewilligung des Reichstags zu bestreiten. Es ist das charakteristisch für die unehrliche Art, mit der in diesem ganzen Flottengeschäft vorgegangen ist.

Anfangs, als das Centrum noch zimperlich that und seine Wähler einseifen mußte für das große nationale Wettbarbieren (über den Löffel), da ward mit frommem Augenaufschlag beteuert, die Flottenkosten sollten den Reichen auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer ward in Aussicht gestellt. Sobald jedoch das Geschäft perfekt und die Möglichkeit einer Reichstags-Auflösung mit sofortiger Rechenschaft vor den Wählern beseitigt war, da lautete die Lösung anders: man apportierte der Regierung verschiedene Steuern, besonders Stempelsteuern, die, unter dem Vorwand, die Börse zu treffen, Handel und Industrie belasten und zum großen Teil von den „kleinen Leuten" getragen werden müssen.

Für den Bildungszustand des Centrums und seiner junkerlichen Spießgesellen sind bezeichnend die abenteuerlichen Vorstellungen, welche sie von der Börse haben. Die Börse ist ihnen der Inbegriff alles Schlechten; sie verkörpert das gleißende Gold und alle Sünden, zu denen es verführt. Die schlimmste aller Börsensünden ist aber, daß das Gold nicht den Junkern gehört. Mühe genug geben sie sich ja, nur nicht die: das Wesen der Börse zu erfassen und die Vorteile, die sie bietet, in geschäftsmäßiger Weise sich zuzuwenden. Die Börse ist ihnen ein zweites Monte Carlo — und wie sie nach Monte Carlo gehn, um die Bank zu sprengen, so auf die Börse und an die Börse, um sich ohne Arbeit die Tasche zu füllen. Herr Siemens von der Deutschen Bank hielt ihnen gestern eine Vorlesung über das Wesen der Börse und ihre Notwendigkeit in der heutigen Gesellschaft, allein das prallte an den Centrums- und Junkerschädeln ebenso ab, wie die Belehrung, die ihnen später noch Richter und Bebel gaben. Umsonst wurde ziffernmäßig der Nachweis geführt, daß die Gesetze gegen die Börse nur dem Börsenproletariat geschadet, die Börsenmagnaten dagegen kolossal bereichert haben. Umsonst zeigte man den Herren, daß ihre sogenannte Mittelstandspolitik thatsächlich den Ruin des Mittelstands in Deutschland beschleunigt habe und auf Millionär-Züchterei hinausgelaufen sei. Für Argumente sind die Centrums- und Junkerschädel undurchdringlich.

Bebel, der zweimal sprach, geißelte namentlich, gestützt auf massenhaftes Material, die Haltung des Centrums in der Deckungsfrage. Wie am Tag zuvor übernahm Herr Gröber wieder die Rehabilitation des Centrums und in ihr seine eigne. Eine doppelte Negerwäsche — mit dem Erfolg aller Negerwäschen. Herr Gröber fühlte auch die Erfolglosigkeit seines heißen Bemühens und suchte sich, wie das in solchen Fällen meistens geschieht, zu helfen durch — Schimpfen. Er hatte die Stirn, von „Schutztruppen

der Börse" zu reden — ein Wort, das ihm von Bebel den verdienten Zuruf: „unverschämt" eintrug.

Wenn wir noch erwähnen, daß Kardorff, Kanitz und Paasche an der Debatte sich beteiligten, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung von den Steckenpferden machen, die alle geritten wurden. Doppelwährung, geflickte Strohdächer, Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung des deutschen Kapitals in den künftigen Handelsverträgen — alles ging wie Kraut und Rüben durcheinander.

Nachdem Gröber und Kanitz — Centrumsmann und Junker — noch feierlich erklärt hatten, daß sie, wenn die Steuern nicht im Sinn des § 6 angenommen würden, vermutlich gegen die Flottenvorlage stimmen müßten, konnte Richter unter lautem Gelächter des Hauses konstatieren, daß die Flottenbegeisterung genau ein Zehntel vom Tausend der Stempelsteuer — das ist die Forderung der Vorlage — wert ist.

Der § 6 wurde hierauf von dem schwachbesetzten Hause bewilligt und der Rest der Flottenvorlage erledigt.

Schluß der Sitzung ½6 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Die neuen Tarife und Steuergesetze. —

Ueber den Stand der Kanalvorlage

brachte die Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses, die erste nach den Pfingstferien, endlich Aufschluß. Die freisinnigen Abgeordneten Brömel und Dr. Langerhans hatten folgende Interpellation eingebracht:

„Welche Gründe veranlassen die königliche Staatsregierung, die bereits in der Thronrede vom 9. Januar d. J. angekündigte Vorlage eines Entwurfs zu einem Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin hinauszuschieben, obwohl die schleunige Herstellung dieser Wasserstraße im Interesse des ersten Seehandelsplatzes Preußens angesichts der für den 16. Juni dieses Jahres bevorstehenden Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals eine dringende Notwendigkeit ist?"

Unterzeichnet hatten diese Interpellation auch eine Anzahl konservative Agrarier, die zwar nach wie vor heftige Gegner des Mittelland-Kanals sind, aber trotzdem den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin im Interesse der Provinz Pommern wünschen. Es war voraus zu sehen, daß sich die Debatte nicht auf die Frage des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin beschränken, sondern daß dabei der Stand der Kanalfrage überhaupt aufgerollt würde.

Nachdem Abg. Brömel die Interpellation mit dem Hinweis auf die Schädigungen begründet hatte, die Stettin durch den Elb-Trave-Kanal erfahren würde, verlas Minister von Thielen im Namen des Staatsministeriums eine längere Erklärung, die darin gipfelt, daß die Regierung nach wie vor die Absicht hat, dem Landtage eine erweiterte Kanalvorlage zugehen zu lassen, daß sich aber diese Absicht in der bereits weit vorgeschrittenen Session nicht mehr verwirklichen lasse. Die Regierung werde, so schwer es ihr auch falle, die erweiterte Kanalvorlage dem Landtage erst in seiner nächsten Session, dann aber auch so frühzeitig unterbreiten, daß die Beratung dieser für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes so hochwichtigen Vorlage in aller Ruhe und Gründlichkeit erfolgen könne. Einer Trennung einzelner Projekte, z. B. des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, von der ganzen Kanalvorlage könne die Regierung nicht zustimmen.

Befriedigung hat diese Erklärung auf keiner Seite hervorgerufen, bei den Agrariern nicht, weil daraus hervorgeht, daß die Kanalvorlage nicht endgültig aufgegeben ist, und bei den Vertretern der Industrie deshalb nicht, weil diese so „hochwichtige" Vorlage mindestens auf ein Jahr aufgeschoben ist. In der That bedeutet die Erklärung ein Zurückweichen der Regierung vor agrarischen Sondergelüsten. Noch im vorigen Jahr erschien die Vorlage so bedeutend, daß Beamte, die es mit ihrer Pflicht als Abgeordnete nicht vereinbaren konnten, dafür zu stimmen, zur Disposition gestellt wurden. Und heute trägt dieselbe Regierung kein Bedenken, den Bau des Kanals noch länger hinauszuschieben. Feierlich versprochen war die Vorlage schon für diese Session.

In der Debatte traten wieder die alten Gegensätze zwischen Osten und Westen, zwischen Landwirtschaft und Industrie scharf zu Tage. Neue Argumente wurden weder für noch gegen die Kanalvorlage angeführt.

Bemerkenswert ist, daß Herr v. Miquel der Verhandlung nicht beiwohnte; er hat es vorgezogen, nach Posen zur Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung zu fahren.

Außerdem erledigte das Haus nur noch eine Anzahl von Petitionen von Eisenbahnbeamten, alter Gepflogenheit getreu nicht im Sinne der Petenten.

Am Freitag beginnt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Maßregeln gegen die Hochwassergefahren. —

Katholische Arbeiter und Centrumspolitik.

Der Frankfurter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, über den wir an andrer Stelle ausführlich berichten und der noch eine eingehende Würdigung wird erfahren müssen, hat sich zu einer schweren Anklage gegen die arbeiterfeindliche agrarische Centrumspolitik gestaltet. Ohne daß die Partei genannt wurde, richteten sich die schärfsten Angriffe gegen das Centrum, das ursprünglich die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen hat, um sie als Kampforganisation gegen die Socialdemokratie zu mißbrauchen.

Es war insbesondere ein wuchtiger Hieb gegen das Centrum, als der Gewerkschaftssekretär Braun ausführte, daß alles, was dem Arbeiter durch die staatliche Arbeiterversicherung geboten, ihm durch die verteuerten Lebensmittel zehnfach wieder genommen werde. Ueber das Ziel dieses Angriffs kann kein Zweifel möglich sein. Denn das Centrum hat ja soeben seine Zustimmung zur Flottenvorlage von der Erhöhung der Getreidezölle und damit von einer weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise abhängig gemacht.

Das Centrum ist als Regierungspartei auf der Höhe der Macht angelangt. Es beginnt sich aber zugleich an ihm zu rächen, daß es seine Herrschaftsmacht durch den Verrat der Volksinteressen erkauft hat. Es gärt in den Massen seiner Anhänger und seine zweideutige, unehrliche Politik wird es mit der Zeit unten verlieren lassen, was es oben gewonnen hat. Wird es aber erst von den Massen in Stich gelassen, dann ist es auch mit dem Einfluß in der Regierung vorbei. Ob später oder früher, der Zusammenbruch ist unvermeidlich. —

* * *

Deutsches Reich.

Zum französischen Arbeiterschutz-Gesetz

(Gesetz Millerand) schrieb kürzlich die „Soc. Praxis" u. a. folgendes: „Es bildet einen wuchtigen Markstein in der social-legislatorischen Entwicklung des Landes; ja man dürfe vielleicht sagen, daß es dasselbe an die Spitze der socialpolitischen Bewegung in Europa bringe". „In allen Gewerbebetrieben", hieß es sodann, „tritt unter Vereinheitlichung der Beschäftigungsdauer für alle Arbeiterkategorien sofort ein elfstündiger Normalarbeitstag in Kraft. Nach Ablauf von zwei Jahren wird die Arbeitsdauer auf 10½, nach weiteren zwei Jahren auf 10 Stunden herabgesetzt. In ihren Bereich ziehen diese Vorschriften nahezu die Hälfte aller Betriebe und ungefähr ⅔ der gesamten industriellen Arbeiterschaft." Nochmals wurde hierauf betont, es sei kaum übertrieben zu behaupten, daß mit dem „Erlaß dieses Gesetzes die französische Nation sich anschicke, in der europäischen Socialpolitik die Führerrolle zu übernehmen".

Zu dieser Aeußerung nimmt jetzt die „Kreuz-Ztg." Stellung; sie meint, daß dies doch eine „gewagte Behauptung" sei, schon deswegen, weil Frankreich noch keine Arbeiterversicherungsgesetze habe.

„Ganz abgesehen hiervon," heißt es dann weiter, „kann aber durchaus nicht zugegeben werden, daß die gesetzliche Feststellung einer gleichmäßigen Arbeitszeit als solche schon einen so wesentlichen Fortschritt bedeutet, um der hier vorangehenden Nation die „Führerrolle in der europäischen Socialpolitik" zu sichern. Einmal gehören eine Menge besondrer Voraussetzungen dazu, um aus dieser Bestimmung eine für die Arbeiterwelt sachlich wertvolle Gabe zu machen; sodann ist die elfstündige Arbeitszeit nicht so niedrig gegriffen, um verlockend zu wirken, und endlich trifft es nicht einmal zu, daß Frankreich in dieser Hinsicht den ersten Schritt gethan habe. Schon vor Jahren ist ihm die Schweiz darin vorangegangen, und auch in Cisleithanien ist die Arbeitszeit in Fabriken, wenn wir uns nicht irren, in annähernd ähnlicher Weise geregelt."

Mit Recht verweist die „Kreuz-Ztg." sodann darauf, daß das französische Gesetz sich mit den Anforderungen der Arbeiterschaft keineswegs decke, denn diese seien ja auf den achtstündigen Arbeitstag gerichtet.

Die Kropatschek und Genossen aber werden nun gewiß ihre Konsequenzen aus dem obigen ziehen; sie werden, um den so gering geschätzten französischen Zehnstundentag zu überbieten, bald das bisher Versäumte nachholen und den Antrag auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentags im Reichstag stellen. Dem Einwand, daß der Sprung — namentlich für die Landarbeiter — von 16 auf 8 Stunden etwas groß sei, werden sie mit dem verständigen Hinweis begegnen, daß die „gesetzliche Festlegung einer gleichmäßigen Arbeitszeit" niedrig genug sein müsse, um „verlockend" zu wirken. Außerdem dürfen ja echte Patrioten nicht dulden, daß der Erbfeind schon durch den „vergleichsweise mäßigen Fortschritt" das Land der Socialreform weit überholt.

Das Blatt schließt:

„Daß ein socialdemokratischer Handelsminister wie Millerand für die Arbeiter etwas thun muß, wenn er sich nicht unmöglich machen will, liegt auf der Hand, und wir zweifeln nicht, daß er, wenn er die Hände frei hätte, d. h. über eine unbedingt willige parlamentarische Mehrheit verfügte, viel weiter gehen würde, als er gethan. Er hat sie aber eben nicht frei, sondern muß mit den Anschauungen des Unternehmertums rechnen, so schwer ihm das von seinem Standpunkt fällt, d. h. er sieht sich genötigt, Kompromisse zu schließen, die im Grunde keinem der Nächstbeteiligten gefallen, sicherlich aber nicht das sind, was ein gewisser auslandsbegeisterter Uebereifer schleunigst daraus macht."

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die „Kreuz-Zeitung" mit diesen Worten für ein ganz socialistisches Ministerium plädiren will, um es fähig zu machen, frei und unabhängig die von der Junkerschaft plötzlich befürwortete radikale Socialreform durchzuführen. —

Ueber die „satanische" Agitation der Socialdemokratie entrüstet sich der noch immer in frommen Pfingstgefühlen schwelgende „Reichsbote". Von „durchaus zuverlässiger Seite" läßt er sich aus Sachsen über den Vortrag referieren, den der „eben erst aus dem Gefängnis entlassene socialdemokratische Agitator Wolfsdorf" in Thale gehalten hat. Besagter Genosse soll u. a. folgende Ausführungen gemacht haben: „Wir wissen, daß Christus nicht Gottes Sohn, auch nicht das Lamm war, welches der Welt Sünde trägt, sondern ein gelernter Zimmermann. Seine Kenntnisse hat er sich bei indischen Buddha-Priestern erworben. Er war der erste, und zwar ein mächtiger Agitator von echt demokratischer Gesinnung, ein politischer Erneuerer, nicht etwa ein religiöser Reformator. Er löst alle Familienbande auf; denn er sagt: Vater und Mutter, Weib und Kind sollt ihr verlassen und mir folgen; die freie Liebe läßt sich eher auf Jesu Lehren gründen, als der Ehestand. Er löst auch die Bande der Pietät; er wollte, daß der Unterschied von Arm und Reich verschwinden solle, ja er wollte sogar teilen; er machte das Volk aufrührerisch, wie es in der Anklage gegen ihn heißt. Seine Verschwörer, die auch bewaffnet waren, genossen, bevor es zum Hauptschlag kommen sollte, nach damaliger Sitte ein Mahl, in den Wein waren einige Tropfen vom eignen Blute des Anführers geträufelt, woraus man das Abendmahl gemacht habe ... Die ganze Lebensgeschichte Jesu sei eine Priesterfälschung, zusammengestellt aus der Lebensgeschichte Buddhas und dem alten Testament. Die Kirche habe demnach keinen Anspruch auf Jesum, sondern nur die Socialdemokratie, denn diese will seine Lehren verwirklichen" usw.

Wir gestatten uns, trotz der betonten Zuverlässigkeit des Berichts, die sinn-, geschweige denn wortgetreue Wiedergabe des Vortrags ernstlich anzuzweifeln. Unser Genosse mag wohl mit ein bißchen andern Worten etwas Aehnliches gesagt haben, allein das, was der zuverlässige Berichterstatter ihm sagen läßt, wird er schwerlich gesagt haben. Aber selbst wenn ein spintisierender Kopf, dem trotz Wissensdrangs die Bildungsmöglichkeiten verschlossen waren, sich die biblischen Historien in diesem naiven Sinne gedeutet hätte, was wäre „Satanisches" daran? Oder will der wahrheitsliebende „Reichsbote" etwa behaupten, daß diese Art von biblischer Exegese etwas typisch Socialdemokratisches sei? Vollends komisch ist es aber, wenn der „Reichsbote" pathetisch schließt:

„Hieraus ergiebt sich wieder, daß die Socialdemokratie nichts andres ist als Feindschaft gegen Christentum, Staat und Gesellschaft, um die volle Emancipation des Fleisches aufzurichten, in der alle Bande der Sitte und Ordnung gelöst sind und die Menschen wie die Herdentiere leben."

Die socialdemokratische „Feindschaft gegen Christentum, Staat und Gesellschaft" ist allerdings nichts weniger als eine funkelnagelneue Entdeckung des „Reichsboten", ebenso wie der socialistische „Karnickelstall" bereits eine zukunftstaatliche Prophezeiung des wackeren Hammerschmiedes von Saarbrücken ist. —

Zur Naturgeschichte des Freisinns. „Eine Ausbeutung des unverständigen Publikums **durch habsüchtige und gewissenlose Menschen** hat zu allen Zeiten stattgefunden und wird stattfinden, so lange es vertrauensselige Gemüter giebt. Das eine Mal ist es ein evangelisch frommer Stadtgerichtsrat Hufeland, ein andres Mal eine katholisch bigotte Adele Spitzeder, und ein drittes Mal sind es die jüdischen Bankiers Wolff und Friedländer, die sich solcher Missethaten schuldig machen. Sie sind durch Strafandrohungen nicht abgeschreckt worden und werden durch strengere Strafandrohungen ebenso wenig abgeschreckt werden.

„Das **gewerbsmäßig betriebene Laster der Unsittlichkeit** hat zu allen Zeiten geherrscht, und wer die Urkunden der Sittengeschichte kennt, wird wissen, daß es zu jeder Zeit so schlimm getrieben wurde, wie heute, und daß bis zur Stunde das Mittel, es einzuschränken, noch nicht gefunden worden ist. **Arbeitseinstellungen und Aussperrungen** sind ebenso wenig wie Revolutionen mit Rosenwasser gemacht worden.

„Es versteht sich ganz von selbst, daß man alle **solche Missethaten** nicht straflos läßt, und sie sind bei uns jederzeit mit angemessenen Strafen bedroht worden. Aber der Gesetzgeber soll, wenn auch die Wogen einmal recht hoch gehen, nicht das kalte Blut verlieren und soll nicht glauben, daß er durch eine Steigerung der Strafen über das billige Maß hinaus einen Erfolg erzielt."

Diese Gleichstellung von Depotraubereien, Unzucht und — proletarischen Lohnkämpfen hat in ihrem Pfingstartikel die „Vossische Zeitung", das Organ des vornehmen freisinnigen Bürgertums fertig gebracht. Der heilige Geist des Kapitalismus ist an diesem Tage ganz besonders heftig über dies Blatt gekommen und hat es in einer Strafrede gegen den Mißbrauch des Strafrechts zu dieser tiefen Heinzefall getrieben. Wie die lex Heinze Künstler und Zuhälter verkoppelte, so stellt die würdige „Vossin" Gauner, Prostituierte und streikende Arbeiter auf eine Stufe. Das heißt noch weit unter die Gesinnungsroheit der lex Heinze hinuntersteigen. —

Ueber die Vorgänge in Konitz ist eine Interpellation im Abgeordnetenhause zu erwarten. —

Herrn v. Buchkas Rücktritt, der bereits vor 14 Tagen angekündigt worden war, ist nunmehr zur Thatsache geworden. Herr v. Buchka war seit dem 1. April 1898 Leiter der Kolonialabteilung, er hat also seinen Posten nur etwa zwei Jahre lang bekleidet. Sein nächster Vorgänger, Freiherr v. Richthofen, war zwar noch etwas kürzer im Amte, allein sein Abgang war nur die Folge seiner Beförderung zum Unterstaatssekretär, während Herr v. Buchka sich veranlaßt sah, sein Amt freiwillig niederzulegen, um einer Amtsenthebung zuvorzukommen. Jedenfalls sind es die Landverschleuderungen in Kamerun und das Sträuben gegen eine Reorganisierung des Kolonialrats gewesen, was die Stellung des Herrn von Buchka unhaltbar gemacht hat. Der Thätigkeit des Herrn von Buchka als Direktor des Kolonialamts wird wenig Rühmenswertes nachgesagt. Thatsache ist, daß er als Jurist, der als Sohn eines Ministers eine auffallend rasche Karriere gemacht hatte und mit 38 Jahren bereits zum Landgerichts-Direktor, dem die Ernennung zum Landgerichts-Präsidenten bevorstand, avanciert war, von kolonialen Dingen nicht allzuviel verstand und völlig auf die Information andrer angewiesen war. Seine Ernennung zum Kolonialdirektor soll er denn auch hauptsächlich der Empfehlung des Herzog-Regenten von Mecklenburg zu verdanken gehabt haben. Zur Zeit seiner richterlichen und konsistorialpräsidialen Thätigkeit war Herr v. Buchka Mitglied der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstags und Schwärmer für das absolutistisch-junkerliche Regiment seines Heimatländchens.

Als Nachfolger des Gegangenen wird offiziös der deutsche Gesandte in China, Dr. Stübel genannt, an dessen Amtsantritt die kolonialfreundliche Presse große Hoffnungen knüpft, da Dr. Stübel Gelegenheit gehabt habe, als Konsul und Generalkonsul in Amerika und Asien die ausländischen und kolonialen Verhältnisse aus eigner Anschauung kennen zu lernen.

Unsre wertlosen Kolonialbesitzungen wird auch der neue Kolonialdirektor nicht in koloniale Kleinodien verwandeln können, wohl aber wäre es möglich, daß die koloniale Eroberungslust in dem Weitgereisten einen eifrigen Förderer finden könnte. —

Agrarische Demokraten. Die „Kreuz-Zeitung" meint aus Anlaß der Abstimmung der süddeutschen Volkspartei über die Fleischvorlage triumphierend, daß allmählig auch die demokratischen Organe die Existenz von Agrariern in ihrer Partei zugeben und auch diese Agrarier mit entsprechenden Angriffen bedenken müssen.

Verdienter Hohn! —

Zuchthauspolitik. Die „Schles. Ztg." fordert in einem Artikel „Der verscharrte Arbeitswilligenschutz" die Regierung auf, bei der Interpellation der Socialdemokratie im Reichstag „in Beantwortung der Frage wegen der Lübeckschen Streikpostenverwendung nicht nur die formelle Rechtsfrage ihrer Vereinbarkeit mit den Reichsgesetzen zu beleuchten, sondern auch mit **aller Energie** zu betonen, daß die **Politik der Arbeitswilligenvorlage aufrecht erhalten ist und fortgesetzt wird".**

Die „Schles. Ztg." vergißt, daß die Regierung selbst so wenig Wert auf die Zuchthausvorlage gelegt hat, daß sie die schimpfliche Verscharrung nicht einmal zum Anlaß einer Reichstagsauflösung zu nehmen wagte.

Die lex Heinze-Hompesch ist bereits jetzt vom Bundesrat genehmigt und damit der Begriff der nicht unzüchtigen Schamhaftigkeitsverletzung in der reichsdeutschen Gesetzgebung verewigt worden. Sonst beeilt sich übrigens der Bundesrat nicht so, Entwürfe des Reichstags zu unterschreiben. —

Bauern gegen Bündler. Im Wahlkreis Hildesheim, wo bei der letzten Reichstagswahl von 14 570 Stimmen 5499 bündlerische Stimmen abgegeben wurden, soll jetzt von mißvergnügten Elementen in den Reihen des Bunds der Landwirte ein „Niedersächsischer Bauern- und Bürgerbund" gegründet werden, der, wie es in einem Cirkular heißt, gegenüber den vom Bauernbund vertretenen Agrarierinteressen die Interessen des kleinen und mittleren Besitzes vertreten soll. Ein Zeichen, daß es unter der bäuerlichen Gefolgschaft der Krautjunker bereits hier und da zu dämmern beginnt. —

Lage und Aussichten der Parteien in Württemberg.

Stuttgart, 6. Juni.

Die württembergische Volkspartei macht verzweifelte Anstrengungen, um von ihrer politischen Position im Schwabenland zu retten, was zu retten ist. Die Ersatzwahl in Ulm-Land, bei welcher die Volkspartei von 1262 Stimmen auf 190 Stimmen zurückgegangen ist, hat unter der Leitung der Volkspartei eingeschlagen wie ein Blitz. Nach dem Verlust von Tübingen-Stadt und Welzheim ist dieser enorme Rückgang in einem Kreis, zu dessen Eroberung ihr vor 6 Jahren nur wenige Stimmen gefehlt haben, eine böse Vorbedeutung für die kommenden Landtagswahlen. Die Volkspartei bläst daher aus Leibeskräften in das ausgebrannte Aschenhäufchen der Verfassungsreform, sie schneidet die verzweifeltsten agrarischen und mittelstandsretterischen Grimassen und biedert sich gelegentlich auch beim Centrum an, um bei dem Jüngsten Gericht der bevorstehenden Landtagswahlen mit einiger Aussicht auf Erfolg bestehen zu können. Nur so ist es zu verstehen, daß der Abg. Haußmann jetzt, da der Landtag in den letzten Zügen liegt, eine Interpellation eingebracht hat, welche die Regierung zu einer Aeußerung über ihre Stellungnahme zur Verfassungsreform im zukünftigen Landtag provozieren soll. Es sieht fast so aus, als rechne die Volkspartei mit der Möglichkeit, daß sie im nächsten Landtag nichts mehr zu sagen haben werde, und als wollte sie beizeiten ihr Gewissen salvieren. Ebenso ist es zu verstehen, daß der Abg. Haußmann jüngst Veranlassung genommen hat, dem Abg. Gröber wegen seines bekannten Gutachtens zartsinnig zu danken. Herr Haußmann hat sich bekanntlich demonstrativ zu der Aeußerung provozieren lassen, daß er es nicht für opportun halte, einen Abgeordneten wegen eines Gutachtens, das er als Richter abgegeben, im Reichstag zur Rede zu stellen. Man sieht darin allgemein eine wahltaktische Verbeugung der Volkspartei vor dem Centrum. All das wird der Volkspartei wenig helfen. Schon jetzt zeigt es sich überall, daß die kommenden Landtagswahlen, so wenig der Landtag mit der Zollpolitik zu thun hat, doch thatsächlich in der Mehrzahl der Bezirke ausgefochten werden müssen unter dem Feldgeschrei: Für oder gegen die Erhöhung der Kornzölle! Die Konservativen und der mit ihnen kartellierte Bund der Landwirte sind hier der Volkspartei, so agrarisch diese sich geberden mag, um mehrere Pferdelängen voraus und sie werden der Volkspartei mehr als ein Mandat abnehmen. Außerdem unterstützt der Bund der Landwirte die Nationalliberalen und das Centrum überall gegen die Volkspartei, so daß diese von ihren 31 Mandaten, die sie gehabt hat, jedenfalls auf die Hälfte reduziert werden wird. Der Sturz von der Höhe der parlamentarischen Macht wird also für die Volkspartei recht tief werden. Davor werden die Volkspartei auch ihre gewagtesten Sprünge, die sie bereits gemacht hat und die sie noch leisten wird, nicht bewahren. Die Volkspartei hat in Württemberg einen nur kurzen Sommer gehabt und sie hat die Ernte nicht unter Dach gebracht. Uebrigens hat dieser Tage auch der Minister des Innern, Herr Pischek, auf einer landwirtschaftlichen Versammlung eine Erhöhung des Kornzolls auf 5 Mark in Aussicht gestellt, im übrigen aber die Bauern vor einer Ueberspannung ihrer Forderungen an die Gesetzgebung gewarnt. Das wird wenig helfen; die Bauern werden bei den nächsten Landtagswahlen zum reisigen Haufen des Bunds der Landwirte strömen, um — in abermals 6 Jahren um eine Erfahrung und eine Enttäuschung reicher zu sein. —

Ausland.

Kulturbilder aus Halbasien.

Man schreibt uns aus Wien, 4. Juni:

Nach einer weit verbreiteten Meinung ist Oestreich ein Rechtsstaat, aber unausgesetzt geschehen in diesem Land Dinge, die an das finsterste Mittelalter erinnern. Eine der schmachvollsten Affairen ist der Raub eines unmündigen Judenmädchens von den galizischen Nonnen zum Zweck einer zwangsweisen Taufe. Die Angelegenheit verdient ausführlicher behandelt zu werden. Am 30. Dezember 1899 verschwand die noch nicht vierzehnjährige Tochter Michalina des Krakauer Kaufmanns Israel Aralen, während die Eltern im Tempel waren, aus dem väterlichen Hause. Der Vater erstattete sofort die Anzeige bei der Krakauer Polizeibehörde. Am folgenden Tag erfuhr er, daß sich das Kind auf Zureden einer Dienstmagd in das Kloster der Felicianerinnen begeben habe. Im Kloster weigerte man sich, ihm das Kind sehen oder sprechen zu lassen. Er richtete nun eine Eingabe an die Behörde, in der er auf Grund der Bestimmung des bürgerlichen Gesetzbuchs die obrigkeitliche Hilfe zur Erlangung seines Kindes nachsuchte. Der Polizeidirektor lehnte das Ansuchen mit den bezeichnenden Worten ab: „Was, ich soll ein Mädchen aus einem Kloster herausnehmen?" Die Oberin des Klosters erklärte auch ganz cynisch: „Wir werden uns bei Gericht bemühen, daß die Herausgabe verzögert werde, bis das Kind das Alter von 14 Jahren erreicht habe und der Taufe kein gesetzliches Hindernis mehr im Wege stehen wird". In Oestreich können nämlich Kinder in dem Alter von sieben bis vierzehn Jahren ihre Religion nicht wechseln. Das Kind wurde nun durch alle galizischen Klöster geschleppt; aber wenn der Vater den Aufenthaltsort erforscht hatte und nun die behördliche Hilfe einschritt, verschwand die Tochter; sie war in ein andres Kloster gebracht worden. Aralen wandte sich nun an den Justizminister, der thatsächlich die Staatsanwaltschaft in Krakau beauftragte, beim dortigen Landesgericht die Strafanzeige wegen Entführung eines unmündiges Kinds zu erstatten — das ist in Oestreich das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit — und einen gerichtlichen Auslieferungsbefehl zu erwirken. Das Krakauer Landesgericht lehnte unter dem Vorsitze seines Präsidenten den Antrag ab und verweigerte später dem Rechtsfreund Aralens, einem Professor der Krakauer Universität, die Einsichtnahme in die Akten mit folgendem klassischen Dekret:

„Ohne die Frage zu entscheiden, ob Israel Aralen in dieser Sache als Privatbeteiligter anzusehen sei" — der Vater nicht beteiligt bei der Entführung seines Kinds! — „wird die Einsichtnahme in die Akten verweigert, weil wichtige Gründe dem im Wege stehen". Nun wandte sich Aralen an den Ministerpräsidenten und an den galizischen Landsmannminister, und nachdem alles fruchtlos blieb, in einer Audienz an den Kaiser. Der Kaiser entließ ihn mit den Worten: „Ich werde neue Weisungen an die Behörden geben, damit diese ihre Pflicht und Schuldigkeit thun. Das war am 26. April. Die Weisungen von Wien erfolgten auch sofort, doch änderte sich gar nichts. Der Bezirksrichter antwortete Aralen, als ihm dieser zur Anzeige brachte, das Kind sei im Kloster zu Wielowes: Gehen Sie zum Staatsanwalt, er soll einen Strafantrag stellen, und unsre Sache wird es sein, diesen Antrag ebenso zu verwerfen, wie es in Krakau geschehen ist." Noch einmal wandte sich Aralen nach Wien und erhielt wieder sowohl vom Justizminister wie vom Ministerpräsidenten die Zusicherung, es werde alles aufgeboten werden, um das Kind noch vor dem 27. Mai, an welchem Tage die Michalina das religionsmündige Alter erreicht, zu erforschen und ihm zurückzustellen. Der 27. Mai ist vorüber und das Kind ist noch immer im Kloster. Es wird auch wohl schon getauft sein, und die Gerichte werden, wenn dies auch dem Gesetz nicht entspricht, dem Vater die väterliche Gewalt aberkennen. Alle staatlichen Gewalten bis zur Regierung, ja zur Krone hinauf, haben also diesen regelrechten Menschenraub nicht verhindern können.

Jedes Wort der Kritik ist angesichts der Ungeheuerlichkeit dieses Falles überflüssig. Wohlgemerkt, das ist kein vereinzelter Fall, dieser kommt in Galizien alljährlich einige Male vor. Als Aralen am 14. Februar bei Herrn Dr. Piertall, dem Minister für Galizien, erschien, erklärte dieser: „An den Mauern des Klosters hat die weltliche Macht ein Ende!" Wie wahr das ist, wie der Pfaffe hier zu Lande mächtiger ist, als alle Minister zusammen, das hat dieser vollbrachte Menschenraub schlagend dargethan!

Diese zwangsweise Bekehrung ist aber nicht bloß in Galizien im Schwang, auch in Bosnien, wohin bekanntlich Oestreich-Ungarn nach dem Mandate des Berliner Kongresses die Kultur zu tragen hat, wird von den Pfaffen dieser Menschenraub praktiziert. War noch dieser Tage in Budapest eine mohamedanische Deputation, um beim Kaiser über die das religiöse Gefühl der Mohamedaner tief verletzenden zwangsweisen Taufen Beschwerde zu führen. Herr v. Kallay, der Gouverneur der occupierten Provinzen, konnte in der Delegation nicht leugnen, daß diese Dinge vorkommen; er erzählte den Fall eines Mädchens, das in Bosnien geraubt und nach Dalmatien gebracht wurde, um dort in einem Kloster zum Christentum „bekehrt" zu werden. Herr v. Kallay versicherte, daß er sich bemüht habe, das Mädchen aus dem Kloster zu nehmen, es sei ihm aber nicht gelungen, alle Anstrengungen der Behörden blieben erfolglos. Nun muß man sich vorstellen, wie wichtig es für Oestreich ist, die religiösen Empfindlichkeiten der Mohammedaner in den occupierten Provinzen zu schonen, wie derlei gewaltsame Proselytenmacherei geeignet ist, die ganze Pacifikationsarbeit der Civilverwaltung lahmzulegen. Herr v. Kallay fühlt das auch, aber an den Pforten des Klosters hört eben auch seine Macht auf!

Einen andern Skandal deckt eine Kundgebung auf, die in Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, von Universitätsprofessoren und andern angesehenen Männern der Stadt dieser Tage erlassen worden ist. Sie wendet sich gegen die niederträchtige Art, in welcher von der Stadtbehörde die Sittenpolizei betrieben wird. Die Polizei macht nämlich einfach Jagd auf alle Dienstboten, die sich abends auf der Gasse sehen lassen. In der Kundgebung werden einige haarsträubende Vorfälle erzählt. Zwei ganz unbescholtene, bei einem Regierungsrat und einem Professor bedienstete Mädchen wurden, als sie um 7 Uhr abends aus der Kirche herauskamen, von zwei Polizeiwachtleuten festgenommen und auf die Polizei gebracht, um hier ärztlich untersucht zu werden. Das Dienstmädchen eines Gemeinderats hatte den Auftrag, zwei Damen nach Hause zu begleiten, und ging auf der Straße an ihrer Seite. Kaum hatten sie sich etwa 25 Schritt vom Hause entfernt, als das Mädchen von zwei Polizeiwachtleuten erfaßt, in die Höhe gehoben und fortgeschleppt wurde. Die Damen begannen zu schreien, es entstand ein Auflauf, die Polizeileute hieben auf das Mädchen ein, das endlich von der herbeieilenden Menschenmenge befreit wurde. Ein fünfzehnjähriges Mädchen, das von seinem Dienstgeber — einen Hofrat — geschickt worden war, Schinken zu kaufen, wurde beim Rückweg von einem Polizeiwachmann ergriffen, trotz heftigsten Sträubens und ohne daß sie auf ihre Fragen eine Auskunft hätte erhalten können, ins Rathaus in einen großen Saal, wo etwa fünfzig Weiber versammelt waren, hineingestoßen, kurze Zeit darauf in ein Zimmer geführt, wo sich vier Herren befanden. Hier wurde das fünfzehnjährige Mädchen auf einen Tisch gelegt und verlor darauf die Besinnung. Als sie zu sich kam, hörte sie einen der Herren sagen: „So laßt sie doch endlich nach Hause gehen." Die ärztliche Untersuchung hat festgestellt, daß das Mädchen gänzlich unberührt war. Daß diese Skandale nicht auf Uebergriffen einzelner, etwa besonders rohen Polizisten beruhen, sondern daß die Stadtbehörde sie auf dem Gewissen hat, geht aus der Antwort hervor, die der Bürgermeister im Gemeinderat auf eine diesbezügliche Interpellation gegeben hat. Die Sittenpolizei wäre danach in Czernowitz so betrieben, daß die Wache von Zeit zu Zeit den Auftrag erhält, jedes Dienstmädchen und wenig nobel gekleidete „Frauenzimmer", was sich nach 9 Uhr abends auf der Straße zeigt, ohne weiteres zu verhaften, ins Polizeigefängnis zu führen, wo es die ganze Nacht gefangen gehalten wird, um am andren Tage ärztlich untersucht zu werden! Daß es sich um keine vereinzelten Fälle handelt, geht schon daraus hervor, daß sich Professoren zu einer öffentlichen Demonstration in solcher Sache entschlossen haben; offenbar war es unmöglich, dem Skandal auf andre Weise beizukommen. Die Bukowina ist zwar von dem östreichischen Halbasien der asiatischte Teil, aber Czernowitz ist doch die Hauptstadt, der Sitz einer Universität und der höchsten Landesbehörden. Deshalb ist diese skandalöse Brutalität gegen anständige Mädchen ein östreichischer Skandal, der deutlich zeigt, wie niedrig das Kulturniveau in diesem verpfaffiten Staatswesen noch immer ist.

Belgien.

Brüssel, 6. Juni. (Eig. Ber.) **Die Provinzialwahlen**, die am Sonntag vorgenommen wurden, erstreckten sich auf die Hälfte der Provinzialräte. Die Klerikalen haben dank des reaktionären Wahlsystems in sechs von den neun Provinzen die Majorität. Das Wahlrecht ist an das Alter von 30 Jahren gebunden, das Proportional-Wahlsystem hat hier keine Gültigkeit. Die Wahlen haben an dem bisherigen Verhältnis eine Aenderung nicht gebracht; die liberale und socialistische Opposition behält in drei Provinzen die Majorität: in Brabant, Lüttich und Hainaut; auch die Stichwahlen, die nächsten Sonntag stattfinden, werden nichts Wesentliches mehr ändern. Obwohl die Provinzialräte nur Verwaltungs-Körperschaften sind, haben die Wahlen doch auch eine politische Bedeutung. Die Provinzialeäte haben nämlich einen Teil (26) der Senatoren zu wählen; davon entfallen auf die Provinzen, wo die Opposition die Mehrheit hat, elf. Der Genosse Edmund Picard, der berühmte Jurist, der jetzt die Partei im Senat allein vertritt, dürfte demnächst drei Kollegen bekommen. —

Für das allgemeine gleiche Wahlrecht. Der Generalrat der socialdemokratischen Partei hat beschlossen, in eine energische Agitation — im Parlament und auf der Straße — für das allgemeine Wahlrecht einzutreten. Im Parlament soll eventuell zum Mittel der Obstruktion gegriffen werden. —

Die Kammer tritt am 3. Juli zusammen; sie wird sich aber auf die Konstitution des Bureaus usw. beschränken und sich dann bis Oktober vertagen. —

Italien.

Die Wahlen werden vom „Avanti" in einem „Der Sieg" überschriebenen Artikel wie folgt charakterisiert:

General Pelloux wollte die konstitutionelle Opposition ausrotten, und siehe da, im Süden besiegt, gewinnt sie im Norden an Boden und wirft dem Ministerium die doppelte Wahl Zanardellis ins Gesicht.

General Pelloux wollte die äußerste Linke zertrümmern, und siehe da, die äußerste Linke kehrt in die Kammer zurück zahlreicher, stärker, einheitlicher, entschlossener als vorher.

General Pelloux wollte vor allem die Männer aus der Kammer hinaus treiben, die seine frechen Herausforderungen mit der „Arbeiter-Hymne" beantwortet hatten, und siehe da, mit einer Ausnahme sind all' diese Männer wieder gewählt, und zu ihrer Verstärkung noch eine Schar ebenso entschlossener Männer.

General Pelloux hatte in Giuseppe Colombo das treue Werkzeug für seine parlamentarischen Gewaltstreiche, und siehe da, die Wählerschaft von Mailand hat ihren guten lombardischen Namen dadurch wieder hergestellt, daß sie den ehemaligen Kammerpräsidenten von der politischen Bühne weggejagt hat.

Kann General Pelloux sich eine schwerere und eine schimpflichere Niederlage denken, als die, welche er erlitten hat?

Italien sollte wählen zwischen Freiheit und Reaktion, und Italien hat die Freiheit gewählt. Alle lebendigen Kräfte unsres Vaterlandes, das nicht tot ist, das nicht tot sein will, und das entschlossen ist, seine Lebenskraft zu bethätigen, haben bei dieser wunderbaren Bethätigung der Lebenskraft mitgewirkt. Der dritte Juni des Jahres 1900 ist eine ruhmreiche Etappe auf dem Wege zur Wieder- und Neugeburt.

Der „Avanti" spricht zum Schluß die feste Ueberzeugung aus, daß das Ministerium zurücktreten müsse.

Die „eine Ausnahme", deren das italienische Bruderblatt erwähnt, ist de Felice, der in Sizilien den vereinten Anstrengungen der Regierung und der Maffia erlegen ist. —

Asien.

Vom Boxer-Aufstand liegen eine ganze Reihe von Nachrichten vor, die auf eine weitere Verschärfung der Krise hindeuten. Sämtliche Mächte entsenden weitere Mannschaften nach Peking und Tientsin, auch schweben fortwährend Unterhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen China. Wenn die Mächte bisher noch keine entschiedenere Maßnahmen ergriffen haben, so liegt das wohl lediglich an dem Mißtrauen und dem Interessengegensatz, der zwischen Rußland — Frankreich einerseits und England — Japan andrerseits besteht. Es wird behauptet, daß zwischen Rußland und Frankreich eine Verständigung über ein gemeinsames, gegen England und Japan gerichtetes Vorgehen gesucht werde. Jedenfalls überwachen die beiden letztgenannten Mächte eifersüchtig jeden von Rußland unternommenen Schritt.

In Peking befinden sich gegenwärtig 500 Mann fremder Truppen, und auch in Tientsin sind inzwischen weitere 200 Mann eingetroffen, so daß eine direkte Gefahr für Tientsin nicht mehr befürchtet wird. Freilich greift der Aufstand in der Provinz immer weiter um sich, so daß die Mächte fortfahren, neue Verstärkungen heranzuziehen. Das englische Kriegsschiff „Barfleur" ist auf dem Peiho angekommen, der „Terrible" wird ihnen kurzem erwartet. Man erwartet, daß diese Schiffe weitere Truppen nach Tientsin entsenden werden. Nach einer Privatmeldung aus Peking werde nur die Ankunft des amerikanischen Kanonenbootes „Helena" aus Manila erwartet, um die internationale Blockade zu beginnen, deren Verhängung ebenfalls Gegenstand der diplomatischen Beratungen sein soll. „Helena" führt 10 Offiziere und 166 Mann und soll den Peiho bis Tientsin hinauffahren. Man glaubt, daß das Kanonenboot auch einige Compagnien Seesoldaten an Bord hat. Staatssekretär Hay hat außerdem den amerikanischen Gesandten Conzer ermächtigt, nötigenfalls vom Admiral Kempf von Manila erforderlich werdende weitere Verstärkungen zu verlangen. Conzer soll auch eifrig bemüht sein, die zwischen Rußland und Japan bestehenden Differenzen auszugleichen, um das Kollektiv-Vorgehen der Mächte zu ermöglichen. Komme es nicht zu einer Einigung der Mächte, so soll Amerika zu selbständigem Vorgehen entschlossen sein. Ein Vorgehen, daß alsbald Nachahmung finden würde.

Auch Deutschland bleibt in der Truppenkonzentration nicht zurück. Der Chef des Kreuzergeschwaders in Tschifu ist telegraphisch angewiesen worden, ein Detachement nach Tientsin zu entsenden und sich nach Vereinbarung mit dem kaiserlichen Gesandten in Peking mit den Geschwaderchefs der übrigen Mächte über weitere Maßregeln zum Schutze der dortigen Europäer zu verständigen. Eine solche Verständigung scheint allerdings kaum zu stande kommen zu sollen.

Die Haltung der chinesischen Regierung scheint auch nicht danach zu sein, die Mächte zum Einhalten ihrer Truppenkonzentrationen zu veranlassen. — Der „Morning Post" wird aus Peking telegraphiert: „Einem Gerücht zufolge sammelt sich die Hofpartei allmählich innerhalb der inneren oder Tatarenstadt von Peking. Infolgedessen herrscht zunehmende Besorgnis." Der Taubheit der Regierung gegenüber den eindringlichen Vorstellungen der Mächte läßt es glaubhaft erscheinen, daß dieselbe den Einflüsterungen Rußlands Gehör geschenkt hat.

Ueber die Unruhen selbst liegen folgende Mitteilungen vor:

London, 7. Juni. Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Tientsin von gestern gemeldet: Gerüchtweise verlautet, bei Tungliu habe ein Zusammenstoß zwischen Boxern und katholischen Christen stattgefunden, bei welchem letztere drei Boxer töteten und neun gefangen nahmen. — Ein Zug mit Geschützen und Soldaten, der heute früh von hier abgegangen war, konnte bei der Rückreise nur drei Meilen über Langfang hinauskommen; auf eine Entfernung von 41 Meilen standen die Häuschen der Schienenleger und die an der Bahn gelegenen Ortschaften in Flammen, die Telegraphenstangen waren umgehauen. Die chinesischen Truppen, welche auf dem Zuge waren, feuerten auf die Eingeborenen, die sich auf den Feldern befanden, weigerten sich aber, weiter vorzugehen oder den Zug zu verlassen, und verstanden darauf, zurückzukehren.

London, 7. Juni. (Voss. Ztg.) Der Pekinger Vertreter der „Times" drahtet vom 6. Juni: Dienstag lief kein Bahnzug in Peking aus oder ein. Weitere Beschädigung der Eisenbahn wird gemeldet. Der Aufruhr greife ungehemmt in der ganzen Provinz um sich. Bisher ist kein einziger Boxer verhaftet oder bestraft worden. Das Schicksal der Missionare auf den verschiedenen Stationen flöße die größten Besorgnisse ein. — Eine Shanghaier „Dalziel"-Drahtung meldet, die Mitglieder der meisten Legationen in Peking senden ihre Familien weg. Nach einer noch unbestätigten Nachricht wurden zwei russische Ingenieure im Nordwesten von Port Arthur ermordet. Die Morgenblätter betonen die Notwendigkeit einigen Vorgehens der Großmächte in China. Die „Times" sagen: Ein unabhängiges Vorgehen Englands dürfte unter den obwaltenden Umständen nicht geboten sein, aber es sollte auch keiner Macht gestattet werden, unabhängig zu handeln. —

Japan und Korea. Yokohama, 7. Juni. Nach hier aus Söul eingetroffenen Nachrichten hat dort das Vorgehen des japanischen Gesandten in betreff angeblicher Fälle von Anwendung der Tortur seitens koreanischer Beamter sehr unangenehm berührt. Die koreanische Regierung lehne es ab, dem Gesandten eine Audienz zu erwirken und der König habe ein direktes Telegramm an die japanische Regierung gerichtet.

Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

Die Lohnbewegung der Bäckerei-Arbeiter beschäftigte am Donnerstag unter Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz das Einigungsamt. Als Beisitzer fungierten seitens der Arbeitgeber Tiefbau-Unternehmer Bernhard und Hutfabrikant Lucht, seitens der Arbeitnehmer Tischler Ahrens und Former Körsten. — Die Parteien waren vertreten durch die Obermeister der beiden Innungen: Bernard, Gemeinhardt, Vogler und Pärsch, und durch die Gesellen Most (Altgeselle der Innung Concordia), Melcher (Altgeselle der Innung Germania), Schneider und Höpfner.

Die Verhandlung begann um 10 Uhr. Zunächst erhielt Schneider zur Begründung der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen das Wort. Er verwies darauf, daß im Streik des Jahres 1890 die Forderung: Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters aufgestellt worden ist. Obwohl der Streik zu Ungunsten der Gesellen verlief, so wurde damals doch beschlossen, an dieser Forderung festzuhalten, bis sie durchgesetzt sei. Der durch Bundesrats-Verordnung eingeführte Maximalarbeitstag ließ diese Forderung vorläufig in den Hintergrund treten, jetzt aber ist sie von neuem erhoben und auch in Hamburg, Frankfurt a. M. sowie andren Städten bereits durchgeführt. Redner betonte, daß die Abschaffung von Kost und Logis in der gegenwärtigen Bewegung die Hauptforderung sei. Die jetzigen Verhältnisse, wo der Geselle mit der Arbeit auch gleichzeitig sein Logis verliert, zwingen den Arbeiter, der sich für die vorübergehende Zeit der Arbeitslosigkeit keine ordentliche Schlafstelle mieten kann, ein Unterkommen zu suchen in den Bäckerpennen, wo mancherlei Mißstände herrschen. Weil der Geselle gezwungen ist, Kost und Logis beim Meister zu nehmen, so wird ihm die Gründung eines eigenen Hausstands unmöglich gemacht, auch ist es Thatsache, daß verheiratete Bäckergesellen nur sehr schwer Arbeit finden. Um diesen traurigen Verhältnissen zu entgehen, werden sich etwa zwei Drittel aller Bäckergesellen in jüngeren Jahren einem andern Beruf zu, und die, welche bei der Bäckerei bleiben, sind nicht gerade die besten Arbeiter. Daß die Abschaffung von Kost und Logis durchführbar ist, dafür spreche der Umstand, daß bis heute früh 47 Betriebe mit 240 Gesellen ohne weiteres die Forderung bewilligt haben. Wenn nun als Entschädigung für Kost und Logis eine Lohnzulage von 12 M. wöchentlich gefordert wird, so daß der Mindestlohn 21 M. für eine Woche von sieben Arbeitstagen beträgt, so ist das gewiß keine übertriebene Forderung.

Weiter begründete der Redner das Verlangen, die gesetzlich erlaubten Ueberstunden mit 50 Pf. zu bezahlen und den Gesellen an jedem hohen Fest eine freie Nacht zu gewähren. Dann ging der Redner auf den Arbeitsnachweis ein und führte aus, daß der Nachweis der Innungen zu vielen Klagen Veranlassung gebe. Nicht selten komme es vor, daß ganz brauchbare Gesellen monatelang arbeitslos sind, während andre, nicht so tüchtige, viel schneller Arbeit durch den Nachweis bekommen. Um solcher Bevorzugung des einen und Zurücksetzung des andern vorzubeugen, werde gefordert, daß der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) durch ein aus Vertretern beider Teile bestehendes Kuratorium beaufsichtigt werde.

Gemeinhardt, der hierauf den Standpunkt der Meister vertrat, berief sich darauf, daß das Kost- und Logiswesen, wie es heute besteht, ein Jahrhunderte alter Brauch sei. Ob derselbe einmal verschwinden werde, das müsse der Zukunft überlassen bleiben. Heut könne dieser Brauch noch nicht abgeschafft werden, wenn nicht eine Anzahl von Betrieben ruiniert werden solle. Der Geselle, der außer dem Hause des Meisters schläft, würde nicht pünktlich zur Arbeit kommen, die Ware würde nicht rechtzeitig fertig werden, und der Meister seine Kundschaft verlieren. In den Schlafstellen würden die Bäcker auch nicht die nötige Ruhe finden. Wenn der Geselle sich selbst beköstigt, so würde ihm der Meister zweimal die Kost bezahlen müssen: Einmal werde der Geselle das Kostgeld nehmen, und andrerseits werde er die Waren und das Material seines Meisters verzehren. Daß verheiratete Gesellen nicht beschäftigt werden, bestritt der Redner ganz entschieden. Die Forderung: Bezahlung der Ueberstunden, sei nicht gerechtfertigt, denn wenn auch bei gewissen Gelegenheiten länger gearbeitet werden müsse, so kämen hinterher auch wieder Zeiten, wo weniger zu thun sei. Auf Anerkennung eines Mindestlohns könnten sich die Meister nicht einlassen, aber die Innung werde dahin zu wirken suchen, daß nicht unter 8—9 Mark gezahlt werde. Die freie Nacht an den hohen Festen sei auch ein sehnlicher Wunsch der Meister. Etwa 99 Proz. der Bäckereien hätten thatsächlich nicht nötig, in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertag arbeiten zu lassen. Die Innung werde auf ihre Mitglieder dahin wirken, daß die geforderte Festtagsruhe durchgeführt werde.

Was den Arbeitsnachweis betrifft, so könnten sich beide Innungen auf die Wünsche der Gesellen, welche die Entnahme der Arbeitskräfte von ihrem eignen Nachweis fordern, nun und nimmer einlassen. So lange wir die Kraft dazu haben, wollen wir Herren im eignen Hause bleiben. Unser Arbeitsnachweis steht mustergültig da, und da lassen wir uns nicht dreinreden. Wir haben nichts dagegen, wenn der Gesellenausschuß auch bei der Wahl des Sprechmeisters hinzugezogen wird, aber ein Aufsichtsrecht können wir den Gesellen nicht zugestehen. Ich muß nun — fährt der Redner fort — auf einen Artikel des „Vorwärts", überschrieben: „Die Lage der Bäckerei-Arbeiter Berlins, kommen. In diesem Artikel sind wir, die Bäckermeister, in den Koth getreten worden. Es sind da Behauptungen aufgestellt, die geeignet sind, uns in den Augen des Publikums recht schlecht zu machen. Was da von den Zuständen in Berliner Bäckereien behauptet wird, das entbehrt jeder Begründung. So lange nicht der Beweis dafür erbracht wird, bestreite ich, daß solche Schweinereien, wie sie in dem Artikel angeführt werden, überhaupt vorgekommen sind. Das alles sind maßlose Uebertreibungen. Unsre Kontrollen haben ergeben, daß solche Zustände in den Bäckereien nicht herrschen. Hätten wir derartige Schweinereien vorgefunden, so würden wir sofort der Behörde Anzeige davon gemacht haben. Wenn Unreinlichkeiten hier und da wirklich bestehen, so sind die Gesellen daran schuld. Wenn solche Fälle, wie sie da behauptet werden, wirklich vorkommen, dann hätten die Gesellen uns davon in Kenntnis setzen, aber nicht an die Oeffentlichkeit gehen sollen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung nahmen die Vertreter beider Parteien noch mehrmals das Wort. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um das Kost- und Logiswesen, sowie um die Behauptungen bezüglich der Unsauberkeit in Bäckereien. — Die Vertreter der Gesellen wiesen darauf hin, daß Werkmeister schon jetzt oft außer dem Hause des Meisters schlafen, ohne indes dafür entschädigt zu werden, und daß es in Berlin einzelne Großbetriebe giebt, die Kost und Logis längst abgeschafft haben, ohne daß daselbst irgend eine der von den Meistern behaupteten nachteiligen Folgen eingetreten wäre. Es sei nicht vorgekommen, daß einer der Gesellen unpünktlich oder gar betrunken zur Arbeit gekommen wäre. Die Unfreiheit, unter der der an den Haushalt des Meisters gefesselte Geselle leidet, bringe es mit sich, daß kein Berliner Junge mehr Lust habe, das Bäckerhandwerk zu erlernen. Der Nachwuchs der Bäckergesellen entstamme demzufolge den rückständigsten Gegenden, wo die Leute von Jugend auf auch wenig an Reinlichkeit gewöhnt sind. Da sei es kein Wunder, wenn es in den Bäckereien mit der Sauberkeit nicht gut stehe. Also auch im Interesse der Reinlichkeit sei die Abschaffung von Kost und Logis geboten. Was nun die in der von der Lohnkommission herausgegebenen Broschüre behaupteten Unsauberkeiten betreffe, so lasse sich jeder einzelne Fall nachweisen. Aus begreiflichen Gründen habe man davon abgesehen, die Namen der betreffenden Bäckermeister öffentlich zu nennen. Uebrigens habe die Fachzeitung der Bäckerei-Arbeiter schon früher derartige Fälle unter Nennung der Namen angeführt, und es sei keine Klage darauf erfolgt. Die durch die Innung ausgeführte Kontrolle habe keinen Wert, denn sie werde den zu kontrollierenden Betrieben vorher angezeigt, und wenn dann die Kontrolleure kommen, sei alles in Ordnung. Bezüglich des Arbeitsnachweises der Innung führten die Vertreter der Gesellen mehrere Fälle an, wo Arbeiter, die nicht mit allem zufrieden waren, was ihnen der Meister bot, und dieser Unzufriedenheit auch Ausdruck gaben, ohne aber agitatorisch thätig zu sein, keine Arbeit mehr bekamen. Besonders die Germania-Innung habe in dieser Hinsicht vielfach zu Klagen Anlaß gegeben.

Die Vertreter der Meister bestritten alle von den Gesellen behaupteten Thatsachen und bezeichneten deren Darstellung als Uebertreibung. Berechtigte Wünsche der Gesellen, wenn sie den Meistern vorgetragen werden, würden stets berücksichtigt. Schließlich erklärte Obermeister Bernard, daß die Innungen bereit wären, den Gesellen gegen entsprechende Entschädigung die Selbstbesorgung des Mittagessens zu überlassen, den Verheirateten soll das Schlafen außer dem Hause des Meisters gestattet, und ein Ruhetag an den hohen Festen gewährt werden. Auf dieser Basis sei eine Einigung möglich. Bieten Sie die Hand zum Frieden, an gutem Willen fehlt es uns nicht.

Hierauf trat um ½2 Uhr eine längere Pause ein. Während derselben beriet das Einigungsamt, unter zeitweiser Hinzuziehung der Parteien.

Um ¾8 Uhr eröffnete der Vorsitzende v. Schulz die Sitzung wieder und verkündet folgende vom Einigungsamt formulierte Vorschläge:

„1. In Betrieben mit 3 bis 4 Gesellen werden dem Werkmeister, in Betrieben mit 5 und mehr Gesellen werden dem Werkmeister und den Knetern Wohnung und Mittagessen im Hause des Meisters vom 1. Juli 1900 ab nicht mehr gewährt. Als Ersatz für den Fortfall dieser bisherigen Leistungen der Meister wird den genannten Arbeitnehmern ein Zuschlag von 6 Mark pro Woche auf den Lohn gezahlt. Alle übrigen Mahlzeiten werden den Arbeitnehmern wie bisher von den Meistern geliefert.

2. Durchschnittlich betragen die Löhne für die Gesellen mit Ausnahme derer der Werkmeister und Kneter pro Woche 10 M. (ausschließlich Kost und Logis). Für Werkmeister und Kneter sind entsprechend höhere Löhne zu zahlen.

3. Bestehende Arbeitsverträge, welche den Arbeitnehmern höhere Löhne als vorstehend zusichern, und nach welchen Kost und Logis von den Meistern nicht zu entnehmen sind, werden durch die Bestimmungen zu 1 und 2 nicht berührt.

4. Ueberstunden, welche in der Woche vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten, sowie an diesen Feiertagen selbst geleistet werden, sind den Werkmeistern mit je 50 Pf., den Knetern mit je 40 Pf., den übrigen Gesellen mit je 35 Pf. zu vergüten. Ueberstunden, welche in der übrigen Zeit des Jahrs behufs Bewältigung etwaiger Mehrarbeit notwendig werden, sind gleichfalls nach den vorstehenden Lohnsätzen zu vergüten. Das Backgeld fällt in Zukunft dem Meister zu.

5. Weihnachten, Ostern und Pfingsten ist jedem Gesellen je eine freie Nacht zu gewähren.

6. Darüber, ob die unter 1. nicht benannten Gesellen noch fernerhin in Kost und Logis beim Meister bleiben sollen, sind sofort seitens der beiden Innungen mit den entsprechenden Gesellenausschüssen gemeinschaftliche Erhebungen anzustellen und über die Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit der bisherigen Einrichtungen — ob beziehungsweise inwieweit das Kost- und Logiswesen beizubehalten — Beschluß zu fassen. Ferner sind durch die Innungen samt den Gesellen-Ausschüssen Ermittelungen über den bisherigen Arbeitsnachweis und über die bezüglich desselben eingegangenen Beschwerden anzustellen, sowie über die eventuell zweckentsprechende Umgestaltung des Arbeitsnachweises zu beschließen. — Zu diesen gemeinschaftlichen Sitzungen sind drei außerhalb der Innung stehende Delegierte der Arbeitnehmer mit Sitz und Stimme hinzuzuziehen.

7. Maßregelungen wegen der Lohnbewegung der Bäckereiarbeiter dürfen nicht stattfinden."

Die Vertreter beider Parteien erklärten sich unter dem Vorbehalt, daß die Innungen bezw. die Versammlung der Gesellen diesen Vorschlägen zustimmen, mit denselben einverstanden. Am Mittwochvormittag 10 Uhr findet ein neuer Termin vor dem Einigungsamt statt.

Wie nach Schluß der Sitzung mitgeteilt wurde, ist das Einigungsamt der Ansicht, daß das Verlangen, Kost und Logis im Hause des Meisters für alle Gesellen abzuschaffen, ebenso die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises durchaus berechtigt ist, und auch in Zukunft durchgeführt werden müsse, wozu die gegenwärtigen Einigungsvorschläge ein Uebergangsstadium bilden sollen.

Partei-Nachrichten.

Im Wahlkreise Waldenburg sollten ursprünglich die Wählerlisten bis zum 5. Juni ausgelegt werden. Doch wurde diese Frist noch im letzten Augenblick geändert. Warum? Nun, weil die Socialdemokraten in einem Flugblatt die Wähler aufforderten, an den freien Pfingstfeiertagen die Wahllisten einzusehen, haben die Behörden den Termin, um wenigstens Pfingsten auch feiern zu können, um zwei Tage verlängert. Also erzählt die in Schweidnitz erscheinende konservative „Tägliche Rundschau". — Wir sind die letzten, die den Beamten es verargen, wenn sie Pfingsten feiern wollen, aber in diesem Falle berührt es doch eigentümlich, daß man zu Pfingsten die Wählerlisten nicht einsehen lassen wollte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Freitag, den 8. Juni, abends 8½ Uhr, findet in Kellers Festsälen, Köpnickerstr. 96/97, die Wahl des Gesellen-Ausschusses zur Schuhmacher-Zwangs-Innung statt. Wir ersuchen die Kollegen, sich recht zahlreich an dieser Wahl zu beteiligen und sich zu diesem Zweck als Legitimation mit dem Innungs-Krankenkassenbuch oder einer Bescheinigung des Arbeitgebers zu versehen. Stimmzettel mit der Kandidatenliste des Vereins deutscher Schuhmacher gelangen am Eingang zum Saal zur Verteilung. Auskunft über Wahlangelegenheiten werden im Lokal des Herrn Enders, Neue Jakobstraße 6, von abends 7 Uhr ab erteilt. Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Die Wärter im Zoologischen Garten haben sich, wie eine Lokalkorrespondenz berichtet, auf Veranlassung des Vertrauensmanns der Handelshilfsarbeiter organisiert. In einer Versammlung wurde über die Lage der Angestellten berichtet: Die Wärter erhalten 33 Pf. bei zehn- resp. elfstündiger Arbeitszeit; Ueberstunden, die ziemlich oft gemacht werden müssen, werden nur mit 30 Pf. bezahlt. Sonntagsruhe kennt man überhaupt nicht. Arbeiter, welche 5 Jahre im Betrieb thätig sind, erhalten monatlich einen halben freien Tag. Wer 10 Jahre im Dienst ist, hat auf einen ganzen Tag im Monat Anspruch. Auch die Frauenarbeit hat im Zoologischen Garten ihren Einzug gehalten. Es sind zur Zeit einige Frauen in solchen Stellen bedienstet, die früher Männer einnahmen. Die Frauen erhalten jedoch nur 1,75 M. pro Tag. Nach einer regen Diskussion ließen sich über 50 der Angestellten sofort in den Verband aufnehmen. Der Direktion sollen demnächst Forderungen zur Aufbesserung der Lage unterbreitet werden.

In Spandau ist die Zahl der streikenden Maurer von 150 auf 180 gestiegen. 5 Unternehmer, darunter der Regierungs-Baumeister Müller, haben bewilligt. Die italienischen Maurer, die sich mit den Streikenden solidarisch erklärten, stellten an die Streikleitung so weitgehende Forderungen, daß diese sie ablehnen mußte. Sie verlangten 60 Mark pro Mann, um nach Leipzig abreisen zu können. Da ihnen diese Summe verweigert wurde, haben sie die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unterhandlungen waren bisher resultatlos.

Deutsches Reich.

Zur Straßenbahner-Bewegung.

Aus Hannover wird unterm 7. Juni depeschiert: Der Polizeipräsident hat aus Anlaß gestern im Zusammenhang mit dem Ausstand der Straßenbahn-Angestellten vorgekommener Ruhestörungen heute bekannt gemacht, daß in den vierzehn Straßen, welche gestern am meisten in Mitleidenschaft gezogen waren, sämtliche Restaurationen und Schankwirtschaften sowie die Hausthüren um 9 Uhr abends geschlossen werden müssen.

Es war in der That zu argen Ausschreitungen gekommen, die aber nicht von den Streikenden, sondern von dem Rowdietum vollführt waren. Jedoch scheint auch die Polizei nicht immer taktvoll gewesen zu sein. Der „Volkswille" berichtet: Die Polizei hat thatsächlich niedergehauen, was ihr gerade vor die Klinge gekommen ist. Eine zahlreiche Anzahl von Zeugen bekunden, daß mehrfach drauflosgehauen ist, ohne daß die Leute vorher zum Fortgehen aufgefordert wurden. So z. B. von der Göhrdestraße aus scheint ein vollständiger Massenangriff auf das Publikum erfolgt zu sein. Die verschiedensten Säbelhiebe zeigen deutlich, daß nicht nur mit flacher Klinge, sondern „scharf" gehauen worden ist.

Die Lohnkommission hat nun nochmals einen Versuch gemacht, eine Einigung zu erzielen und zwar diesmal, indem sie die Forderungen, die so schon recht bescheidene sind, wesentlich einschränkte. Die Direktion erklärte, sich auf nichts einzulassen. Streikende Arbeiter gäbe es für sie nicht mehr, sondern nur entlassene. Die Direktion hat nun einen Bundesgenossen in dem preußischen Eisenbahnminister von Thielen erhalten. Dieser hat über den Kopf der hannoverschen Polizei hinweg auf telegraphischen Bericht hin gestattet, daß das Fähigkeitsattest für Führer von einem Ingenieur der Straßenbahn ausgestellt werden könne, worauf dann die Polizeibehörde den Fahrschein erteilen dürfe beziehungsweise ihn nicht ohne Angabe von Gründen verweigern könne!! Von dem Publikum und nicht minder von den Streikenden wird dieses Eingreifen des Eisenbahnministers als eine Parteinahme zu Ungunsten der Streikenden aufgefaßt, und man wird nicht fehl gehen mit der Ansicht, daß die Hartnäckigkeit der Straßenbahn-Direktion, ihre beharrliche Weigerung, behufs Beilegung der Differenzen die Vermittlungs-Bemühungen des Stadtdirektors und des Regierungspräsidenten anzunehmen, einzig und allein auf das Eingreifen des Eisenbahnministers zurückzuführen sei.

Aber auch schon allein vom Standpunkt der Verkehrssicherheit ist das Vorgehen des Ministers nicht zu billigen. —

Christliche Textilarbeiter-Verbände in Nöten. Die Streiks in Birgden und Montjoie dauern unverändert fort. In Birgden handelt es sich um 268 Arbeiter und in Montjoie um etwa 150. Durch die fortwährenden Streiks sind die Kassen der christlichen Textilarbeiter-Verbände erschöpft, und haben auch die Aufrufe zu freiwilligen Sammlungen wenig oder gar keinen Erfolg. Die Führer geben sich die größte Mühe, um Geld flüssig zu machen, aber aus dem Boden läßt sich keines stampfen. Trotz der erbärmlichen Löhne (in Birgden ist der Verdienst 1,50 bis 1,80 M. pro Tag bei 11stündiger Arbeitszeit, und in Montjoie bei 12stündiger Nachtarbeit 9 bis 11 M. pro Woche) hätten die Führer die Arbeiter schon aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn dem nicht ein Hindernis im Wege stände. Die Firmeninhaber machen die Wiederaufnahme der Arbeit von folgender Bedingung abhängig: Es muß von den Arbeitern ein Revers unterschrieben werden, wonach sie sich verpflichten, keinem christlichen Verband mehr anzugehören.

Die Fälle, wo Unternehmer gegen die christlichen Verbände vorgehen, mehren sich. Kann uns nur recht sein.

Arbeitertrutz-Verbände. In jüngster Zeit sind wiederum einige Unternehmer-Verbände entstanden, deren Ziel die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen und deren Bestrebungen ist. Im bergischen Industriebezirk hat sich ein Arbeitgeber-Verband gegründet, der als seine Hauptaufgabe betrachtet, seine Mitglieder gegen „ungerechte Arbeiterausstände" zu schützen. Es soll das durch die Absperrung aller nicht von dem Streik betroffenen Betriebe gegen die ausständigen Arbeiter, sowie durch geldliche Unterstützung des Arbeitgebers erreicht werden. Der Verband beabsichtigt beileibe keine Beschränkung der Koalitionsfreiheit, sondern läßt den einzelnen Mitgliedern erst dann seine Hilfe angedeihen, wenn sich deren Berechtigung aus einer gründlichen Untersuchung (??) des jeweiligen Falls unzweideutig ergeben hat. Bei gerechten Forderungen der Arbeiter will sich der Verband jedes Eingriffes enthalten. Aus dieser Stellungnahme zur wirtschaftlichen Arbeiterbewegung soll sich die arbeiterfreundliche (?) Tendenz des Verbands ergeben.

Einen ähnlichen Verband gründen die Buchbindereibesitzer Deutschlands, der einen Schutz gegen „unberechtigte und zwangsweise geforderte Erhöhung der Löhne" und gegen eine davon abhängige Preisverteuerung bilden soll. Als Zweck der Vereinigung ist vorgesehen: a) „unberechtigte" Bestrebungen der Arbeitnehmer, die darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben, und insbesondere die zu diesem Zweck geplanten oder veranstalteten Ausstände gemeinschaftlich abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen, b) die gemeinsame Interessen berührenden Angelegenheiten zu beraten und die bezüglichen Beschlüsse zur Geltung und Ausführung zu bringen, c) die berechtigten Interessen der im Buchbindereigewerbe und in den verwandten Geschäftsbetrieben Deutschlands beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu „schützen" und zu „fördern". — Für das letztere Ziel können die Herren ungeteilter Heiterkeit sicher sein.

Aus der Frauenbewegung.

Verkürzung der Arbeitszeit verheirateter Fabrikarbeiterinnen. Bekanntlich waren die Fabrikinspektoren seitens der Reichsregierung angewiesen worden, Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen anzustellen. Die Inspektoren von Bayern und Baden kommen zu dem Schluß, daß ein allgemeines Verbot der Frauenarbeit nicht ausgesprochen werden dürfe. Der bayrische Bericht spricht sich aber für gewisse die Gesundheit und die Sittlichkeit schützende Vorbeugungsmaßnahmen aus. Als solche kämen in Betracht: eine gesetzliche 1½stündige Mittagspause, ärztliche Untersuchung für bestimmte Industriezweige, allgemeines Verbot der Arbeit der Wöchnerinnen für sechs Wochen und sonstige Vergünstigungen für Schwangere und nährende Mütter. Der badische Bericht spricht sich gegen die Einführung besonderer Zulassungsbedingungen für die Frauen aus. Das Mittel, die Frauen, und zwar nicht bloß die verheirateten, vor Ausbeutung zu schützen, sieht der badische Inspektor in der Verkürzung der Arbeitszeit. Namentlich müsse auch die jugendliche Arbeiterin mehr vor übergroßer Ausnutzung ihrer Arbeitskraft geschützt werden. Die elfstündige Arbeitszeit, die vielfach noch durch Ueberstunden vermehrt wird, sei für den weiblichen Organismus viel zu lang.

Vom Verein für Frauenstudium ist der Konferenz zur Schulreform, welche am 6. d. Mts. eröffnet wurde, ein Memorandum, betreffend das Mädchenschulwesen, übersandt worden. Das Memorandum befürwortet die Gründung von Mädchen-Realschulen mit gleichem Lehrplan, gleichen Lehrbüchern und gleicher Lehrmethode wie in den Knaben-Realschulen, als eine solide Allgemeinbildung auch für das weibliche Geschlecht und als besten Unterbau für einen von den Absolventinnen später eventuell zu ergreifenden praktischen oder wissenschaftlichen Beruf.

Socriales.

Der Alkoholismus. Das preußische Kultusministerium hat das Statistische Bureau beauftragt, über die Wirkungen des Alkoholismus, soweit das ohne zeitraubende und umfangreiche Erhebungen möglich ist, die zur Beurteilung der Sache dienlichen statistischen Daten zu sammeln und sachgemäß zu bearbeiten.

Der Krieg.

Die heutigen Nachrichten sind sehr dürftig. Es dürfte das seine Erklärung wesentlich darin haben, daß Lord Roberts, durch die gestern gemeldete Schlappe gewarnt, seinen Weitermarsch erst nach Sicherung seiner Flanken und seiner Verbindungslinien fortsetzen wird.

Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Laurenço Marques gemeldet, daß dort verlaute, die Boeren wollten bei Hatherley, 12 Meilen von Pretoria, an der Bahnlinie nach der Delagoa-Bay, standhalten, um Zeit zu gewinnen. Die Boeren brächten die englischen Gefangenen nach Nooitgedacht im Elandsthale, welches sehr ungesund sei. Tausende von den Gefangenen seien bereits dort angelangt und würden von 250 Boeren bewacht.

Daß die Boeren ihre Gefangenen mit sich genommen haben, beweist, daß sie vorläufig noch nicht an ein Strecken der Waffen denken. Der Klage, daß die Boeren ihre Gefangenen an einem ungesunden Ort unterzubringen gedächten, lassen sich einstweilen die Beschwerden von boerenfreundlicher Seite gegenüberhalten, daß auch die gefangenen Boeren an Bord der englischen Transportschiffe infolge des engen Zusammengepferchtseins und schlechter Beköstigung schweren gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt wurden.

Eine fernere Depesche besagt:

London, 7. Juni. Nach einer Meldung aus Pretoria wurde auf Verlangen Bullers ein Waffenstillstand von drei Tagen geschlossen. Steijn befindet sich an der Spitze bedeutender Streitkräfte östlich von Kronstadt und rückt gegen Lydenburg vor.

Letzte Meldungen.

London, 7. Juni. Die „Birmingham Post" berichtet angeblich aus amtlicher Quelle, daß sich die englische Regierung mit der Frage beschäftige, was mit dem Präsidenten Krüger geschehen solle. Dieser soll entschlossen sein, sich an Bord des holländischen Kriegsschiffs „Friesland", welches vor Laurenço Marques liegt, zu flüchten, wenn seine Lage dies erforderlich machen sollte. Diesbezügliche Befehle seien dem Kommandanten des Schiffs bereits erteilt. Man glaubt, daß Krüger, wenn er gar zu hart bedrängt werden sollte, sich nach Europa einschiffen werde.

London, 7. Juni. (W. T. B.) Die Zerluste des 13. Bataillons der „Imperial Yeomanry" bei Lindley am 1. d. Mts. betrugen: 2 Offiziere, 16 Mann todt, 4 Offiziere, 25 Mann verwundet.

Eine Angabe über vermißte Mannschaften enthält die Meldung über die Verluste nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 7. Juni. (W. T. B.) Im weiteren Verlauf der Schul-Konferenz wurde gestern die Frage des gemeinsamen Unterbaues erörtert. Dabei wurden von verschiedenen Teilnehmern der Konferenz sowohl die Vorzüge dieses Systems, als die Bedenken, welche einer Verallgemeinerung desselben, sei es überhaupt oder wenigstens zur Zeit entgegenstehen, eingehend besprochen. Zugleich fanden die in Altona und Frankfurt a. M. gemachten Versuche vielfache Würdigung, und es bestand ziemliche Uebereinstimmung darüber, daß eine Fortsetzung und sachgemäße Erweiterung dieser Versuche Förderung verdiene. In der heutigen Sitzung wurden im engsten Anschluß an die Beratungen der 1890er Schulkonferenz mehrere Fragen behandelt, die sich auf den Lehrplan der Gymnasien und Realgymnasien bezogen, wobei sich ein lebhaftes Interesse für die unverminderte Aufrechterhaltung des griechischen Unterrichts im Gymnasium und für eine methodische Verbesserung desselben kundgab.

Köln, 7. Juni. (W. T. B.) Auf Veranlassung der Barmer Handelskammer versammelten sich heute hier die Vertreter der Handelskammern des Rheinlandes und Westfalens zur Beratung über **die Kohlenverforgung der Industrie.** Nach langer Debatte wurde, wie die „Kölnische Volkszeitung" berichtet, die von der Kölnischen Handelskammer vorgeschlagene Resolution angenommen, welche unter Betonung der Notwendigkeit der Abhilfe des Kohlenmangels sich für die Bildung eines Ausschusses ausspricht, der mit den Kohlen- und Coaks-Syndikaten neuerdings verhandeln soll. Der Ausschuß besteht aus den Vertretern der Handelskammern in Barmen, Bielefeld, Köln, Münster, Gladbach, Hagen, Lennep, Altena, Eupen.

Wien, 7. Juni. (W. T. B.) Nach der „Wiener Allgemeinen Zeitung" treten morgen Vormittag die Obmänner der arbeitswilligen Parteien unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten zu einer Konferenz zusammen.

Peking, 6. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus"). Seit zwei Tagen ist hier keine Post aus Tientsin eingegangen. Heut Nachmittag fand eine Zusammenkunft der fremden Gesandten statt, in welcher darüber beraten wurde, ob eine besondre Audienz gefordert werden solle; es wurde jedoch keine Entscheidung getroffen.

Tientsin, 6. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die Eisenbahnverbindung mit Peking ist seit Montag unterbrochen. Es herrscht die Ansicht vor, daß die einzige Art und Weise für die fremden Mächte, der unerträglichen Lage entgegenzutreten, die ist, daß die Mächte die Aufsicht über die Linie in die Hand nehmen, bis die chinesische Regierung im stande ist, die Verbindung mit der Hauptstadt aufrecht zu erhalten. Der Korrespondent des „Reuterschen Bureaus", der heute mit einem Eisenbahnzuge Tientsin verließ, um nach Peking zurückzukehren, kam bis 32 Meilen von Tientsin; dort verbot der chinesische General Nitsch, der bei Yong-Tsun, 18 Meilen von Tientsin, mit 60 Soldaten den Zug bestiegen hatte, die Weiterfahrt, da die Gegend augenscheinlich von Boxers wimmeln und es gefahrvoll sei, die Reise fortzusetzen. Der Korrespondent sah überall die Inschrift „Tod allen Fremden"; die Ortschaften an der Eisenbahnlinie standen in Flammen. Nach dem glaubwürdigen Bericht des chinesischen Dieners eines belgischen Ingenieurs, der Paoting-Fu vor zwei Tagen nach den Belgiern verließ, sah dieser die Leichen von fünf Fremden und zwei Chinesen in dem großen Kanal. Plakate sind von den Boxers angeschlagen, in welchen gedroht wird, alle Fremden am nächsten Sonnabend zu töten.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

205. Sitzung. Donnerstag, den 7. Juni 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Tirpitz, Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und event. zweite Beratung der Deklaration des Artikels 35 zu der am 19. März 1897 zu Venedig unterzeichneten internationalen Sanitätsübereinkunft betreffend Maßregeln gegen die Einschleppung und Verbreitung der Pest.

Danach wird Artikel 35 dahin abgeändert: „Jeder Kapitän, welcher überführt wird, ohne Anwesenheit eines oder gegebenenfalls eines zweiten in Gemäßheit der Vorschriften des Art. 11 ermächtigten Arztes, Pilger an Bord zu haben oder gehabt zu haben, verfällt in eine Geldstrafe von 300 türkischen Pfund.

Die Deklaration wird in erster und zweiter Lesung debattelos erledigt.

Hierauf wird die zweite Beratung der **Flottenvorlage** fortgesetzt.

Die §§ **2** bis **5** werden debattelos erledigt.

§ 6 handelt von der Kostendeckung und bestimmt, daß die Mittel nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden dürfen. In der Debatte wird Bezug genommen auf die positiven Vorschläge zur Deckung der Kosten, die folgendermaßen lauten:

Zollerhöhung für Schaumweine;
" " Liqueure und Branntwein aller Art;
" " Bier;
Erhöhung des Emissionsstempels
a) auf in- und ausländische Aktien;
b) auf Renten- und Schuldverschreibungen.
Einführung eines Emissionsstempels auf Anteile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe).
Erhöhung des Stempels auf Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.
Erhöhung des Stempels auf ausländische Werte und inländische Dividendenpapiere.
Erhöhung des Stempels auf Lotterielose.
Einführung eines Stempels auf Konossemente.
Einführung eines Stempels auf Schiffahrtskarten.

Abg. Dr. **v. Siemens** (frs. Vg.):

Man hat den Versuch gemacht, die Lasten für die Vermehrung der Flotte den leistungsfähigen Schultern aufzuerlegen. Diejenige Steuer, die das meiste Geld einbringen soll, ist die Steuer auf die Kuxe, die Konossemente und der Emissionsstempel. Ich habe schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß die Konsequenz dieser Besteuerung der Börse das Verschwinden des Mittelstands und die **Züchtung von Groß-Kapitalisten** bedeuten würde. Ich habe niemals verschwiegen, daß, wenn ich mich durch meine persönlichen Interessen leiten lassen würde, ich begeistert diesen neuen Steuervorschlägen zustimmen würde. (Hört! Hört!) Die Börse wird durch alle Abgaben, die Sie ihr auferlegen, nicht untergehen, denn sie ist ein ebenso unentbehrliches Institut, wie jedes Institut, das zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse dient. So lange Sie Getreide verkaufen wollen, so lange Sie Kaffee, Thee trinken, sich mit Baumwolle kleiden wollen, werden Sie die Börse nicht abschaffen. Die Kommissionäre haben noch niemals unter irgend einer Steuer gelitten; seit Noahs Zeiten haben sie die Spesen stets den Auftraggebern in Rechnung gestellt. **Die Börse trägt also nicht einen Pfennig von den Steuern, sondern nur die Geschäfte, die die Börse vermittelt,** leiden darunter. In der Kommission ist das Wort Verkehrsdusel gefallen. Unsre moderne Kultur ist aber aufgebaut auf dem Princip der Arbeitsteilung und diese ist nur erreichbar durch möglichste Steigerung des Verkehrs. Je mehr Sie also den Verkehr erschweren, um so mehr erschweren Sie den kulturellen Fortschritt. (Sehr richtig! links.) Wir haben ja bisher das große Glück gehabt, daß, wenn wir die Börsensteuer erhöhten, stets die Franzosen und Engländer kamen und auch der Börse Steuern auferlegten. Aber auf dieses große Glück kann man doch nicht immer rechnen. Die Besteuerung des Emissionsstempels ist eine innere wirtschaftliche Frage und auch eine politische. Die gegenwärtige Bewegung geht dahin, daß die Privatvermögen nicht mehr ausreichen, um die industriellen Bedürfnisse der Nation in der Weise zu befriedigen, wie das bisher der Fall war. Daher verwandeln sich alle großen Unternehmungen in Aktiengesellschaften, und diese notwendige Entwicklung wird durch den Emissionsstempel erschwert. Auf der andern Seite hat dieser Emissionsstempel, wie gesagt, auch politische Wirkungen, die sich äußern bei den Anleihen, die ein fremder Staat aufnehmen will. Ueberhaupt bedeutet jede Schwächung der Börse stets auch eine Schwächung der politischen Geltung. Die Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland wäre gewiß nicht so intim geworden, wenn Frankreich nicht sieben Milliarden nach Rußland gegeben hätte. Der Kampf, der sich jetzt zwischen Rußland und England in Asien abspielt, ist ein rein finanzieller Kampf. Wenn Sie unsre Börse schwächen, so schwächen Sie auch den politischen Einfluß unsres Landes. Worauf beruht denn z. B. der Einfluß Oestreichs auf Serbien als nur darauf, daß, als Serbien in Not war, die östreichische Regierung der dortigen Regierung die nötigen finanziellen Mittel durch ihre Bankiers zur Verfügung stellen konnte. Es ist gestern viel auf Bismarck Bezug genommen. Ich will auch einmal einen Ausspruch Bismarcks citieren. Er hat gesagt: „Setzen wir Deutschland nur erst in den Sattel, reiten wird es schon können". Wenn Sie aber eine Politik befolgen wie ein Stallmeister, der nur immer sagt: Du sollst reiten, aber falle nur nicht herunter, das heißt eine Vorsichtspolitik, so ist das nicht der richtige Weg, um reiten zu lernen. (Sehr richtig! links.) Die Expansionskraft der Nation gerade in einem Moment zu schwächen, wo man die Weltmachtpolitik inaugurieren will, halte ich für das allerverkehrteste. (Beifall links.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.):

Wenn wir auch gegen die Flottenvermehrung sind, so wollen wir doch daran mitarbeiten, das Gesetz in seiner Ausführung möglichst wenig nachteilig zu gestalten. Ich kann das Centrum nicht tadeln, daß es die Steuerfragen in unmittelbare Verbindung gebracht hat mit der Flottenvorlage, daß es sich nicht auf den Standpunkt der Regierung einlassen wollte, kommt Zeit, kommt Rat, denn in solchen Fragen kommt gewöhnlich das dicke Ende nach. Diese Erfahrung haben wir ja bei der Militärvorlage gemacht, infolge deren große Industriezweige im Land durch Steuervorschläge beunruhigt wurden, so daß man noch froh sein konnte, daß es sein Bewenden bei einer Erhöhung der Börsensteuer und des Lotteriestempels hatte. Die Erörterungen, die jetzt bereits Monate lang über die **neuen Steuern** geführt werden, haben eben **außerordentlich ernüchternd** gewirkt und ich zweifle nicht, daß sie in Zukunft in Bezug auf militärische und Marinefragen erzieherisch auf manche Kreise der Bevölkerung wirken werden. Ich habe von Anfang an die Ansicht vertreten, daß eine solche Flottenvermehrung ohne neue Steuern nicht durchführbar ist. Aber ich bin nicht dafür, daß solche neuen Steuern dauernd bewilligt werden, sondern in der Form, die es ermöglicht, sie je nach Bedarf anzuwenden oder nicht. Darauf beruht unser Vorschlag der **Einführung einer Reichs-Vermögenssteuer.** Auch für die Erhöhung des Lotteriestempels sind wir zu haben; diese soll jedoch nicht dauernd sein, sondern sich nur auf die nächsten fünf Jahre beziehen. Wenn die Steuer jetzt angenommen wird, besteht die Gefahr, daß zuviel Einnahmen zur Verfügung stehen und dadurch der Anreiz entsteht für gesteigerte koloniale, militärische und andre Aufwendungen. Es ist ja eine Resolution angenommen, daß alle überschüssigen Gelder nur für Schuldentilgung verwendet werden sollen. Diese wird aber ein frommer Wunsch bleiben, sobald sie in Konkurrenz tritt mit den Ausgaben der verschiedensten Ressorts. Der **Grundfehler** des Finanzsystems ist eben bei uns der, daß wir **beweglicher Einnahmen, beweglicher Steuern entbehren.** (Sehr wahr! links.) Hier wäre die wunderschönste Gelegenheit gewesen, sie einzuführen.

Hätte ich die Spur einer boshaften Ader (Große Heiterkeit), so würde ich mich darüber freuen, daß jetzt gerade die Kreise, die sich so für die Flotte begeistert haben, durch die Steuern getroffen werden sollen. In der That werden nicht die speciellen Interessenten, sondern viel weitere Kreise des Volks dadurch berührt. Durch den Emissionsstempel wird die Entwicklung zu Aktiengesellschaften, zu der unsre ganze Zeit drängt, erschwert. Die Einführung einer Steuer auf Kuxe scheint besonders unangebracht in einem Moment, wo so über Kohlenmangel geklagt wird. Was den Emissionsstempel betrifft, so hat man in der Kommission gesagt, diese Steuer werde nicht schaden. Dann könnte man ja die Steuer auch verdreifachen. Schließlich wird es wohl auch hier eine Grenze geben, über die man nicht hinausgehen darf. Man hat auch gesprochen von einer Neubelastung des Getreides. Jetzt können wir die Termingeschäfte nicht mehr besteuern, darum nehmen wir die Lieferungsgeschäfte, die Zeitgeschäfte. Dabei wurde in der Kommission geklagt, wie die Berliner Produktenbörse in den letzten Jahren gelitten habe. Früher habe sie die Führung des Getreidehandels der ganzen Welt gehabt. Jetzt komme es vor, daß ein Großmakler an einem Börsentage nicht ein einziges Geschäft machen könne. In einem solchen Augenblick wollte man die Zeitgeschäfte im Getreidehandel besteuern. Was den Zoll auf Schaumwein anbetrifft, so spielt er finanziell eine untergeordnete Rolle. Wenn aber die Steuer nun einmal erhöht werden soll, so sollte das beim inländischen Sprit wie beim ausländischen der Fall sein. Im Laufe der Beratung hat sich gezeigt, daß die Besteuerung des inländischen Schaumweins in viel engerem Zusammenhang mit der Zollfrage steht, als man in der Kommission angenommen hat. Die ganze Schaumweinfrage sollte am besten vorläufig zurückgestellt werden.

Was die Erhöhung der Abgaben auf **Branntwein** anlangt, so handelt es sich nicht um eine Belastung des Luxus, sie betrifft vielmehr die Roh- und Hilfsmittel für die Destillation. Der echte Rum zum Beispiel wird zu 90 Proz. zur Verfeinerung und Veredelung des Branntweins, der es häufig auch sehr nötig hat, verwendet. Weite Kreise des Volks sind nun aber auf den Genuß des Branntweins angewiesen. Da ist es durchaus unangebracht, dieses Genußmittel höher zu besteuern.

Noch einige Worte zur Besteuerung der **auswärtigen Biere.** Ich meine, Deutschlands Bierkonsum ist so hervorragend, daß man sich hüten sollte, auf diesem Gebiet eine Zollerhöhung eintreten zu lassen; es könnte zu nachteilig für uns werden. In der Kommission sagte man: Wenn wir jetzt den Zoll erhöhen, können wir ihn später als Konzession für Oestreich wieder erniedrigen. Ein solches Experimentieren könnte nur die allerstörendsten und nachteiligsten Folgen haben. (Sehr richtig! links.) Wir können also nur für eine Reichs-Vermögenssteuer und für die Erhöhung der Lotteriesteuer stimmen, alle andren Steuern lehnen wir ab. (Beifall links.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Ich habe für meine politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir bei den Kommissionsbeschlüssen stehen bleiben und Amendements nach keiner Richtung hin annehmen werden, um die Flottenvorlage perfekt werden zu lassen. Der Abg. Bebel führte gestern am Schluß seiner Rede aus, die vorgeschlagenen Steuern reichten zur Deckung nicht aus. Der Abg. Richter dagegen führte aus, so viel Geld, wie hier bewilligt werden solle, werde zur Flottenverstärkung gar nicht gebraucht. Ich halte die Summe, die sich aus den einzelnen neuen Steuern ergeben wird, im ganzen für richtig gegriffen. Herr v. Siemens hat uns eine volkswirtschaftliche Vorlesung gehalten, in der er den bekannten Satz verfocht, daß Geld eine große Macht ist. (Heiterkeit rechts.) Das haben wir aber alle schon gewußt. Herr v. Siemens hat es auch so hingestellt, als seien die einzigen Menschen mit einem weiten politischen Horizont die Großbankiers. Das ist eine kindliche Auffassung. So scheidet sich heute Bildung und Gesittung bei den einzelnen Ständen nicht mehr. An den Diskontnöten der Gegenwart ist schuld, daß die Banken ihre Kapitalien wesentlich haben vergrößern müssen. Ich möchte aber doch Herrn v. Siemens darauf aufmerksam machen, daß Deutschland das einzige Land ist, das sein Geld spazieren gehen läßt. (Lachen links.) Frankreich sperrt sein Geld ein, ebenso alle andern Länder. Das ist die Bankpolitik, die ich nie verstanden habe, die aber Herr v. Siemens so außerordentlich bewundert. Die „Post" führte kürzlich aus, die Börsen müssen gekräftigt werden, damit sie sich unabhängig von England machen können. Von einem solchen Streben habe ich leider bisher noch nichts gemerkt. Die finanzielle Ausrüstung ist eben in allen Ländern besser als bei uns. — Zum Schluß wiederhole ich, daß wir an den Kommissionsbeschlüssen festhalten werden. (Bravo! rechts.)

Abg. **Bebel** (Soc.):

Der Abg. v. Kardorff ist im Irrtum, wenn er annimmt, ich hätte gestern gesagt, die vorgeschlagenen Steuern würden zur Deckung nicht hinreichen. Davon habe ich kein Wort gesagt, ich habe nur das Centrum darauf hingewiesen, daß die Vorschläge der Kommission mit dem Deckungsprogramm, was hier Herr Schädler aufgestellt hat, nicht übereinstimmen. Ich will das heute des näheren nachweisen. Am 8. Februar sagte Herr Schädler, die Kosten der Flotte müssen von den leistungsfähigen Schultern getragen werden, damit diese auch ihren Patriotismus praktisch beweisen können. Und eine Spalte weiter spricht er den gleichen Gedanken noch einmal aus und sagt: Belastung der leistungsfähigen Schultern und Entlastung der schwachen. Noch ein Stück weiter bespricht er die Resolution Mirbach des preußischen Herrenhauses, welche die Regierung aufforderte, keine direkten Steuern, sondern nur indirekte Steuern vorzuschlagen und wendet sich ganz energisch gegen den Grundgedanken dieser Resolution. Aber auch noch in der Budgetkommission zu Anfang der Verhandlungen ist der Abg. Gröber mit allem Nachdruck für eine Reichs-Vermögenssteuer eingetreten. Erst als die Regierung wiederholt erklärt hatte, hierauf nicht eingehen zu können, hat man sich dazu hergegeben, in allen Ecken die Steuermillionchen zusammenzukratzen. (Sehr gut! links.) Mit dem ursprünglichen Centrumsprogramm stimmen also die Deckungsvorschläge der Kommission nicht überein. Mit der Lösung der Deckungsfrage werden diejenigen am meisten zufrieden sein, welche zuerst am meisten in Angst waren, denn die **industriellen Kreise sind steuerfrei geblieben.** (Sehr richtig! links.) Davon, daß die leistungsfähigen Schultern allein getroffen seien, kann bei diesen Deckungsvorschlägen keine Rede sein. Das wäre der Fall gewesen, wenn man eine **Reichs-Einkommensteuer** beschlossen hätte, die die größeren Einkommen progressiv steigend gefaßt hätte. **Dann hätten auch die Flottenlieferanten bezahlen müssen.** Eine Reichs-Einkommensteuer hätte auch nirgends Verkehrsbeziehungen gestört oder geschäftliche Verbindungen gehindert. Im Gegenteil, sie hätte das alles nur gefördert, ein jeder wäre bestrebt gewesen, sein Einkommen möglichst zu erhöhen. Solche Verkehrssteuern, wie sie hier für den Börsenverkehr vorgeschlagen sind, wirken pessimistisch, erzeugen nur Mißbrauch oder Lauheit. (Sehr richtig! links.) Direkte Steuern zahlt niemand gern, daher war der Weg der indirekten Besteuerung der allerbequemste, da kann man die Last abwälzen auf Schultern, die sie wieder auf andre abwälzen, so daß ein erheblicher Teil der Lasten doch grade von den Schwachen aufgebracht werden muß. Wenn man die einzelnen Steuervorschläge durchgeht, so kann man höchstens von der Besteuerung des Champagners und der Flaschenliqueure behaupten, daß sie zu Lasten der besitzenden Klassen fallen. Aber die Summe, die durch diese Steuer aufgebracht wird, ist im Verhältnis zu den Kosten der Flotte ganz minimal. **Alles andre, was vorgeschlagen ist, trifft die unteren Volksklassen,** so z. B. die Besteuerung von Rum und Cognac in Fässern. Dieser Rum wird von weiten Schichten der Küstenbevölkerung, von den Arbeitern in Hamburg und Bremen in großen Massen konsumiert. Was die Erhöhung der **Steuer auf Bier** anlangt, so hat der Vertreter von Sachsen in der Kommission erklärt, daß in den sächsischen Grenzbezirken ein erheblicher Teil des böhmischen Bieres auch von der Arbeiterbevölkerung konsumiert wird.

Weiter wird eine Erhöhung der **Börsensteuer** verlangt. Man hat aus unsrem Widerstand gegen die Steuer Veranlassung genommen, der socialdemokratischen Partei vorzuwerfen, sie schütze die Großkapitalien. Wenn Sie die Börse für ein unmoralisches Institut halten, dann schaffen Sie doch Gesetze dagegen. Sie wissen aber selbst ganz genau, daß die Börse für die heutige Gesellschaft eine Lebensnotwendigkeit ist, und wir bekämpfen jede Besteuerung des Handels und Verkehrs, einerlei, welches Organ desselben sie trifft. In der Beziehung kann ich Herrn von Siemens nur zustimmen, wenn er sagt, daß alle Maßnahmen, die in den letzten Jahren gegen die Börse unternommen sind, das Gegenteil von dem bewirkt haben, was sie bewirken sollten. Die großen Geschäfte haben nur den Vorteil davon gehabt. Das hat ihnen mit der größten Offenheit der Repräsentant eines der größten Weltinstitute hier dargelegt. In Berlin ist die Zahl der Bankgeschäfte in den letzten Jahren von 444 auf 381 zurückgegangen. Das liegt daran, daß eben durch die Börsengesetzgebung es den kleinen Unternehmern unmöglich geworden ist, ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Auch das Börsenpersonal hat sich mit aller Entschiedenheit gegen eine neue Besteuerung der Börse gewandt. Es ist eine Eigentümlichkeit gerade dieses Personals, daß es so einseitig geschult ist, daß es im einem andren Handelszweige schwer ein Unterkommen findet. Volle **71 Proz.** aller Börsengeschäfte werden unter **6000 M. gemacht,** das heißt von kleinen Rentiers, Geschäftsleuten, Handwerkern. Also auch durch diese Art der Besteuerung werden die kleinen Leute ganz erheblich belastet.

In der Kommission wurde darauf hingewiesen, welche **Gewinne** einzelnen Unternehmern aus den Aufträgen zufließen würden, die sie **infolge der Flottenvermehrung** bekommen. Es wurde ein Brief des Herrn von Stumm verlesen, worin er dagegen Verwahrung einlegt, wie in einem Teile der Presse behauptet worden wäre, die großen Werke von Krupp und die Dillinger Werke hätten in den nächsten 16 Jahren allein aus der Lieferung von Panzerplatten einen Gewinn von 176 Millionen zu erwarten. Er führte aus, daß das gesamte Panzermaterial ca. 113 Millionen kosten werde. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Hälfte des Preises Reinverdienst sei, so würde das nur einen Vorteil von 56 Millionen ergeben, welche verteilt auf 16 Jahre pro Jahr 3½ Millionen oder für jedes Werk 1¾ Millionen ergeben würden. Dem gegenüber wurde in der Kommission festgestellt, daß der Gesamtbetrag an Panzermaterial in den nächsten 16 Jahren nicht 113, sondern 260 Millionen ausmachen würde. Wenn also die Hälfte Reingewinn wäre, so handelte es sich um einen Nutzen von **130 Millionen** für die beiden Firmen. Nehmen wir an, daß durch den Abstrich der Auslandsschiffe 40 Millionen abgehen, so bleiben noch ca. 220 Millionen Mark übrig, also für beide Werke ein Gewinn von 110 Millionen Mark. Was glauben Sie aber wohl, was Krupp und der Eigentümer der Dillinger Werke auf Grund der vorliegenden Steuervorschläge abgeben muß? **Keine 1000 Mark geben sie danach her.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Würde aber der Weg der direkten Besteuerung beschlossen, so daß auf Einkommen von 100 000 M. an 4 Proz. gegeben werden müssen, dann würden die Herren Krupp und Stumm, die nach den Angaben des Herrn v. Stumm jeder jährlich 2¾ Millionen an den Panzerplatten verdienen, davon 4 Proz., also über 100 000 M. an das Reich abgeben müssen. Krupp allein hat ein Einkommen von 8 Millionen zu versteuern, müßte also bei 4 Proz. 220 000 M. an das Reich zahlen. In Wahrheit zahlt er aber keine 1000 M. Wir haben hier eine ganze Reihe von Flottenenthusiasten, ich nenne nur die Herren v. Siemens, Frhr. Heyl zu Herrnsheim, Prinz Arenberg, Graf Stolberg. Diese Herren verfügen über ungeheure Vermögen und wenn der **ganze Reichstag nach seinem Vermögen zu der Flottenvorlage beisteuern müßte, so müßte er 700 000 M. zahlen.** Nach den neuen Steuervorschlägen zahlt aber der ganze deutsche Reichstag **keine 7000 Mark** zur Flottenvorlage. (Heiterkeit.) Wenn also jemals die Versprechungen, die man der Oeffentlichkeit gegenüber gegeben hat, nicht gehalten worden sind, dann in Bezug auf die Deckungsfrage. Auch hier sind die einzigen, die **betrogen sind, die deutschen Wähler.** (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Daß wir bei dem Bestreben, die Lasten der Flotte den leistungsfähigen Schultern aufzuerlegen, die Socialdemokraten als energische Gegner finden würden, hätten wir nicht erwartet. Herr Bebel hat sein Eintreten für die Börse zu entschuldigen versucht. Er meinte, die Börse sei ein Verkehrsinstitut. [Gewiß, es ist auch niemand von uns eingefallen, den Verkehr an der Börse so zu hemmen, daß daraus Schädigungen für den öffentlichen Verkehr entstehen könnten. — Meine politischen Freunde würden die Flottenvorlage auch bewilligen, wenn gar keine neue Steuern gefordert würden, wir sind aber nicht abgeneigt, die Frage der Deckung hier zu erledigen, da die einflußreichste Partei des Hauses erklärt hat, ohne Lösung der Deckungsfrage nicht für die Flottenvorlage eintreten zu können. Wir werden vor allem dahin wirken, daß das Mehr, was an Einnahmen bewilligt ist, zur Tilgung der Reichsschulden verwandt wird. — Den Widerstand gegen die einzelnen Steuervorschläge verstehen wir, wie gesagt nicht. Was die Börsensteuer anlangt, so hat Herr v. Siemens selbst zugegeben, daß die Börse selbst keinen Pfennig der Steuern zahlt, sondern die Kapitalisten, die hinter derselben stehen und diese werden die kleinen Summen, um die es sich hier handelt, leicht tragen. Was die Zollerhöhungen anlangt, so möchte ich behaupten, daß alle die von uns getroffenen Artikel im wesentlichen Luxusartikel sind. Die Gelegenheit, den Luxuskonsum zu treffen, durften wir nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Herrn Siemens Rede klang in die Worte aus: Geld regiert heute die Welt. Aber die Börse an sich darf doch nicht die Welt regieren. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf **v. Kanitz** (k.)

Herr Richter sagte heute wieder, die Flottenbegeisterung sei im Volk nicht groß. Ich will ihm nicht widersprechen, obwohl ich selbst der Flottenvorlage sehr sympathisch gegenüberstehe. Einmütig verlangt das Volk, daß die Kosten der Flotte von den leistungsfähigen Schultern getragen werden. Die Montan- und Eisenindustrie hat ungeheure Vorteile von der Flotte, sie muß bezahlen. Da diese Industrien heute die Börse beherrschen, mußte vor allem die Börse zur Steuer herangezogen werden. (Sehr richtig! rechts.) Herr Siemens sagte, die Börsensteuer schädige den Mittelstand. Aber doch nur den Mittelstand an der Börse. Herr Siemens sagte, die Steuer ist auf das Publikum abgewälzt worden. Warum beklagt dann Herr v. Siemens die Börsensteuer. (Sehr richtig! rechts.) Mit den Vorschlägen der Kommission bin ich nicht sehr einverstanden. Das im Auslande investierte deutsche Kapital ist gar nicht herangezogen. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, die ihr Geld im Ausland angelegt haben, werden nur von der Flotte geschützt, ohne daß sie zu den Kosten dieses Schutzes etwas beitragen brauchen. (Sehr richtig! rechts.) Ganz ähnlich verhält es sich mit den Emissionen für industrielle Unternehmungen. Es ist schon zu viel Kapital in unsren industriellen Unternehmungen. Die Kurse dieser Unternehmen stehen 230, 280, also **mehr als das** doppelte

des nominellen Betrags, während die Staatspapiere andauernd einen sehr niedrigen Kurs halten. Herr Richter sagte, wir sollten jetzt überhaupt von der Deckung absehen, das dicke Ende würde schon nachkommen. Wir wollen aber nicht, daß das dicke Ende nachkommt. (Abg. **Richter:** Ich habe gerade das Gegenteil gesagt.) Wir wollen genau wissen, wie die Deckung erfolgt. Da Abg. Richter noch Abänderungsanträge in Aussicht gestellt hat, so möchte ich beantragen, daß die Schlußabstimmung in dritter Lesung über die Flotte erst nach Erledigung der Deckungsfrage erfolgt. Fällt die Deckung nicht in unserm Sinn aus, so bin ich nicht in der Lage, für das Flottengesetz stimmen zu können. (Sehr gut! rechts.) Für eine Reichs-Einkommensteuer kann ich mich nicht erwärmen. Viel sympathischer wäre mir eine Weinsteuer, progressiv steigend mit der Qualität und dem Preise des Weins. Was werden für teure Weine getrunken? Es thut mir in der Seele weh, wenn ich die Weinversteigerungen in der Pfalz mit den hohen Preisen und die Weinkarten in den feinen Restaurants lese, wo Weine zu 20, 30 M. verzeichnet stehen und mir sagen muß, dieser Luxusartikel ersten Ranges wird nicht besteuert. (Heiterkeit.) Mit Herrn Siemens bin ich darin einverstanden, daß das Kapital eine große Macht ist. Deshalb wollen wir unsre Zoll- und Handelspolitik auch so einrichten, daß das deutsche Kapital, nicht das fremde Kapital, bei uns diese Macht ausübt. Redner polemisiert noch weiter gegen den Abg. v. Siemens. Daß die Aufhebung des Getreide-Terminhandels der Landwirtschaft Hunderte von Millionen gekostet habe, ist eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung. Wenn Herr Siemens der Landwirtschaft helfen will, so mag er dafür sorgen, daß das deutsche Kapital nicht mehr wie bisher nach dem Ausland in so starkem Maße abfließt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Gröber** (C.):

Die Lebenszeit des Schiffs beträgt 25 Jahre. Jede Generation braucht also eine eigne Flotte und jede Generation muß seine Flotte auch bezahlen. Deshalb konnten wir der Aufbringung der Kosten durch eine Anleihe nicht zustimmen. Dann herrschte bei uns Einmütigkeit darüber, daß die schwachen Schultern nicht herangezogen werden dürften. Man hat eine Erhöhung der Matrikularbeiträge vorgeschlagen, das hätte aber nur die Sorge der Geldaufbringung aus dem Reichstage in die Landtage verlegt, und auch dieser Weg schien uns nicht gangbar. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge hätte dazu geführt, daß Kulturaufgaben, z. B. die Schule, Not gelitten hätten. Erhöhte Matrikularbeiträge würden nur in den Einzelstaaten Mißstimmung gegen das Reich erzeugen. In einem Einheitsstaat wäre sicher eine direkte Reichssteuer die einfachste und beste Form, in einem Bundesstaat ist eine solche Steuer nicht so leicht durchzuführen. Sowohl bei der Reichs-Einkommensteuer wie bei der Reichs-Vermögenssteuer würde man mit Einzelstaaten in Konflikt gekommen sein. Technische Gründe also sprechen schon dagegen. Schließlich ist von einer Reichs-Erbschaftssteuer die Rede gewesen. Wir haben sie auch vorgeschlagen. Aber weder von den Socialdemokraten noch von den Freisinnigen wurde der Gedanke aufgenommen. Die Konservativen haben sich sehr energisch dagegen erklärt. Der Vorschlag wäre aussichtslos gewesen. Wie kann man mir einen Vorwurf machen, daß ich den Gedanken nicht weiter verfolgt habe. (Sehr richtig, im Centrum.) Nun ist heute ein ganz neuer Steuervorschlag gemacht worden. Herr Graf v. Kanitz hat eine Reichs-Weinsteuer empfohlen. Ich weiß nicht, ob Graf Kanitz in jener denkwürdigen Sitzung zugegen war, als der württembergische Ministerpräsident Herr v. Mittnacht die Weinsteuer hier gründlich abgethan. Er würde sonst wissen, daß gerade die Einführung dieser Steuer in Deutschland große Schwierigkeiten bereiten würde. Besonders gewundert hat mich, daß dieser Steuervorschlag von einem Agrarier kam. Eine **Weinsteuer** würde in der Hauptsache **die Agrarier treffen,** freilich **nicht die Agrarier des Ostens, wohl aber die des Westens und Südens.** (Sehr richtig! im Centrum und links. Abg. Dr. **Hahn** ruft: Es war nur eine persönliche Meinung des Grafen Kanitz.) So? Eine persönliche Meinung? Als er sie aussprach, hörte ich nirgends Widerspruch. (Rufe rechts: doch! doch!) Nun, dann will ich meine Lungenkraft an diesem totgeborenen Kind nicht weiter verschwenden. (Große Heiterkeit.) Nun ist Herr von Siemens aufgetreten. Er hat der katholischen Fraktion hier eine volkswirtschaftliche Vorlesung gehalten. Herr v. Siemens ist aber doch lange genug im Reichstag, um zu wissen, daß es eine katholische Fraktion hier nicht giebt. Darin bin ich freilich mit ihm einverstanden, daß die Börse sehr mächtig ist, weit mächtiger, als manchem von uns lieb ist. (Sehr gut! im Centrum und rechts.) Herr v. Siemens nannte die Börse ein Reservoir für die Machtentwicklung der Nationen. Wenn wir für Deutschlands Macht und Größe ein Reservoir brauchen, suchen wir es nicht bei der Börse, sondern in dem gesunden deutschen Mittelstand. (Bravo! im Centrum und rechts.) Die Leute, die an der Börse ihre Geschäfte machen, gehören gewiß zum kleinsten Teil dem Mittelstande an. Ja, die meisten von ihnen würden sich beleidigt fühlen, wenn man sie zum Mittelstand rechnen würde. (Sehr gut! im Centrum und rechts.) Herr Richter hat so ziemlich in dieselbe Kerbe wie Herr v. Siemens gehauen, und auch Herr Bebel hat sich wieder sehr nachdrücklich gegen die Börsensteuer erklärt. Wer wie die **Socialdemokratie** die Börse stets und ständig in Schutz nimmt, der muß es sich gefallen lassen, als **Schutztruppe der Börse** bezeichnet zu werden. (Sehr gut! im Centrum und rechts. Abg. **Bebel: Das ist einfach unverschämt!**) Auf den Ausdruck „unverschämt" will ich nicht eingehen; er fällt auf den zurück, der ihn gebraucht hat.

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ich habe nicht gehört, daß der Abg. Bebel den Ausdruck „unverschämt" gebraucht hat. (Rufe im Centrum und rechts: Doch! doch!) Nachdem die Aeußerung aber vom Abg. Bebel selbst unwidersprochen bleibt, muß ich annehmen, daß sie gefallen ist, und rufe ihn daher zur Ordnung. (Bravo! im Centrum und rechts.)

Abg. **Gröber** (fortfahrend):

Ich meine, wir können die Erhöhung der Börsensteuer ruhig eintreten lassen. Die Prophezeiungen, die aus den Kreisen der Börse wieder laut werden, brauchen uns nicht zu genieren. Solche Prophezeiungen sind stets erfolgt, schon im Jahr 1869 von den Aeltesten der Kaufmannschaft und haben sich in keiner Weise erfüllt. Schließlich möchte ich noch eine Erklärung für meine Partei abgeben. Nachdem der Abg. Richter Abänderungsanträge angekündigt hat, so müssen wir betonen, daß wenn diese Anträge das Ergebnis der Steuersumme wesentlich abzuschwächen geeignet wären und angenommen werden sollten, daß wir dann die Deckungsfrage nicht als gelöst betrachten könnten und die **Konsequenzen daraus bei der dritten Lesung ziehen müßten. (Lachen links.)** Ich will nicht damit sagen, daß nur die Kommissionsbeschlüsse unter jeder Bedingung unverändert angenommen werden müßten, wie wir selbstverständlich die Anträge des Herrn Abg. Richter auch prüfen werden. Aber wie gesagt, sollten die Anträge Richter, wie es den Anschein hat, eine wesentliche Abschwächung der Deckungssumme bedeuten, so **würden wir genötigt sein, gegen das ganze Flottengesetz zu stimmen.** (Lebhafter Beifall im Centrum. **Ruf bei den Socialdemokraten: Das wäre ja sehr gut!** Heiterkeit.)

Abg. **Rickert** (frs. Vg.):

Was die Reichs-Erbschaftssteuer anlangt, so ist das nur eine Zeitfrage. Auch heute noch würden, wie ich glaube, Herr Bebel und seine Freunde wie Herr [illegible] und seine Freunde, ebenso wie wir bereit sein, für eine [illegible]bschaftssteuer einzutreten. Auch die Regierung würde, vor die Frage gestellt: Flotte mit Reichs-Erbschaftssteuer oder gar keine Flotte, gewiß nichts gegen die Erbschaftssteuer einzuwenden haben. Es handelt sich also nur um ein paar Tage Zeit und der Vorschlag des Herrn Gröber kann zur Durchführung gelangen. (Sehr gut! links.) Eine Frage aber möchte ich mir an die Herren des Centrums und der Rechten erlauben: Was verstehen Sie unter Mittelstandspolitik? Wir wissen es in der That nicht. (Lachen rechts.) Mit solchen Redensarten kann man wohl in Volksversammlungen imponieren, aber nicht vor Leuten, die den Sachen auf den Grund zu blicken vermögen. Was ist denn das Kriterium des Mittelstands? (Zuruf links: „Der Großgrundbesitz!" Heiterkeit.) Auf diese Fragen möchte ich gern eine Antwort von Ihnen hören. Der Abg. Bebel hat auch auf die traurigen Schulverhältnisse in einzelnen Teilen Preußens hingewiesen. Er vergißt, daß in Preußen die Schulsache Gemeindesache ist. Wir im Reichstag können dagegen nicht ankämpfen. Diese schlechten Schulverhältnisse sind doch aber kein Grund gegen die Flottenverstärkung. — Ich persönlich kann mich am meisten für die Reichsvermögenssteuer erwärmen, weil sie erstens leicht durchzuführen ist und dann schon bei kleinen Prozenten erhebliche Beiträge bringt. Herr Gröber hat sich gegen die Reichs-Einkommensteuer gewandt. In der Session 1897/98 wurde ein Antrag betreffend Zuschläge zu der Einkommensteuer eingebracht von den Herren Lieber, Müller-Fulda und — Gröber. Ich halte immer noch an dem Herrn Gröber von 1898. (Heiterkeit.)

Die Frage der beweglichen Reichs-Einkommensteuer wird nicht von der Tagesordnung verschwinden und ich hoffe, daß sie allmählich siegen wird.

Abg. Dr. **v. Siemens** (frs. Vg.) [auf der Tribüne, der er den Rücken kehrt, fast unverständlich]:

Herr Graf Kanitz meinte, ich hätte gesagt: die Börsensteuer sei auf das Publikum abgewälzt und fragt, warum ich denn die Börsensteuer beklagte, da ich doch selbst Börseninteressent sei. Darauf habe ich Herrn v. Kanitz zu erwidern, daß ich die Kandidatur zum Reichstag nicht angenommen habe, um meine persönlichen Interessen zu vertreten, sondern um die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. (Bravo! links.) Wenn Herr Graf Kanitz mir daraus einen Vorwurf macht, so beklage ich ihn, aber nicht mich. (Sehr gut! links.)

Abg. Graf **Kanitz** (k.):

Ich glaube, daß ich ebenso die Interessen der Allgemeinheit vertrete, wie der Herr Vorredner — Herr Gröber hat sich sehr scharf gegen meine Ausführungen über die Weinsteuer ausgesprochen. Er hat mich wohl nicht ganz richtig verstanden. Ich habe nur für die Besteuerung der teuren Weine gesprochen, und ich glaube, niemand im Hause wird etwas gegen die Besteuerung derartiger Luxusartikel haben. Uebrigens habe ich in dieser Frage nicht im Namen meiner Freunde gesprochen, sondern nur meine persönliche Auffassung zum Ausdruck gebracht.

Abg. **Bebel** (Soc.):

Herr Gröber hat sich erlaubt, mich und meine Parteifreunde als Schutztruppe der Börse zu bezeichnen. Ich kann es nur als eine **beweislose Verdächtigung** bezeichnen, wenn man solche Behauptungen hier aufstellt, ohne auch nur den geringsten Beleg dafür zu erbringen. Ich habe es vorhin ganz klar gesagt, daß, wenn Sie der Ansicht sind, daß an der Börse unmoralische, verbrecherische Manipulationen vorgenommen werden, Sie verpflichtet sind, diese Manipulationen auf dem Wege der Gesetzgebung unmöglich zu machen. Dafür werden wir auch stimmen. Wir sind aber gegen jede Besteuerung, die den Verkehr belastet. Die berühmte Mittelstands-Politik erreicht hier, wie stets, nur das Gegenteil von dem, was sie erreichen will, gerade eine große Reihe von kleinen Leuten werden durch die Börsensteuer geschädigt. — Herr Gröber meinte, er hätte mit seinen Vorschlägen einer Reichseinkommen- und Erbschaftssteuer zu wenig Gegenliebe gefunden. Ja, wenn die Herren nur den Mut gehabt hätten zu sagen: ohne die direkte Besteuerung keine Flotte, dann hätte die Regierung ohne Zweifel nachgegeben. Aber die Herren wollen zwar alle Einrichtungen, die ihnen eine Förderung ihrer socialen Position bringen, nur sind sie nicht bereit, die Kosten, die ihnen diese Institutionen verursachen, aus ihren Mitteln zu bezahlen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten). Wenn wir übrigens die Reichs-Einkommensteuer befürworten, so setzen wir selbstverständlich voraus, daß die Herren, die unter geflickten Strohdächern sitzen, nicht davon betroffen werden. (Große Heiterkeit.) — Der **Widerwille gegen jede direkte Besteuerung der Besitzenden** ist es allein, der zu der **zweideutigen Steuerpolitik** des Centrums geführt hat, die wir bekämpfen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Ich wundere mich über die scharfe Kritik, die Herr Gröber an der Reichs-Vermögenssteuer geübt hat, in der Kommission war ihm diese ebenso lieb wie die Reichs-Erbschaftssteuer. Gegen die Reichs-Erbschaftssteuer haben wir das Bedenken, daß sie keine bewegliche Steuer ist, man kann nicht jemand verschieden besteuern je nach dem ob er am 31. Dezember oder am 1. Januar stirbt. — Die Drohung des Centrums, ohne Deckung keine Flotte kann sich nicht auf uns bezogen haben, denn uns wäre ja mit der Ablehnung der Vorlage nur gedient gewesen. Sie muß sich also auf die nächsten Nachbarn des Centrums, die Nationalliberalen, bezogen haben, von denen man wohl nicht glaubte, daß sie durch Dick und Dünn mitgehen würden. Die Regierung verhält sich zu den Steuervorlagen so schweigsam, als wenn sie die ganze Steuerfrage nichts anginge (Heiterkeit.) — Die Konservativen haben sich in der ersten Beratung gegen neue Steuern ausgesprochen, jetzt sind sie, wenn die Stempelsteuern nicht bewilligt werden, nicht für die Flotte zu haben. Das ist die große nationale Begeisterung. (Heiterkeit.) Im Grunde ihres Herzens ist die ganze Flotte den Herren nicht mehr wert als 1/10 pro Mille der Stempelsteuer. (Heiterkeit.) Wenn das nicht bewilligt wird, dann fort mit der Flotte, mit der „gräßlichen" Flotte. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Gröber** (C.):

Herr Rickert hat übersehen, daß unser Vorschlag 1898 nicht eine direkte Reichsbesteuerung sondern Zuschläge zu den Landes-Einkommensteuern verlangte. Außerdem haben wir aus der Ablehnung unsrer damaligen Vorschläge gelernt. (Lachen links.) Herrn Bebel habe ich keine unlauteren Motive untergestellt, sondern nur das objektive Facit aus der Haltung seiner Freunde gezogen. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

§ 6 wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen sowie süddeutschen Volkspartei **angenommen.**

Die Schlußbestimmung, wonach das Gesetz gleichzeitig mit den noch in dieser Session des Reichstags zu erlassenden Gesetzen betreffend Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes und des Zolltarif-Gesetzes in Kraft treten soll, wird debattelos angenommen.

Schließlich liegen noch folgende Resolutionen vor:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirtschaft die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen **Zuzug fremdländischer Arbeiter** geöffnet werden.

Die Resolution wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und süddeutschen Volkspartei und der Nationalliberalen **angenommen.**

Durch eine weitere Resolution sollen die verbündeten Regierungen ersucht werden, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die **Besteuerung des Saccharins** und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Nachdem sich der Abg. **Richter** (frs. Vp.) gegen die Resolution ausgesprochen, wird dieselbe gleichfalls angenommen.

Damit ist die Beratung der

Flottenvorlage erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Beratung der Postkonvention, Gesetze betr. Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes und des Zolltarifs.

Schluß 5½ Uhr.

Dritte Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Former und Berufsgenossen.

Hamburg, 6. Juni 1900.

(Dritter Verhandlungstag.)

Nach Verlesung mehrerer Begrüßungstelegramme wurde in der Debatte über Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Vereinbarung mit dem Metallarbeiter-Verband" fortgefahren. Hierzu ergriffen die meisten Delegierten das Wort. Während ein Teil derselben sich für den bereits mitgeteilten Vereinbarungsentwurf erklärte, trat ein andrer Teil, darunter auch die Berliner Delegierten, für den festen Anschluß der Former an den Metallarbeiter-Verband in der Weise ein, daß die Former eine selbständige Sektion dieses Verbands mit weitgehendster Autonomie und eignem Fachorgan bilden sollen. Die Gegner dieses engeren Anschlusses drückten die Befürchtung aus, daß nach erfolgtem Uebertritt es mit der Selbständigkeit und Aktionsfähigkeit der Former vorbei sein würde. Folgende, von Grenz-Leipzig eingereichte Resolution wurde zur Debatte gestellt:

„Die am 13. April 1900 veröffentlichte Vereinbarung des Vorstands des Centralvereins der Former mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands betreffs der Einigungsbestrebungen der in beiden Verbänden organisierten Former, genügt den Formern nicht vollständig. Es bleibt daher die auf dem Formertag zu Ostern 1899 in Gotha gewählte Einigungskommission bestehen. Die Kommission veranlaßt eine nochmalige gemeinschaftliche Verhandlung mit den Vorständen beider Organisationen auf den von ihr im Dezember 1899 zu Hamburg geschaffenen Entwurf. Gleichbedeutend, ob die Vorstände eine nochmalige Verhandlung ablehnen oder eine Zusammenkunft zu stande kommt, und ob eine Einigung der Vorstände erzielt wird: oder nicht, die organisierten Former beider Organisationen behalten sich in allen Fällen das endgültige Entscheidungsrecht über das, was in der ganzen Angelegenheit geschehen soll, vor.

Zur endgültigen Entscheidung betreibt die Kommission die Einberufung eines Kongresses der in beiden Organisationen organisierten Former. Der Kongreß ist zu gleichen Teilen von den in beiden Organisationen organisierten Formern zu beschicken. Die Höhe der Majorität, mit welcher bindende Beschlüsse für die organisierten Former beider Verbände gefaßt werden sollen, muß vor Zusammentritt des Kongresses von den Formern bestimmt werden. (Ob vielleicht ¾ oder ⅔ Majorität entscheidet.) Ausgehend von der Ansicht, daß über das Organisationsverhältnis der Former nur dieselben allein zu verfügen haben, wird die Einigungskommission aufgefordert, diese Resolution zu der ihrigen zu machen und mit oder gegen das Einverständnis der Vorstände beider Organisationen in direkten Verkehr mit den Formern, Sektionen, Zahlstellen usw. durch Zeitung, Cirkular, Flugblatt oder sonstwie zu treten.

Bis zur endgültigen Lösung der der Kommission gegebenen Aufträge bleiben die zwischen den Vorständen unter dem 13. April 1900 geschaffenen Verbindungen bestehen."

Nach der Mittagspause wurde die Debatte über Punkt 5 der Tagesordnung fortgesetzt. Es entspann sich zunächst eine längere Diskussion darüber, ob die in Gotha eingesetzte Kommission noch zu Recht besteht, was schließlich mit großer Mehrheit bejaht wird. Die weitere Beratung dieses Punkts förderte nichts Neues zu Tage.

Versammlungen.

Waldmannslust. Am Sonntag tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins. Genosse A. Hoffmann sprach über „Auf was wir stolz sind". Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte keine Diskussion.

Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonnabend, den 9. Juni, abends 8½ Uhr, bei Gohlke, Beusselstr. 32: Versammlung.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. gegr. 1892. Heute abend 9 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Geschäftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Eingegangene Druckschriften.

Die **„Socialistischen Monatshefte"** (Administration: Berlin W., Gleditschstr. 23) haben soeben das sechste Heft des 6. Jahrgangs erscheinen lassen. In demselben wird die Artikelserie über den Stand der socialistischen Bewegung und des Niveaus der socialistischen Theorien in den verschiedenen Kulturstaaten, die in den früheren Heften bereits Studien über den Socialismus in Dänemark, England, Finnland, Frankreich, Italien, Oestreich, Polen, Queensland, Rußland, Spanien und Ungarn gebracht hat, fortgesetzt durch einen Aufsatz über den Socialismus in Holland von Willem Hubert Vliegen. Aus dem sonstigen Inhalt des Heftes heben wir hervor: Wolfgang Heine: Nach der Schlacht. Ein Rückblick auf die Heiwe-Kämpfe. — Adolph von Elm: Die Stellung der Socialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung. — Paul Göhre: Die Fälle Weingart und Hillmann. — Eduard Bernstein: Naturprincipien und Wirtschaftsfragen. — Richard Dehmel: Zwischen Ostern und Pfingsten. — Giovanni Lerda: Die Bedeutung der Rasse für die Kultur. — Maxim Gorky: Sechsundzwanzig und eine. — Rundschau: Genossenschaftsbewegung. — Kommunalsocialismus. — Revue der Revuen. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfennig; pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure, durch jede Postanstalt (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7217), sowie direkt durch die Expedition: Gleditschstr. 23, Berlin W. (Zusendung in offenem oder geschlossenem Couvert.)

Marktpreise von Berlin am 6. Juni 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,40	15,38	Kartoffeln, neue,	D.-Ctr.	8,—	6,—
„ mittel	„	15,36	15,34	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	15,32	15,30	do. Bauch	„	1,20	1,—
*) Roggen, gut	„	15,20	15,19	Schweinefleisch	„	1,60	1,—
„ mittel	„	15,18	15,17	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
„ gering	„	15,16	15,15	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
†) Gerste, gut	„	14,80	14,30	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,20	13,70	Eier	60 Stück	3,20	2,20
„ gering	„	13,60	13,10	Karpfen	1 kg	2,—	1,20
††) Hafer, gut	„	15,80	15,20	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	15,10	14,50	Zander	„	2,60	1,—
„ gering	„	15,40	13,80	Hechte	„	2,20	1,20
Richtstroh	„	7,50	7,—	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	10,40	6,60	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn. †) frei Wagen und ab Bahn. ††) ab Bahn und frei Wagen.

Produktenmarkt vom 7. Juni. Getreide. Die Tendenz war auch heut fest. Nach wie vor lauten die Saatenstandsberichte ungünstig, namentlich sollen die Roggenfelder schwer gelitten haben. Dazu kommt, daß die Vorräte in den Händen des Konsums bis auf ein Minimum zusammengeschmolzen sind. Hier selbst in Berlin dürfte freie disponible Ware überhaupt nicht vorhanden sein. Die Nachfragen von auswärts für sofortige oder baldige Lieferung können nur zum Teil befriedigt werden. Weizen setzte ungefähr zum gestrigen Preise ein. Auf Meldungen aus Amerika, sowie auf Kaufaufträge vom Inlande zog später der Preis an. Besonders Interesse herrscht nach wie vor für Roggen, der für nahe wie für späte Sichten rege begehrt war und um etwa 1 M. anziehen konnte. Hafer knapp und gut behauptet. Rüböl auf Realisationen matter, sehr stilles Geschäft. Mais behauptet.

Spiritus nach wie vor unverändert; 70er loco 49,80 M.

Weizen per 1000 Kilogramm: Märkischer 153—154 M. ab Bahn bez., Havelländer —,— M. bez., Mecklenburger —,— M. bez., Oderbrucher —,— M. bez., Sächsischer —,— M. ab Bahn bez. Normalgewicht (755 Gr.) —,—, Abnahme im laufenden Monat, do. 154,25—153,75 Abnahme im Juli, do. 157,25—157 im September, do. 157,75—157,50 im Oktober mit 2 M. Mehr- oder Minderwert. Tendenz ermattend. — Roggen per 1000 Kilogramm: Märkischer 151,00—152 ab Bahn, Oderbrucher —,—, Posener —,— ab Bahn, Pommerscher —,—, Westpreußischer —,— bez., Warthe-, schwimmend —,—, Netze schwimmend 153 eine Ladung. Normalgewicht 712 Gr. 149,50—149,75—149,25 Abnahme im Juli, do. 147,25—147 im September, do. 147,25—147,00 im Oktober mit 1,50 M. Mehr- oder

Minderwert. Tendenz: ermattend. — Hafer: loco per 1000 Kilogramm, Pommerscher feiner 151—157, mittel 144—150 ab Bahn, Märkischer feiner 151—157, mittel 144—150 ab Bahn, Mecklenburgischer feiner 151—157, mittel 144—150 ab Bahn, Westpreußischer feiner —,—, mittel 144—150 ab Bahn, Posener feiner —,—, mittel 144—150 ab Bahn, Schlesischer feiner —,—, mittel 144—150 ab Bahn, Russischer feiner —,—, mittel 138—142 ab Bahn. Normalgewicht 450 Gr. —,— Abnahme im laufenden Monat, do. 134 Abnahme im Juli, do. 129 Abnahme im September, do. —,— Abnahme im Oktober mit 2 M. Mehr- oder Minderwert. Tendenz: ruhig. — Mais: Amerik. mixed 120,50—122. Abnahme im laufenden Monat —,—, Abnahme im Juli —,—, Abnahme im September —,—. Tendenz: behauptet. — Kartoffelmehl per 100 Kilo Brutto inkl. Sack loco 20,50 M. — Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilo Brutto inkl. Sack loco 20,50 M. — Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilo Brutto inkl. Sack loco —,— M. — Weizenmehl für 100 Kilogramm Brutto einschließlich Sack in Mark. 00: 19,25 bis 21,65. Tendenz: fest. — Roggenmehl: 0 und 1: 19,95—21,20 M. Abnahme im laufenden Monat —,—, Abnahme im Juli —,—, Abnahme im September 19,85 M. Tendenz: fest. — Rüböl für 100 Kilogramm mit Faß in Mark, loco —,— M. Abnahme im Juli 59,— M. Abnahme im Oktober 58,40—58 M. Tendenz: nachgebend.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Militär. X-Beine in geringem Grade, so daß sie das Marschieren nicht hindern. Geringe Erhöhung der rechten Hüfte. Einzelne Krampfadern ohne Knoten. Körperschwäche durch zurückgebliebene Entwickelung. Sehschärfe normal. Größe 1,68 Meter. Brustweite bei tiefster Ausatmung 78, bei höchster Einatmung 86 Centimeter. Ersatz-Reserve Infanterie. — Sie haben keine Uebung mehr mitzumachen. — Kielbrust ist eine durch Hervortreten des Brustbeins verursachte Form der Brust.

K. Schw. Einen Berichterstatter werden wir senden, an das Stadtverordneten-Kollegium müssen Sie sich selbst wenden.

Anonymus. Unter E. G. P. nichts für den Briefkasten erhalten. Bitte, die Fragen zu wiederholen und dem Sekretariat der Redaktion zuzuschicken.

W. H. 5. Sie können auch ohne Soldat gewesen zu sein, eine solche Stelle erlangen, wenn Sie durchaus gesund sind.

B. 27. Eine Aufrechnung einer Gegenforderung auf den Lohn ist seit dem 1. Januar 1900 so weit der Lohn 1500 M. nicht übersteigt, unzulässig. Haben Sie als Näherin Material verdorben oder angeblich zu wenig Garn zurückgeliefert, so muß der Arbeitgeber dennoch Ihnen den vollen Lohn auszahlen. Thut er es nicht, so verklagen Sie ihn auf Zahlung des Lohns beim Gewerbegericht. Dem Arbeitgeber bleibt es unbenommen, seinerseits auf Ersatz seines Schadens eine besondere Klage beim Amtsgericht anzustrengen. Aber aufrechnen darf er nicht mehr. — **J. S.** Nein. — **Gewerkschaftskartell.** Die Innungs-Krankenkassen sind Einrichtungen der Innung und keine eignen Rechtssubjekte. Es finden auf diese Innungskassen die meisten der Bestimmungen Anwendung, welche für Orts-Krankenkassen gelten. Der Vorstand ist in der Generalversammlung zu wählen. Kommen Vorstand oder Generalversammlung nicht zu stande, so kann die Aufsichtsbehörde der Innung eintreten und auf Kassenkosten einen Vertreter bestellen, die Kassenverwaltung kann auch ausschließlich den Gesellen und Gehilfen übertragen werden. Ebenso kann, wenn die Innung die Hälfte der Kassenbeiträge aus eignen Mitteln zahlt, bestimmt werden, daß der Vorsitzende und die Hälfte der Mitglieder des Vorstands und der Generalversammlung von der Innung zu bestellen sind. In Ihrem Falle scheint eine Neuwahl nicht erforderlich zu sein. Eine Frist ist nicht festgesetzt. Sie könnten sich eventuell an die Aufsichtsbehörde wenden. Die auf Innungs-Krankenkassen bezüglichen Bestimmungen finden sich in §§ 73, 19, 20 bis 22, 26—42, 45, 46, 46a, 46b, 47, 48a, 49a, 51—53a, 54a—58, 65 des Krankenversicherungs-Gesetzes und in § 90 der Gewerbe-Ordnung

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 8. Juni.
Opernhaus. Carmen. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. König Lear. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Dorf und Stadt. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Mädchenpolitik. Vorher: Die Manöverbraut. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Freudlose Liebe. Hierauf: Die Schulreiterin. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer fesselt. Anfang 7½ Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Waise von Lowood. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Mädchenhändler von Europa. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theatersaal): „Von den Alpen zum Vesuv".

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Schauspiel in 3 Akten v. G. Giacosa, deutsch von O. Eisenschitz.
Hierauf:
Die Schulreiterin.
Lustspiel in 1 Akt von Emil Pohl.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Orientreise.
Sonntag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.

Central-Theater
Anfang 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Berlin nach Elf.
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Aufzug der Parfums. (Blendendes Ballett.)
Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elf.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Nur noch drei Aufführungen!
Gastspiel
Annie Dirkens.
Wie man Männer fesselt.
Vaudeville-Posse in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Wie man Männer fesselt.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Täglich:
Am Spieltisch des Lebens.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Garten:
Konzert, Theater u. Specialitäten.
Anfang 5½ Uhr.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater, Specialitäten, Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 9¼ Uhr: „Es ist erreicht".
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit !!
Neu! Neu!
Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft „Senescu".
Die Helden des Transvaal-Kriegs.

Passage-Panopticum.
Riesen
und
Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7—10½ Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Der Soldatenfeind.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Die kleine Handschuhmacherin.
Liederspiel in 1 Akt von Jacobsohn.
Im Saal: Großer Ball.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten: (vornehmstes u. großartigstes Sommer-Etablissement der Residenz)
Specialität.-Vorstellung I. Ranges.
!! Sensationelle Neuheit !!
Im Märchenwald.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 75 Pf. Ende 11 Uhr. Saisonkart. an der Kasse.

Victoria-Theater.
Alexanderplatz.
Birch-Pfeiffer-Cyklus.
Die Waise aus Lowood.
Schauspiel in 2 Abteil. u. 4 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Ferner:
Iben Obed — Frères Hoste.
Neu! Neu! Bernhard Mörbitz. Neu! Neu!
Brothers Morelli — Eva Haller.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
(Internationale Urania.)
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Bildern und einem Prolog von Dr. M. Wilhelm Meyer.
Abends 8 Uhr.

Puhlmanns
Vaudeville-Theater.
Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Künstler I. Ranges. — Im renovierten Saale: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Metropol-Theater.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Erfolg dieser Saison.
Der Zauberer am Nil.
Burleske Ausstattungs-Operette mit dem feenhaften hocheleganten
Mumien-Ballett.
Vorher:
das vollständig neue brillante Juni-Specialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich: Der wilde Jäger,
rom. Sage m. Gesang u. Tanz in 4 Abt. v. Hugo Schulz, Musik v. A. Kersten. — Ballett unt. Leitung d. Ballettmeisterin Frl. Döring. — Auftreten d. Excentric-Chansonnette Molly Berch, d. Grotesque-Duettisten Gebr. Milardo, Tauma-Quartett, Ueberfee-Truppe, Akrobaten, Brothers Lebré, Perchakrobater, Fred u. Max, Chinesen. The Greenwood, Pantomime: „Die musik. Schmiede". — Konzert. — Im Saale: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Numerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger
(Führmann. Horst. Walde).
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets 3 Stück 1 M.
Bons nur in der Woche gültig.
Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Letzte 3 Tage!
Barnum & Baileys
grösste
Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.
Tägl. um 3 und 8 Uhr.
Schluss unwiderruflich am Sonntagabend.
Die Sehenswürdigkeiten sind um 1 und 6½ Uhr zu besichtigen. Billetverkauf um dieselbe Zeit an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen sind garantiert dieselben wie am Abend.
Die Abnormitäten sind in dem Menagerie-Pavillon von 1 bis 4½ Uhr und von 6½ bis 9½ Uhr ausgestellt.
Gr. Pferde-Ausstellung
in der Hippodrom-Bahn.
Aufregende u. waghalsige Rennen.
Wirkliche Wettstreite a. d. Hippodrom wie ehemals im alten Rom.
Aufregendes u. spannendes römisches Kolosseum-Wagen-Rennen. — Alles sind wirkliche u. ernstl. Wettstreite.
1 Mk. Entree für sämtliche Sehenswürdigkeiten u. Sitzplatz für d. Cirkus-Vorstellung. Bessere Plätze 2 Mk. Reserv. u. numerierte Plätze 3, 4 u. 6 Mk.
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1 Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind numeriert mit Ausnahme der 1 und 2 Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Importhaus, Unter den Linden No. 47.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Einzig in seiner Art.
Ohne jede Konkurrenz.
Bestgepflegte Familien-Unterhaltung.
Wochentags abends 6 Uhr freies Entree.
Massen-Konzerte.
Italien. Zanitscharen-Bande Rocco. Tyroler Alpensänger Michel Hopp. Rumänisches Orchester Lafer. Oesterreichische Damenkapelle Hansard. Theater-Abteilung: Abends 7½ Uhr.

Charlottenburg.
M. Schmerberg (4006)
Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Freie Volksbühne
VI. Abteil.: Sonntagnachm. 2¼ Uhr im Carl Weiss-Theater:
1. Abschied vom Regiment. Aus dem Einakter-Cyklus „Die Befreiten" von O. E. Hartleben.
2. Fritzchen. Drama in 1 Akt von Hermann Sudermann.
3. Abschiedssouper. Aus dem Anatol-Cyklus von A. Schnitzler.
230/5] Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Für Dampferpartien!
„Zum Sportshaus" in Ziegenhals bei Zeuthen. (Vorortstation der Görlitzer- u. Stadtbahn.
Neu eröffnet! Gänzlich renoviert!
Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampfersteg.
Juni, Juli und August noch Sonnabende und Sonntage frei.
46398* Jede Auskunft, auch per Telephon.
Hugo Engel, Berlin O., Tilsiterstr. 87. Tel.-Amt VII Nr. 3242.

Apollinaris
NATÜRLICH KOHLENSAURES MINERALWASSER.
Versandt im Jahre 1888 ... 12,720,000 Gefässe
„ „ 1899 ... 25,720,000 „
„Sein angenehmer Geschmack und sein hoher Gehalt an reiner Kohlensäure, zeichnen es vor den andern ähnlichen Mineral-Wassern vortheilhaft aus."
Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Virchow, Berlin.

Ausstellung im Zoologischen Garten.

Samoa.
!! Unsre neuen Landsleute !!
Samoanisches Dorf — Urwald Tropenlandschaft.
Eingeborne, Männer, Frauen, Kinder aus Samoa. Sprecher. Häuptlinge. Samoanische Dorfjungfrau. Krieger Mataafa u. Malietoas.
Schöne, lebendige, in Berlin noch nie gesehene Vorführungen.
Gr. ethnologische Sammlung.
Kein Extra-Entree!
Täglich v. 9—12 u. 3—8 Uhr. Vorführungen: 11, 3½, 5, 6½ Uhr. Einlaß n. Bedarf. Entree direkt z. Ausstellung (am Bahnh. Zoolog. Garten) 50 Pf., Kinder 25 Pf. Besucher des Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.
Schön, unterhaltend, lehrreich.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13—15.
Artistische Leitung: Paul Kilbitz.
Täglich: Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Hübele Troupe — Brothers Lülsdorf — Mlle Ella — Mr. Alphons — Karl Kramer — Minna Schön (erstklassige Specialitäten).
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Donnerstag! Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Kliem.

Geschäftliche Mitteilung.
R. Grüns 46279*
langjährig bestehendes Schuhwaren-Geschäft,
früher Andreas-Strasse, hat seine Verkaufsräume nach Frankfurter-Strasse 134, neben dem Carl Weiss-Theater, verlegt und bedeutend erweitert. Gleichzeitig giebt die Firma bekannt, daß sie zukünftiger Lieferant der Rabatt-Sparvereine Oststadt und Nordost werden wird.

Gründruck	10	Stck.	20 Pf.
Kupferdruck	10	„	30 „
Silberdruck	10	„	40 „
Golddruck	10	„	50 „

47819*
Mephisto-Cigaretten sind unstreitig die besten!!

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. Pfd. 85 Pf., chinesische Halbdaunen d. Pfd. M. 1.25, bessere Halbdaunen d. Pfd. M. 1.75, vorzügliche Daunen d. Pfd. M. 2.85. — Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Halensee.
Sommer-Theater „Kurfürstenpark"
Ludwig Kluge.
Artist. Leitung: Direktor Oskar Wagner.
Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Burleske von Oskar Wagner. Musik von Fritz Krause. 48399*

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rüdersdorfer Straße 71
am Küstriner Platz.
Täglich Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 20 Pf.
Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

See-Terrasse Lichtenberg, Röderstrasse 6, an der Landsberger Allee.
Täglich:
Grosses Garten- und Promenaden-Konzert
der Abruzzer Bersaglieri in Uniform aus Rom.
Auf dem drei Morgen großen, herrlichen See: Gondelfahrten.
4 grosse neu erbaute Kegelbahnen.
Im Theater Variété:
Das grossartige Juni-Programm.
Dienstag, den 12. Juni: Elite-Tag.
Tanz-Kränzchen und Grosses Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Entree 10 Pf., Kinder frei, an Feuerwerkstagen 20 Pf.
Deutsche Terrain-Gesellschaft m. b. H. Berlin. See-Terrasse Lichtenberg b/Berlin

Möbelstoffe!!
auch Reste! alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf:
Mocquett-Plüsche 5,35 M.
per Meter (130 cm breit). 48619*
Muster b. näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Achtung! **MAURER.** Achtung!

Sonntag, den 10. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Borussia-Säle“, Ackerstrasse 6/7:

Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten vom Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands. 2. Abrechnung von der Urania-Vorstellung. 3. Anträge des Ausschusses. 4. Vereinsangelegenheiten.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

129/10 **Der Vorstand.** J. A.: **Julius Gehl.**

Achtung, Maurer!

Freitag, den 8. Juni, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

aller zum Streikgebiet Berlin und Umgegend gehörigen Mitglieder des Centralverbands der Maurer Deutschlands

im großen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen H. Boechck über: „Die Stellung der Gewerkschaftsbewegung zur Politik.“
2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Die Verbandsleitung. J. A.: **Karl Panser.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Sonnabend, den 9. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123

Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden.

113/8 **Die Ortsverwaltung.**

Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I, Putzer.

Sonntag, den 10. Juni, vormittags 11 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Crempe über: „Technische Fortschritte im Baugewerbe“. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. 134/11

J. A.: Franz Schulz.

Verein der Bauanschläger

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 10. Juni, vormittags 10½ Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Fortsetzung der Statutenberatung. 3. Verschiedenes und Fragekasten. 33/20

Beiträge werden nur zwischen 10 und 11 Uhr angenommen.

Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. (Zahlstelle Berlin I.)

Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 42/2

1. Bericht von der Vorstandskonferenz. 2. Wahl eines Zeitungsspediteurs. 3. Verbandsangelegenheiten. **Die Ortsverwaltung.**

Verein deutsch. Schuhmacher.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Joseph Naplonteck

am 6. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. d. M., nachm. 5 Uhr, vom Hedwigs-Krankenhause aus nach Hohen-Schönhausen statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

170/1 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, Bruders und Schwiegersohns, des Weißgerbers **Paul Rosenfeldt,** sagen wir hiermit allen Freunden, Verwandten sowie dem Gesangverein „Glück zu“, dem Wahlverein des 6. Kreises, und den Chefs sowie Personal der Lederfabrik Eyck u. Straffer unsren herzlichen Dank.

13766 Die Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unsres unvergeßlichen Sohnes 18755

Georg

sagen wir hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Familie **Bohnke,** Alexandrinenstr. 123.

Für die mir bei der Beerdigung meines lieben Mannes so herzlich erwiesene Teilnahme allen lieben Verwandten und Freunden sowie den Latterieklubs „Frisch gewagt“ und „Ohne Hoffnung“ unsern herzlichsten Dank. Wwe. **Marie Kohn.**

13825 **Anna Kohn** als Tochter.

Orts-Krankenkasse

für die in den

Geschäftsbetrieb. d. Anwälte, Notare u. Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten besch. Personen zu Berlin.

Am 10. Juli cr., abends 8½ Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20:

Außerord. Generalversamml.

Tagesord.: Regelung der Krankenkontrolle. 272/4

Berlin, den 6. Juni 1900.

Der Vorstand. Jul. Cohn.

Speck, neuer deutsche Ware, magerer Pfd. 65 Pf., bei 5 Pfd. 60 Pf. fetter „ 55 „ „ 5 „ 52 „

Hallesche Zwiebelleberwurst à Pfd. 50 „

Rotwurst „ „ 50 „

Pa. Schlackwurst, harte „ „ 110 „

Pa. Salamiwurst, Dauerw. „ 110 „

sowie sämtl. andre Sorten Thüringer und Braunschweiger Wurstwaren zu billigsten Preisen. Restaurateuren und Wiederverkäufern billigste Engrospreise.

Jos. Scheidmann,

Dalldorferstr. 19. Ackerstr. 8.

Grösstes Geschäft

der

Schönhauser- u. Prenzlauer-Vorstadt

für

Herren- u. Knaben-Garderoben.

Vollständig neu umgebaut und ganz bedeutend vergrößert. Sämtliche Sachen nach Maß sowie fürs Lager werden in eignen Werkstätten angefertigt.

Die Preise sind sehr billig aber fest, ohne jeden Abzug. — Stoffe zur Maßanfertigung liegen in ganzen Stücken zur Ansicht. 46212*

Hugo Opitz, Schneidermeister,

Berlin N., Franseckistrasse 13,

nahe der Schultheiß Brauerei.

Falbe

44 Elsasserstr. 44

(am Oranienburger Thor).

Behandl. aller **Haut-, Harn- u. Blasenleiden** ohne Berufsstörung, **ohne schädl. Mittel u. Gifte.** Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9–3. 45112*

Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden. Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [39789*

R. Wagner, Invalidenstr. 151/I (fr. Wallstraße 23.)

9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, I.

Behandlung aller **Haut-, Harn- und Blasenleiden** ohne jegliche Berufsstörung. 3973L*

Sprechstunden 9–2 u. 5–9.

Donnerstagvormittag keine Sprechstunde.

Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf **Teilzahl.** ohne Preiserhöhung zu den coulant Zahl.-Beding. Katal. gratis

Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau

Lothringerstraße 48 I.

Dicht am Rosenthaler Thor.

Haut- und Harn-Leiden

heilt 30602*

ohne schädliche Mittel

E. Herrmann, Apotheker,

Georgenkirch-Platz Nr. 21.

Sprechst. 10–1½ u. 5–8.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Erfurt–Ilversgehofen

Renommiertes Fabrikat. EINIGKEIT MACHT STARK · DEUTSCHE SCHUHFABRIK ERFURT · GESETZL. GESCH. **Beste Zuthaten.**

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalkt. Specialität . . . **7 M.**

„ „ ohne Naht, Spiegel **8,50 M.**

„ „ Besatz u. Knopfverzierung **3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50** bis **15 M.**

„ **Agraffenstiefel,** Besatz, **6,50, 7,50, 8,50** bis **18 M.**

„ **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.

Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, **4,50** bis **6,50 M.**

Schaftstiefel, Reitstiefel.

Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14 M.**

„ **Knopf- u. Schnürstiefel,** elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50 M.** an.

„ **Schnürschuhe** . . . . von **3,50 M.** an.

„ **Hausschuhe** . . . . von **3,00 M.** an.

Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50 M.** an.

Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen,** sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. [40972*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.

„ W., Schillstraße 12.

Stettin, Reifschlägerstraße 14.

Hannover, Klagesmarkt 7a.

Hamburg, Steinstraße 16.

„ Margaretenstr. 5.

Bremen, Faulenstraße 75.

Düsseldorf, Schadowstraße 57.

Köln a. Rh., Eigelstein 66.

Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.

„ Zeil 67.

München, Sendlingerstraße 10.

„ Dachauerstraße 83.

„ Landsbergerstraße 7.

„ Humboldtstr. 22.

„ Amalienstr. 28.

Johannisthaler Volksgarten, **Johannisthal,** Köpnicker- u. Friedrich-Strassen-Ecke.

Im neuerbauten Saal jeden Sonntag **TANZ.** Kaffeeküche, Kegelbahn, große Ausspannung. Garten. Speisen und Getränke in bekannter Güte. 47952* **August Senftleben.**

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warschauerstraße 68 im Schanklokal.

Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwarzkopfstraße 15. †131*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †30*

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25–40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Steglitz, Schloßstraße 76, Ecke Flensburgerstraße: Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Betten, prachtvoller Stand, 12,00, zweischläfrig 16,50. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †150*

Betten, Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Fahrrad verkauft Barbiergeschäft, Brunnenstraße 113. †146*

Fahrräder, Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Bahnrenner, 18 Pfund, Straßenrenner, Luxus-Damenräder, Zweisitzer, Kinderräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial“ Dieffenbachstraße 33. [1808*

Remontoiruhren, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. †21/9*

Kinderwagen 9,–, 15,– bis 100,– „Baby“, Invalidenstraße 160 (Brunnenstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise. [1455K*

Kinderwagen, Riesen-Auswahl. „Baby“, Frankfurterstraße 115 (Andreasstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Kinderwagen, überall Riesenauswahl. „Baby“, Spandau, Potsdamerstraße 20. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Sportwagen 5,– bis 30,– „Baby“, Friedrichstraße 15 (Besselstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Sportwagen, „Baby“, Brunnenstraße 32. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Bettstellen 8,– bis 60,– „Baby“, Chausseestraße 8. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Bettstellen, „Baby“, Reinickendorferstraße 24. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Kinderstühle, „Baby“, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 55. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Kinderwagen auf Teilzahlung ohne Preiserhöhung. „Baby“, Oranienstraße 31 (Adalbertstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †30*

Nußbaummöbel, Stube, Küche, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, vorn I links. †77*

Damenbüsten billig Hülf, Weinbergsweg 13b. 9185

Fahrräder, erstklassig, zu Engrospreisen im Musterlager, Kommandantenstraße 46 I. Teilzahlung gestattet. Abonnenten dieses Blattes Rabatt. 11625

Gaskocher, Sparsystem, Zweiloch 6,00, Dreiloch 10,00, Gasbratöfen 12,00, Gasplätteisen, Schneider-Bügelapparate billigst. Teilzahlung. Wohlauer, Wallner-Theaterstraße 32. (Kein Laden.) 13205

Abessinier Feld-, Gartenbrunnen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig. Karl Kauffmann, Müllenhoffstraße 19, am Urban. [21/18*

Bayrischbier 45 Flaschen 3 Mark, Brauerei Andreasstraße 63. [12325

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Meinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Uhren repariert Wilhelm Glade, Uhrmacher, Putbuserstraße 45. 146*

Fuhren jeder Art fährt billigst Otto Damel, Hebemannstr. 2, Kohlenhandlung. 9825

Vereinszimmer empfiehlt Lier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer m. Pianino Glaue, Krautstraße 18. [210b

Vereinszimmer Simeonstraße ... Flick. 174K*

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen, ... Reklamationen, ... agen, Eingaben, ... straße 65. ... Steglitzerstraße ... 13906*

Violin-, ... Unterricht, mon... ... avier-, Piston-, Cello-... ... atlich 4 Mark, Oranienstraße 118.

Vermietungen.

Schlafstellen.

Ge...sse findet gute Schlafstelle bei ... Hinz, Gräfestraße 35. 1243b

...**Ritterstraße** 110 bei Budack eine saubere Schlafstelle für Herrn. Hof I.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Muskauerstraße 27. *

Stellenangebote.

Tüchtige Hornbieger und Hornfräser werden gesucht gegen gute Bezahlung. Elsaß. Horndreherei und Stockfabrik. J. Kauffmann, Mülhausen im Elsaß. [1327b

Tüchtige Klempner sucht J. Hirschhorn, Köpenickerstraße 149. 124/5*

Ein junger Instrumentenmacher auf Orthopädie verlangt sofort Bünger, Badstraße 57. †90*

Sattler und Täschner für dauernde Arbeit gesucht. Oskar Tützer, Alexandrinenstraße 93/94. 13745

Drei Korbmachergehilfen auf Rohrarbeit verlangt Aug. Habiz, Lausitzerstraße 12. 13815

Farbigmacher verlangt A. B. Schultze, Oranienstraße 185.

Tüchtiger Dirigent gesucht. Gesangverein „Zukunft“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes), Nieder-Schönhausen. Mittwochs. Schriftliche Meldung: K. Enterling, Nieder-Schönhausen, Blankenburgerstraße 14/15.

Barockvergolder und Farbigmacher finden dauernde Beschäftigung Goldleistenfabrik Alexandrinenstr. 25.

Andrucker für ff. Chromo für auswärtige Kunstanstalt gesucht. Es wird nur auf eine erste, wirklich tüchtige, zuverlässige Kraft reflektiert. Kenntnis des Pantographen erwünscht. Offerten an Fiedig, Lichtenberg, Wilhelmstraße 3. [13805

Einfasserinnen verlangt Filzschuhfabrik Landsbergerstraße 92.

Farbigmacherin verlangt A. B. Schultze, Oranienstraße 185. 13795

Tüchtige Vergolderinnen, Farbigmacher verlangt **Joers,** Skalitzerstraße 28. †1*

Mamsells, Jacketts, verlangt Fechler, Rüdersdorferstraße 17 I.

Mamsells, geübt auf bessere Steppjacketts, hohe Preise, jeden Sonnabend wird gerechnet, nur im Hause, verlangt Lau, Weidenweg 29 III. 13598*

Stepperin auf Jacketts, Lohn bis 24 Mark, verlangt Lau, Weidenweg 29 III. 13585*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Schlauchvorarbeiter.

1–2 tüchtige Schlauchvorarbeiter, aber nur solche, finden lohnende und dauernde Beschäftigung in der **Gummiwarenfabrik Köpenickerstraße 187/188.**

Achtung, Drechsler!

Bei der Firma **Voeltzkow, Ritterstraße 15,** haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 80/5

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Zweiter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Frankfurt a. M., 5. Juni.

Am Dienstag legt beim Beginn der Sitzung die Kommission ihre Vorschläge über den Ausbau der christlichen Gewerkschaften vor. Sie lauten:

„Die auf dem ersten Kongreß in Mainz gewählte Gewerkschaftskommission hat den ihr gestellten Aufgaben nicht im vollen Umfange gerecht werden können. Es fehlte den Mitgliedern an der nötigen Zeit, wie auch an Geldmitteln, um der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung die Aufmerksamkeit und Förderung angedeihen zu lassen, die nach Umständen und Zeitverhältnissen nötig gewesen wäre. Es erscheint dringend geboten, für die christlichen Gewerkschaften einen engeren Zusammenschluß herbeizuführen unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände. Der Kongreß beschließt die Bildung einer Gewerkschaftskommission, zu der die einzelnen Berufe nach Möglichkeit Vertreter entsenden, die aus ihrer Mitte einen Ausschuß, bestehend aus fünf Personen, wählt, die möglichst nahe beisammen wohnen. Dieser Ausschuß bildet die geschäftsführende Instanz, deren Thätigkeit von der Kommission überwacht wird. Als Organ der Kommission sollen zunächst zwanglose Mitteilungen aus dem Gewerkschaftsleben dienen; für die Organisationen, die kein Organ haben, werden die in Württemberg erscheinenden „Gewerkschaftsblätter" eingeführt. Zur Leitung der Geschäfte wird ein besoldeter Sekretär angestellt; die Kosten werden von den Organisationen im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl aufgebracht, zunächst werden pro Jahr und Kopf 5 Pfennige erhoben."

Diese Vorschläge werden einstimmig angenommen.

Ueber den Punkt Unterstützungswesen referiert Gewerkschaftssekretär Braun-München. Der Redner hält erst dann die christliche Gewerkschaftsbewegung für aussichtsvoll, wenn durch ein geregeltes Unterstützungswesen die Mitglieder an die Organisation gefesselt werden. Die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine in Süddeutschland haben ihre Mitglieder nur, weil sie ihnen materielle Vorteile bieten. Das muß auch für die christlichen Gewerkschaften maßgebend sein. Die staatliche Arbeiterversicherung genügt nicht, um den Arbeiter sicher zu stellen; was ihm hier geboten wird, wird ihm durch die verteuerten Lebensmittel zehnfach wieder genommen. Die Krone aller Unterstützungs-Einrichtungen ist für mich eine allgemeine Streikkasse für ganz Deutschland. Zwei Drittel alles dessen, was der Arbeiter an Verbesserung seiner Lage aufzuweisen hat, mußte durch Kampf und Streik errungen werden. Der Baum der christlichen Gewerkschaft muß nicht nur nach außen schön aussehen, vor allen Dingen muß seine Wurzel kräftig und gesund sein, und diese Wurzel ist unsre materielle Macht. Die Kassen der Verbände sind für große Lohnkämpfe nicht zureichend, da muß eine gefüllte Streikkasse da sein, um nötigenfalls auch einen Generalstreik bestehen zu können. Die Unternehmer müssen unsre Macht fürchten, sonst sind wir ohne Einfluß. Bis jetzt ist unsre Organisation ein Kartenhaus, das der erste Wind umfegt. Verleihen wir ihm Halt durch das Unterstützungswesen, vor allen Dingen durch eine Streikkasse.

Zu den zu diesem Punkt aufgestellten Leitsätzen wird empfohlen: „1. Die Zahlung eines Sterbegelds obligatorisch einzuführen gegen entsprechende Erhöhung der Beiträge zur Gewerkschaftskasse.

2. Krankengeld-Zuschußkassen fakultativ einzuführen. Die Einführung der Reise-Unterstützung muß nach Art und Bedürfnis der einzelnen Berufe diesen vorbehalten bleiben. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist noch eine Frage der Zukunft, deren Durchführung sich in nächster Zeit in den christlichen Gewerkschaften wohl kaum ermöglichen läßt, doch ist es ihre Pflicht, das Interesse dafür in der Arbeiterschaft zu wecken und statistische Unterlagen zu beschaffen."

Diese Sätze werden auf einstimmigen Beschluß der Versammlung der Gewerkschaftskommission zur Durchführung überwiesen.

(Es ist eine Eigentümlichkeit des Kongresses der christlichen Gewerkschaften, daß zu den einzelnen Referaten zwar Leitsätze aufgestellt sind, der Referent jedoch dieselben gar nicht beachtet und zu ganz andren Ergebnissen und Vorschlägen kommt. Die Leitsätze sind ohne Einverständnis mit dem Referenten vom Vorstand aufgestellt und werden gewöhnlich dadurch erledigt, daß sie auf Vorschlag des Herrn Brust der Gewerkschaftskommission überwiesen werden, zur „Beobachtung", oder auch zur „Durchführung", trotzdem es in einigen gar nichts „durchzuführen" giebt.)

Zum vierten Punkt: Taktik der christlichen Gewerkschaften bei Lohnbewegungen, referiert Breitenbach-Eiserfeld. Seine Gedanken sind folgende: Als Aufgabe der christlichen Gewerkschaften ist in erster Reihe zu nennen die Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossen. Dieses Ziel ist zu erreichen durch Erhaltung und Erstrebung günstiger Arbeitsbedingungen, ohne die eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht möglich ist. Da diesen Bestrebungen der Arbeiter vielfach Widerstand seitens der Arbeitgeber entgegengesetzt wird, so sind Lohnstreiks häufig die Folge. Diese werden um so schärfer, als auch die Unternehmer sich in Organisationen zusammenschließen, um den Arbeitern geschlossen Widerstand zu leisten. Diesem Umstande Rechnung tragend, muß eine kluge Taktik bei Lohnstreiks beobachtet werden. Die christlichen Gewerkschaften verwerfen den Streik nicht principiell, sehen aber darin das letzte Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben. Die christlichen Gewerkschaften sehen im Lohnkampf keinen Klassenkampf, vielmehr ein berechtigtes Streben der Arbeiterschaft, ihre Arbeitskraft zu einem günstigen Preise zu veräußern und suchen letzteres möglichst zu erreichen durch friedlichen Ausgleich mit den Arbeitgebern. Weiter ist zu dringen auf den Abschluß fester Vereinbarungen (Tarife), die Einsetzung von Schiedsgerichten und die Einführung eines Streikreglements. Ausstände wichtiger Art oder von principieller Bedeutung sind nach Befinden der Gewerkschaftskommission von der Gesamtheit der christlichen Gewerkschaften zu unterstützen."

In der Diskussion wird auf die Streiks der letzten Zeit namentlich am Niederrhein näher eingegangen. Von einigen Rednern wird betont, daß die christlichen Organisationen nicht unter allen Umständen die von andrer Seite beschlossenen Streiks zu unterstützen haben, sondern dies erst dann thun sollten, wenn sie selbst die Forderungen als gerecht geprüft haben und von den freien Gewerkschaften dabei als gleichberechtigt anerkannt würden. Wir gehen, so führte der Arbeitersekretär Giesberts-M.-Gladbach aus, mit den andren Organisationen in praktischen Fragen Hand in Hand, und diejenigen, die von den christlichen Gewerkschaften erwartet haben, daß sie der übrigen Arbeiterschaft in ihrem Streben nach Besserung der Lage hindernd in den Weg treten, sind im Irrthum. Dazu sind wir nicht da; wir wollen, wo sich etwas erreichen läßt für die Arbeiterschaft, treu zu unsren kämpfenden Brüdern stehen; allerdings erwarten wir, daß wir von der andren Seite als gleichberechtigt anerkannt werden. (Beifall.)

Thomas-Viersen findet, daß die christlichen Arbeiter sich zu sehr duckten und zu leicht bereit sind, bei Lohnkämpfen klein beizugeben. Wenn eine Forderung gerecht sei, müsse sie auch mit allen Mitteln durchgefochten werden.

Die zu diesem Punkt aufgestellten Leitsätze werden der Gewerkschaftskommission überwiesen.

Brust macht bekannt, daß von den einzelnen Verbänden folgende Herren zur Gewerkschaftskommission bestimmt sind: Bergarbeiter: Brust-Altenessen, Köster-Frohnhausen, Breitenbach-Siegen; Textilarbeiter: Pasch-Krefeld, Schiffer-Bocholt; Holzarbeiter: Stegerwald-München; Eisenbahner: Neumayer-Stuttgart; Gewerkschaftskommission Württembergs: Roth-Stuttgart; Arbeiterschutz München: Braun-München; Bauhandwerker: Wiedeberg-Berlin; Metallarbeiter: Wieber-Duisburg, Dohnen-Reheim; für die übrigen Berufe: Hakenbroich-Köln.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung: Verkürzung der Arbeitszeit sind folgende Leitsätze aufgestellt, die der Gewerkschaftskommission zur Uebermittelung an die gesetzgebenden Körperschaften überwiesen worden:

„Eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit ist das wichtigste Erfordernis, um den Arbeitern die Teilnahme an dem Aufschwung der Kultur, die Pflege des Familienlebens und die Erfüllung seiner religiösen Pflichten zu ermöglichen. Aus diesem Grund ist zu erstreben:

1. ein gesetzlicher Maximal-Arbeitstag von zehn Stunden für alle Arbeiter; 2. innerhalb dieser Grenze entsprechend der Schwere der einzelnen Berufe durch besondre Gesetze oder durch die Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitszeit auf neun oder acht Stunden; 3. für besonders gesundheitsgefährliche Betriebe gesetzliche Bestimmungen über Dauer der Arbeitszeit und Wechsel der Arbeit.

Es folgt nunmehr die Erörterung über die Frage der „paritätischen Gewerkschaften". Der Verein „Arbeiterschutz" Köln, dessen Vertreter Gegner der neutralen Organisationen sind, hatte einen Antrag gestellt, der Kongreß möge sich zu dem „Schlagwort" „paritätische Gewerkschaften" äußern und Klarheit schaffen, ob die christlichen Gewerkschaften nur eine „momentane Notwendigkeit" seien oder ob ihnen die „Zukunft gehöre", ob die paritätischen Gewerkschaften oder die christlichen Gewerkschaften das erstrebenswerte Ziel seien.

Döring-Denz begründet diesen Antrag. In Mainz sei der christliche Charakter der hier vertretenen Organisationen festgelegt worden, und heute schon, nach einem Jahr, gebe man ihn wieder auf, indem man sich für neutrale Gewerkschaften erkläre. Der Gedanke sei mindestens verfrüht, es sei Zukunftsmusik, die auf keinen Fall für die Gegenwart passe. Die christlichen Gewerkschaften seien im Gegensatz zu den bestehenden gegründet worden, um durch sie die christliche Weltanschauung unter der Arbeiterschaft zu festigen und zu fördern. Es sei kein Schaden für die Arbeiter, wenn es zwei Organisationen gebe, die in ihren Endzielen auseinandergingen, aber in praktischen Fragen zusammenhielten. (Lebhafter Beifall.)

Giesberts-M.-Gladbach: Wir organisieren uns, um der festen geschlossenen Macht des Kapitals, dem gegenüber der einzelne Arbeiter wehrlos ist, eine gleich starke Macht entgegenzusetzen. Es ist nichts natürlicher als der Gedanke: thun sich die Unternehmer ohne Rücksicht auf Partei und Glauben zusammen, dann muß es der Arbeiter ebenso machen. Jede Zersplitterung ist für den Arbeiter ein Unglück; es ist kein gesunder Gedanke, daß zwei oder mehrere Organisationen nebeneinander bestehen. Also grundsätzlich muß jeder, der die Notwendigkeit der Organisation anerkennt, auch die Notwendigkeit der einheitlichen Organisation anerkennen. Wir halten aber gegenwärtig die christlichen Gewerkschaften für angebracht, weil in den bestehenden Organisationen die Socialdemokratie herrscht, die dort ihren politischen Einfluß geltend macht. Deshalb, weil wir unpolitische Organisationen wollen, in denen auch die Religion des andern keine Angriffe erfährt, haben wir christliche Gewerkschaften gegründet. Aber das Ziel unsrer Bestrebungen bleibt die allgemeine neutrale Organisation.

Wir christlichen Arbeiter sind mit den andersgläubigen Arbeitern zusammen in der Fabrik, leben im selben Hause, treffen mit ihnen hier und da und dort zusammen, warum sollen wir nicht mit ihnen in derselben Berufsorganisation zusammen sein, um gemeinsam zu arbeiten an der Hebung unsrer Lebenslage? Wir können die 600 000 in freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter nicht übersehen, wir können auch nicht hoffen, daß wir nach fünfzig Jahren die ungläubigen Arbeiter zu gläubigen gemacht haben; nehmen wir also die Dinge wie sie sind und suchen wir mit einander auszukommen. Wenn wir in wirtschaftlichen Fragen mit den andern Organisationen zusammen gehen können, dann sehe ich nicht ein, weshalb wir uns nicht völlig vereinigen können, wenn erst die Organisationen Politik und Religion aus dem Spiele lassen und rein wirtschaftliche Berufsvertretungen sind. Deshalb werden wir noch lange keine Socialdemokraten, denn wir halten fest an unsren politischen und religiösen Anschauungen. Aber in Bestrebungen um Besserung unsrer Lebenslage gehören wir Arbeiter alle zusammen und deshalb bleibt als Ziel aller Organisationsarbeit die neutrale, die allgemeine Gewerkschaft. (Lebhafter Beifall.)

Brust ist der Meinung, man könne aus der Gewerkschaftsbewegung das Wort christlich ruhig streichen, die Ueberzeugung und der Wille, an dieser Ueberzeugung nicht rütteln zu lassen, hänge nicht an Namen. Wir gehen mit den alten Verbänden in praktischen Fragen zusammen, weil wir wissen, daß in solchen Fällen diese Organisationen sich unparteiisch verhalten und sich von rein wirtschaftlichen Absichten leiten lassen. Warum sollen wir uns nicht auf immer mit ihnen vereinigen, wenn wir wissen, daß sie nichts als wirtschaftliche Zwecke verfolgen und Religion und Politik aus dem Spiele lassen. In die Organisation gehört weder die socialistische noch die christliche Weltanschauung; wenn das offen anerkannt und ausgeübt wird auf beiden Seiten, dann fällt jeder Grund weg für fernere Trennung, dann muß die paritätische Gewerkschaft in ihr Recht treten. (Beifall.)

Im Sinne von Brust und Giesberts äußern sich Pesch-Krefeld und Bärn-Frankfurt. Letzterer hält die christlichen Gewerkschaften nur für ein Uebergangsstadium; die Vereinigung aller Arbeiter eines Berufs in der einheitlichen Organisation sei das erstrebenswerte, weil notwendige Ziel. Bebel habe sich jüngst für den Ausschluß von Religion und Politik aus den Gewerkschaften erklärt; das sei als ein Fortschritt gegen früher anzuerkennen, und es wäre gut, wenn die übrigen Partei- und Gewerkschaftsführer sich alle auf den Bebelschen Standpunkt stellten, dann wäre ein großes Hindernis für die paritätischen Gewerkschaften beseitigt. (Beifall.)

Im Sinne des Kölner Antrags äußern sich Berse-Bochum vom Verband der christlichen Bergarbeiter und Redacteur Roth-Stuttgart. Letzterer meint, der Gegensatz zwischen christlich und socialistisch lasse sich nicht aus der Welt schaffen, und wer zugebe, daß die christlichen Organisationen noch etwas andres zu erfüllen hätten, als bloß wirtschaftliche Aufgaben, der könne nie und nimmer für paritätische Gewerkschaften sein.

Die Diskussion nimmt zeitweise einen sehr erregten Charakter an, namentlich als verschiedene Redner bemerken, daß die Gegnerschaft gegen die paritätischen Gewerkschaften nicht auf seiten der Arbeiter sei, sondern von Leuten ausgehe, die außerhalb der Arbeiterbewegung ständen. Es ist damit der Verleger des Aachener „Volksfreund", Herr Immelen und Pfarrer Dießen in Köln gemeint. Die Vertreter der Aachener und Kölner Organisation weisen es zurück, daß sie bloß Strohmänner seien, die sich von andren vorschieben ließen; was sie hier verträten, sei ihre und ihrer Kollegen Meinung. Schließlich wird die Debatte dadurch erledigt, daß auf Antrag Giesberts über den Kölner Antrag zur Tagesordnung übergegangen wird. Dann wird der Kongreß, nachdem als Tagungsort des nächsten Krefeld festgesetzt ist, geschlossen.

Kommunales.

Der zur Vorberatung der Ortsstatuten betreffs der Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Beamten von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuß hat gestern in zweiter Lesung die beiden Ortsstatuten angenommen. Ueber die Verhandlung wird gemeldet: Durch diese Ortsstatuten, von welchen sich das eine auf die eigentlichen Kommunalbeamten und das andre auf sämtliche übrigen städtischen Beamten und Lehrer bezieht, wird die Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Angestellten in wesentlich günstigerer Weise geregelt als dies bisher der Fall war. Ueber die für die Staatsbeamten geltenden Grundsätze hinaus sind den Gemeindebeamten erhebliche Vergünstigungen zugebilligt. Insbesondere erhalten sie schon in den ersten zehn Jahren ihrer Dienstzeit Hinterbliebenen-Versorgung, auch sind die Minimal- und Maximalsätze der Witwen- und Waisengelder erheblich höher normiert als in den Staatsgesetzen. Von ganz besonderer Bedeutung ist das zweite gestern beschlossene Ortsstatut für die Gemeindeschul-Rektoren- und Lehrer, insofern diesen nunmehr eine Hinterbliebenen-Versorgung in demselben Umfange zugebilligt ist, wie den übrigen städtischen Beamten. Die beiden Ortsstatute werden voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung kommen. Zum Berichterstatter ist der Stadtv. Hugo Sachs gewählt.

Bürgersteig-Unterhaltung. In einem Rechtsstreit, welcher zwischen dreizehn Eigentümern aus Lichtenberg und der Polizeiverwaltung wegen Unterhaltung der Bürgersteige schwebt, hat der Kreisausschuß in erster Instanz angenommen, daß die Unterhaltungspflicht infolge von Observanz den Eigentümern obliege. Die Kläger beruhigen sich bei dieser Entscheidung nicht, sie wollen die Sache durch Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts endgültig zum Austrag bringen.

Lokales.

Aus allem Gift zu saugen versteht die „Konservative Korrespondenz". Sie schreibt: „Wie sehr die Preise der notwendigsten Lebensmittel in den letzten Jahren gestiegen sind, hat, wie der „Vorwärts" sehr zutreffend bemerkt, die weniger bemittelte Bevölkerung bitter genug am eignen Leibe erfahren. Nach den Berichten des städtischen Waisendepots beispielsweise sind die Ausgaben für die Beköstigung der Kinder und der Beamten im letzten Verwaltungsjahre wieder um ein beträchtliches gestiegen. Von 1894 bis 1895, wo die neuerliche Steigerung begann, bis zum Jahre 1898/99 erhöhten sich die jährlichen Beköstigungsausgaben für ein Kind von 106,45 auf 116,27 M., für einen Dienstboten von 292,74 M. auf 319,74 M., für einen Beamten von 425,80 M. auf 465,08 M.

Statt nunmehr anzuerkennen, daß der Arbeiterschaft die Pflicht und Schuldigkeit obliegt, durch eine kräftige Gewerkschaftsorganisation dafür zu sorgen, daß sich ihre Lebensbedingungen angesichts der allgemeinen Teurung wenigstens nicht verschlechtern und statt weiter die gegenwärtige Arbeiterbedrückungs- und Schutzzollpolitik zu tadeln, welch letzterer zum beträchtlichen Teil die Teurung zuzuschreiben ist, bringt die „Kons. Korr." es fertig, den Arbeitern ein bißchen verschärfte Agrarpolitik zu empfehlen. „Vielleicht", so meint das amtliche Mundstück der konservativen Partei, „überlegt es sich die Socialdemokratie einmal, ob es nicht im Interesse der weniger Bemittelten läge, die deutsche Landwirtschaft gegenüber den Händlerringen zu kräftigen, anstatt diesen letzteren noch weiter die Schleppe zu tragen."

Dieser Rat ist deplaciert, wo die konservative Reichstagsfraktion doch selber jeden Tag freie Hand hat, in öffentlichen Versammlungen die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß das Maß irdischen Arbeiterglücks bei 15 M. Getreidezoll erst richtig voll wird.

Das Unglück auf dem Wannseebahnhof zu Groß-Lichterfelde, über das wir gestern berichteten, ist nicht das erste in seiner Art und wird leider auch nicht das letzte sein, wenn das reisende Publikum sich nicht besser seiner Pflichten gegen die Eisenbahnbeamten erinnert. Man kann offen sagen, daß der Stationsassistent Garmer, der jetzt schwer verletzt im Elisabeth-Krankenhaus darniederliegt, einzig der Lässigkeit eines unbekannten Fahrgastes zum Opfer gefallen ist. Auf jeder Stadtbahn- und Vorortstation ist zu beobachten, wie Fahrgäste nach dem Besteigen eines Eisenbahnwagens sich um das Schließen der Coupeethüren nicht weiter kümmern, sondern diese Arbeit rein aus Bequemlichkeit den Angestellten überlassen. Diese können dann bei der Schnelligkeit, mit welcher der Stadtbahn- und Vorortverkehr sich abwickelt, die Thürgriffe der einzelnen Coupees oft erst dann umzudrehen versuchen, wenn der Zug schon in beträchtlicher Geschwindigkeit an ihnen vorbeieilt. Im Laufe der Zeit erlangen die Bediensteten eine achtungswerte Uebung in dieser Arbeit, so daß weit weniger Unfälle vorkommen, als der Fahrgast annehmen muß, der den Beamten dicht am Trittbrett neben dem Zuge herlaufen sieht, um zur Sicherung des lässigen Publikums noch schnell den Thürgriff zu erhaschen. Die Gefahr dieser Arbeit wie auch ihre Vermeidbarkeit hat sich aus dem vorgestrigen Unglück von neuem ergeben. Die Verrichtung, die den Beamten zuweilen Leben und Gesundheit kostet, kann der Fahrgast, sobald er das Coupee bestiegen hat, mit leichter Mühe und ohne die Spur einer Gefahr auf sich nehmen, und er sollte das grundsätzlich thun aus Achtung vor dem Leben seiner Mitmenschen.

Zu dem Strafverfahren gegen die 19 Personen, welche sich am 20. Mai an den anläßlich des Straßenbahn-Ausstands vorgekommenen Ruhestörungen beteiligt haben sollen, ist noch mitzuteilen, daß die Anklage sich gegen Spielvogel und Genossen richtet; der angeklagte Arbeiter Spielvogel ist bereits 60 Jahre alt. Dem Berufe nach bestehen die Angeklagten aus 7 Arbeitern, 1 Bügler, 1 Hausdiener, 1 Kaufmannslehrling, 1 Pfefferküchler, 1 Schlosser, 1 Schneider, 1 Schriftsetzer, 1 Schüler, 1 Straßenbahnführer, 1 Tischlergesellen, 1 Vergolder, 1 Zuschneider.

Bei Abholung der Alters- und Invalidenrente wird in neuerer Zeit den Empfängern viel Zeitverlust bereitet. Während sich auf der Post infolge der praktischen Einrichtungen und Anordnungen die Auszahlung der Rente ziemlich glatt abwickelt, ist die Unterzeichnung und Zurückgabe der Quittungsbogen auf manchen Polizeibureaus mit Schwierigkeiten verknüpft. Es scheint, als ob es an einer einheitlichen Regelung in Betreff der Aushändigung der Quittungsformulare an die zur Empfangnahme Berechtigten mangelt. Während auf dem einen Polizeibureau das unterzeichnete Formular anstandslos an die Frau oder Tochter des Rentners, der vielleicht durch Arbeit oder Krankheit verhindert ist, selbst zu kommen, ausgehändigt wird, wird, wenn der Rentenberechtigte sie zur Abholung legitimiert hat, auf einem andern Bureau die Aushändigung strikte abgelehnt. Und auf einem Bureau im Südosten erklärte der Beamte, wenn der Rentner erkrankt ist, dann bringt ihm eben ein Schutzmann den Schein in die Wohnung. Bei einem solchen Verfahren aber kann der doch gewiß auf sein Rentengeld angewiesene Invalide oft lange warten, ehe er es erhält, während die Hauswirte, in deren Hände die Rente alsbald fließt, nichts weniger als geduldige Warter sind. Außerdem giebt der Besuch eines Schutzmanns dem lieben Nachbar bekanntlich reichen Stoff zur Unterhaltung. Wenn daher solche Anordnung auch gewiß nur dazu beitragen soll, dem Rentenempfänger sein Geld zu sichern, so ist sie doch viel zu umständlich, und es wäre zu wünschen, daß ein andrer und allgemein geltender Modus bald getroffen würde.

Eine neue Einrichtung hat die kgl. Eisenbahn-Direktion durch die Bestellung von Bahnspediteuren getroffen, welche die Anfuhr von Eil- und Frachtstückgütern von den Wohnungen der Versender nach den Berliner Bahnhöfen und umgekehrt zu mäßigen Sätzen ausführen. Eine große Zahl von Geschäften, welche durch Plakate kenntlich gemacht sind, ebenso die sämtlichen Fahrkarten-Ausgaben, Gepäck-, Güterabfertigungs- und Auskunftsstellen ꝛc. verabfolgen kostenlos Anmeldekarten zur Abholung von Gütern aus der Behausung der Versender. Die ausgefüllten Karten können unfrankiert in einen zum Berliner Postbezirk gehörigen Briefkasten geworfen werden. Die Anmeldungen können auch mündlich oder durch Fernsprecher bei den Güterabfertigungsstellen, den aus Plakaten ersichtlichen Bahnspediteuren und dem Auskunftsbureau auf Bahnhof Alexanderplatz bewirkt werden. Die direkte Anmeldung bei den Bahnspediteuren ist besonders zu empfehlen, sofern der Bahnhof, von welchem das Gut

am zweckmäßigsten abgesandt wird, dem Versender bekannt ist. Die Abholung der angemeldeten Güter erfolgt dann gegen Empfangs-Bescheinigung bei Frachtgut spätestens innerhalb zehn, bei Eilgut innerhalb sechs Geschäftsstunden nach Eingang der Anmeldung bei der Güterabfertigungsstelle oder dem Bahnspediteur. Als Geschäftszeit gelten die Stunden von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Künstlerelend. Ein Schauspielerstreik ist im Victoria-Theater ausgebrochen. Das Publikum, das sich zu der vorgestrigen Vorstellung der „Kanonenkönigin" eingefunden hatte, hörte hinter dem Vorhang erregte Worte. Plötzlich erschienen eine Anzahl Schauspieler im Zuschauerraum und teilten dem Publikum mit, daß es keine Vorstellung gebe, denn sie spielten nicht, weil sie ihre Gage nicht bekommen könnten. Ehe sie nicht wenigstens einen Teil ihrer Mai-Gage erhalten hätten, würden sie nicht auftreten. Sie nahmen dann auf den ersten Reihen Platz und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Schließlich wurde die Vorstellung abgesagt und das Publikum verließ das Haus. An der Kasse kam es noch zu erregten Scenen, da viele Besucher ihr Geld zurück verlangten und der Kassierer nicht gleich zu finden war. Es gab dabei einige heftige Auseinandersetzungen mit den Theaterangestellten, bis die Besucher sich zerstreuten. Die Direktion theilt uns mit, daß sie die Gagen des Personals gestern beglichen habe.

Das neue selbstthätige Fernsprech-Vermittelungsamt zeigt bei der gegenwärtigen Neigung der Luft zu Gewittern einen neuen Vorzug. Während im allgemeinen Fernsprechnetz der Betrieb oft, wie zum Beispiel vorgestern nachmittag, stundenlang eingestellt werden muß, geht der Betrieb des selbstthätigen Amts ohne jede Unterbrechung weiter, ebenso wie das Amt ununterbrochenen Nachtdienst hat.

Ueber den im Kaisergebirge verunglückten Studenten Hermann Scherer, den Sohn des verstorbenen Germanisten, schreibt Professor Hermann Grimm, sein Taufpathe und Vormund, der „Nat.-Ztg.": „Hermann hatte als Schüler des Joachimsthalschen Gymnasiums sein Maturitätsexamen eben bestanden und sich nach München begeben, um dort zunächst sein Jahr abzudienen. Seine Studien wollte er der englischen Sprache zuwenden. Er war ein kräftiger, hoher, blonder Jüngling und hat seiner Mutter, die er, wie seine Schwester zärtlich liebte, nie Kummer gemacht. Nach München wandte er sich zuerst, weil dort der Bruder seines seligen Vaters als angesehener Maler lebt."

Hundertmarkscheine als Reklamezettel. Am Geldschalter des Postamts 16 in der Köpenickerstraße wechselte gestern eine circa 20jährige Angestellte eines größeren Geschäfts einen Tausendmarkschein. Das erhaltene Geld (neun Hundert-, 16 Fünf- und einen Zwanzigmarkschein) wickelte sie in ein Telegrammformular ein und trug es in Begleitung eines jungen Mädchens zum Geschäft. Beim Aufwickeln des Papiers stellte sich zu Hause heraus, daß das Geld unterwegs herausgefallen war. Es wurde nun nach dem Verbleib des Geldes geforscht, und dabei stellte sich heraus, daß Kinder das Geld gefunden und in dem Glauben, es seien sogenannte Reklamescheine, an die Vorübergehenden verteilt haben. 300 M. hat die Verliererin zurückerhalten. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, dem bedauernswerten, armen Mädchen wieder zum Gelde zu verhelfen.

Gegen das Aushängen der antisemitischen Bilderbogen in den Schaufenstern gewisser Antisemitenkneipen ist die Polizei eingeschritten. Unter Bezugnahme auf das alte preußische Preßgesetz von 1851 werden die betreffenden Wirte aufgefordert, die Bilderbogen aus ihren Schaufenstern zu entfernen, widrigenfalls ihnen eine Geldstrafe von 50 M. angedroht wird. Gegen die polizeiliche Verfügung ist seitens der Wirte Beschwerde erhoben worden.

Zwei Kindesaussetzungen beschäftigen seit Mittwochabend die Behörden. Es handelt sich in beiden Fällen um neugeborene Kinder, in dem einen um ein Mädchen, in dem andern um einen Knaben. Das Mädchen wurde in der siebenten Abendstunde von Schulkindern an der Ecke der Wilhelm Stolze- und Kochhann-Straße gefunden, wo es, in ein Hemd und mehrere Unterröcke eingewickelt, auf dem unbebauten Felde lag. Die nächste Rettungsstation in der Frankfurter Allee ließ dem Kinde, das noch nicht ganz ausgetragen zu sein scheint, eine sachgemäße Pflege zu teil werden und es dann nach der Charité bringen, wo es wohl und munter ist. Die Mutter ist noch nicht ermittelt. — Der kleine Knabe befand sich in einer noch schlimmeren Lage; er wurde auf dem Grundstück Bartelstr. 9 in einer Düngergrube gefunden. Zwischen 8½ und 9 Uhr ließ ein Mädchen im Anfang der dreißiger Jahre, das ein schwarzes Kleid, eine weiße Schürze und einen rehfarbenen Umhang trug, vor der Einfahrt des genannten Hauses einen Kinderwagen stehen, verweilte eine Zeitlang auf dem am Hofe gelegenen Abort und fuhr dann mit dem Kinderwagen weiter. Gleich darauf hörten Arbeiter aus einer zu den auf dem Grundstück befindlichen Pferdeställen gehörenden Düngergrube heraus das Geschrei eines Kinds. Sie hoben den Bohlendeckel auf und sahen nun einen neugebornen Knaben mit dem Rücken auf dem Dünger liegen. Die Mutter, die ebenfalls noch nicht ermittelt ist, muß den Deckel unbemerkt aufgehoben, das Kind einfach weggeworfen und dann den Deckel wieder geschlossen haben. Zum Glück füllte der Dünger die Grube bis oben hin, so daß der Kleine weich gefallen war. Auch der Knabe blieb munter und wurde ebenfalls von einem Schutzmann in ein Krankenhaus gebracht.

Verschwundenes Kind. Seit Mittwochmittag ½1 Uhr ist das 2¾ Jahre alte Töchterchen des Urbanstr. 52 wohnhaften Postpackmeisters Möbius verschwunden. Das Kind war von der Mutter zu dem in demselben Hause wohnenden Kaufmann geschickt worden, um für zehn Pfennig Salz zu holen, hat aber den Auftrag nicht ausgeführt und ist auch nicht in die elterliche Wohnung zurückgekehrt. Das Kind führt den Vornamen Trudchen, ist kräftig und gut entwickelt, spricht deutlich und ist von zutraulichem Wesen. Es war bekleidet mit einem blauweißen, kurzärmeligen Kattunkleid, einer schwarzen, rotbesetzten Schürze, schwarzen Halbschuhen und ebensolchen Strümpfen. In den blonden Haaren trug es einen mit grünem Band durchzogenen Kamm. Die besorgten Eltern bitten dringend jeden, der über den Verbleib des Kindes etwas weiß, um Auskunft.

Durch zwei Revolverschüsse versuchte sich vorgestern abend um 6 Uhr die 29 Jahre alte Arbeiterfrau Malischewska aus der Lortzingstraße 40 zu töten. Ihre Ehe, die erst seit Oktober vorigen Jahres besteht, ist von Anfang an unglücklich gewesen. Streit war an der Tagesordnung und auch über Mißhandlungen klagte die junge Frau. Am Montagabend erklärte sie einem Kind ihrer Schwester, daß sie sich das Leben nehmen werde. Als deshalb die Schwester sie vorgestern besuchte, um sie zu beruhigen, lag sie, mit zwei Revolverschüssen in der Brust, schwer verletzt auf dem Sofa. Ein Lückscher Rettungswagen brachte die Lebensmüde nach dem St. Hedwigs-Krankenhause.

Eine Verkehrsstörung entstand gestern, Donnerstagnachmittag, kurz vor 4 Uhr, durch Entgleisung eines Straßenbahnwagens in der Jerusalemerstraße. Am Treffpunkt dieser und der Lindenstraße liegt eine Kreuzungsweiche. Diese versagte, als der Wagen Nr. 1252 der Linie Kreuzberg-Gesundbrunnen von der Linden- in die Jerusalemerstraße einbog. Der Wagen entgleiste und sperrte eine Viertelstunde lang das eine Geleise, bis es gelang, ihn mit Winden wieder auf die Schienen zu bringen. Die Wagen wurden unterdessen über den Dönhoffplatz herumgelenkt.

Ein Opfer des Hitzschlags ist der 28 Jahre alte Arbeiter Ernst Lindemann aus der Schönhauser Allee 152 geworden. Lindemann war am Mittwochnachmittag mit seiner Braut auf seinem Laubenland bei der Ringbahn in der Nähe der Lorbergschen Baumschule an der Schwedterstraße bei der Arbeit. Gegen 3 Uhr brach er plötzlich zusammen und starb nach wenigen Minuten. Ein Arzt, der von der Rettungswache in der Kastanien-Allee herbeigerufen wurde, konnte nicht mehr helfen.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Herr Direktor Archenhold am Sonnabend, den 9. Juni, abends 7½ Uhr, über: „Der Mond im Treptower Riesen-Fernrohr." Am Sonntag, den 10. Juni, lautet das Thema für den 5 Uhr-Vortrag: „Ein Ausflug in die Sternenwelten" und für den 7 Uhr-Vortrag: „Rückblick auf die Astronomie des 19. Jahrhunderts."

Mit dem Riesen-Refraktor wird von 2—8½ Uhr die Venus und von 8½ bis 12 Uhr abends der Mond beobachtet. Zu allen diesen Veranstaltungen haben die ermäßigten Vereinsbillets Gültigkeit.

Hunde-Ausstellung. Am 9. und 10. Juni ds. Js. findet zu Pankow bei Berlin im Restaurant Linder eine Internationale Hunde-Ausstellung, veranstaltet von der Berliner Gesellschaft der Hundefreunde, statt. Es sind 333 Jagdhunde, 280 Luxushunde und 47 Schoßhunde der verschiedensten Rassen angemeldet und 1200 Nennungen zu 478 Klassen erfolgt. Von den kynologischen Vereinen und namhaften Hundezüchtern sind 125 Ehrenpreise gestiftet worden.

Aus den Nachbarorten.

Der Socialdemokratische Verein von Johannisthal-Schöneweide hielt Sonnabend bei Mertins seine Versammlung ab. Dr. Weyl hält einen Vortrag: „Der Kampf um die Gesundheit". Gäste willkommen.

Die Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs sendet uns folgende Zuschrift: Mit Bezugnahme auf die in Ihre Zeitung aufgenommene, gegen unsre Kasse gerichtete Erklärung des Herrn Stadtverordneten Richard Arnold in Charlottenburg bitten wir um Aufnahme folgender Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß der Herr Regierungspräsident die Liquidationen des früheren Kassenvorsitzenden Arnold gebilligt hat. Die höhere Verwaltungsbehörde hat nur bezweifelt, daß die Kasse mit Anstellung eines Prozesses gegen Herrn Arnold einen wesentlichen Erfolg erzielen würde und eine gütliche Einigung mit demselben empfohlen. Die Generalversammlung der Kassen-Delegierten vom 29. April dieses Jahres hat daraufhin sowohl von einer vermögensrechtlichen Inanspruchnahme des Herrn Arnold, als auch von einer Einigung mit demselben Abstand genommen unter dem Ausdruck schärfster Mißbilligung, daß ein im Ehrenamt befindliches Vorstandsmitglied für geringfügige und für die Kasse wertlose Leistungen sich erhebliche Summen als Entschädigung auszahlen ließ. Für die Aufsichtsbehörden kam nur die quantitative Geschäftigkeit des Herrn Arnold in Betracht, in eine qualitative Würdigung seiner Leistungen konnten dieselben nicht eintreten, sonst würde die Entscheidung der Aufsichtsbehörde anders ausgefallen sein. Der Kassenvorstand.

Der Militärstaat. Aus Schöneberg wird uns berichtet: Die Entlassung von 8 Diätaren, 8 Hilfsarbeitern und 6 Eleven zum 1. Oktober resp. 1. April in der städtischen Verwaltung ist auf Verlangen des Regierungspräsidenten soeben vom Magistrat angeordnet worden. Für diese gekündigten Leute sollen nämlich — Militäranwärter eingestellt werden. Der Regierungspräsident fordert die strikte Durchführung des Militäranwärter-Gesetzes und hat deshalb auch das Ersuchen des Magistrats, diese harte Maßregel in etwas aufzuhalten, abgelehnt. Einzelne dieser Gekündigten sind hierselbst längere Zeit beschäftigt und wissen nun kaum, in welcher Weise sie sich eine neue Stellung erringen können.

Aus Rixdorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Walterstraße. Das Schulmädchen Louise Martin, dessen Eltern Walterstr. 28 wohnen, spielte auf dem Straßendamm und lief dabei im Eifer in einen elektrischen Straßenbahnwagen der Linie Britz—Schönhauser Allee hinein. Außer einer gefährlichen Kopfwunde erlitt das bedauernswerte Kind einen komplizierten Unterschenkelbruch und mußte nach dem Britzer Kreiskrankenhause gebracht werden. — Die hiesige Schuldeputation hat eine neue Feuerordnung für die Gemeinde-Schulen ausgearbeitet, nach welcher die Kinder jetzt für den Fall des Ausbruchs eines Brandes instruiert werden. Bei einem Probe-Alarm im Schulhause Erkstraße bewährten sich die neuen Vorschriften sehr gut, denn das nach altem Stil gebaute umfangreiche Gebäude wurde von den 1400 Schülern in 2 Minuten 40 Sekunden in größter Ordnung geräumt.

Zu der vorgestrigen Notiz über den besonders schweren Dienst der Briefträger beim Postamt 1 in Charlottenburg wird uns geschrieben: Das Verfahren des Postdirektors dürfte, die Richtigkeit der Mitteilung vorausgesetzt, daß er die Anzahl der wöchentlichen Dienststunden der Briefträger auf 68 bemessen hat, wenig den Intentionen des Herrn von Podbielski entsprechen, welche in dem Erlaß über die Regelung der Arbeitszeiten im Postdienste vom 17. April 1899 niedergelegt sind. Danach kann bezüglich des Arbeitsmaßes der Unterbeamten, wenn der Dienst leicht ist, bis zu 69 Dienststunden wöchentlich gegangen werden; es ist jedoch bis zu 60 Arbeitsstunden herabzugehen, wenn die Leistungen schwierig sind. Ersteres ist auf die Unterbeamten in der Provinz berechnet; das Niedrigstmaß von 60 Stunden wöchentlich kommt für die Großstädte und Industriebezirke in Betracht. Es wäre demnach angebracht, wenn im Bureau des Herrn Postdirektors in Charlottenburg I, wo die Stundenpläne aufgestellt werden, der betreffenden Verfügung des Staatssekretärs etwas mehr Beachtung geschenkt würde; verantwortlich für die Befolgung derselben bleibt aber immer der Amtsleiter. —

Gerichts-Zeitung.

Die Straßenvorgänge während des Ausstands der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigen zur Zeit die Gerichte. Zunächst gelangen die einer Uebertretung, wie Verübung groben Unfugs, Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung usw. beschuldigten Personen zur Aburteilung. Die schwereren Vergehen werden demnächst die Strafkammer beschäftigen. Gestern fanden zehn Verhandlungen vor der 143. Abteilung des Schöffengerichts unter dem Vorsitze des Amtsgerichtsrats Bach statt, die sich gegen Personen richteten, welche anläßlich der „Krawalle" verhaftet worden. Jeder der Angeklagten wollte nur ein müßiger Zuschauer gewesen, oder ohne sein Verschulden in die Sache verwickelt worden sein. In keinem einzigen Fall erfolgte ein freisprechendes Urteil, sondern in den meisten Fällen wurde nach dem Antrag des Amtsanwalts Schroer auf das zulässig höchste Strafmaß — sechs Wochen Haft — erkannt. Dies begegnete auch dem Klempner Kamenz, gegen den folgendes für erwiesen erachtet wurde: Als in der Mittagstunde des 19. Mai einer der wenigen in Betrieb verbliebenen elektrischen Wagen durch die Kottbuserstraße fuhr, wurde er von einer entrüsteten Menschenmenge mit Hurra empfangen. Kamenz trat an einer Haltestelle dicht vor den Wagen, hob die geballte Faust empor und rief dem Führer zu: „Ihr verfl..... Streikbrecher, schämt Ihr Euch nicht!" Das Publikum begleitete diese Bemerkung mit tosendem Beifall, und eine große Menge folgte dem Transport zur Wache, als Kamenz verhaftet wurde. Alle derartigen Fälle wurden mit sechs Wochen Haft geahndet. Andre Angeklagte waren nur mittelbar bei den Tumulten beteiligt gewesen. Um größeren Menschenansammlungen auf dem Alexanderplatz vorzubeugen, wurde am Nachmittag des 20. Mai die Königstraße am Kreuzungspunkt der Neuen Friedrichstraße gesperrt. Der Kaufmann Kastellan soll wiederholt versucht haben, sich durch die Schutzmannskette hindurchzudrängen und den Aufforderungen der Beamten, zurückzubleiben und sich zu entfernen, kein Gehör geschenkt, sondern so lange lamentiert haben, bis er verhaftet wurde. Der Angeklagte behauptete, daß sich in seiner Begleitung ein jüngerer, etwas geistesschwacher Bruder befunden habe. Plötzlich sei er ins Gedränge geraten und von seinem Bruder getrennt worden. Er habe gern aus der Menschenmenge herauswollen, aber nicht gekonnt. Da habe er plötzlich von einem Schutzmann einen Stoß in den Rücken erhalten unter dem Ruf „Vorwärts!" Er habe nur erwidert, daß er doch nicht vorwärts könne, und darauf habe man ihn ohne weitres zur Wache geführt. Seine Erregung sei um so erklärlicher, da ihm sein Bruder abhanden gekommen sei. Die Schutzleute bekunden, daß der Angeklagte durch sein lautes Gegenreden die Menschenmenge „aufgestachelt" habe und daß seine Verhaftung nötig gewesen sei, um größere Ausschreitungen zu verhüten. Der Amtsanwalt wollte auch diesen Angeklagten mit einer Haftstrafe von vier Wochen bestraft wissen, der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß dieser Fall milder zu beurteilen sei. Es wurde auf eine Geldstrafe von 50 Mark erkannt.

Der Vorfall, der vor kurzem den Rechtsanwalt Oscar Gabriel in den Tod getrieben, beschäftigte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I. Rechtsanwalt Gabriel hatte eine Frauensperson zu verteidigen, die wegen Diebstahls angeklagt war. Im Untersuchungsgefängnis hatte sie es verstanden, ein Armband, welches sie eigentlich abliefern mußte, zu verbergen und als sie den Besuch ihres Verteidigers erhielt, hatte sie verstanden, dasselbe diesem in die Rocktasche zu bugsieren, ohne daß der Rechtsanwalt etwas davon merkte. Er fand das Armband erst zu Hause vor, machte der Gefängnis-Verwaltung Mitteilung und lieferte das Armband ab. Inzwischen hatte aber eine dritte Person, die die Manipulation mit dem Armband gesehen hatte, die Sache an die große Glocke gebracht und Rechtsanwalt Gabriel sah später aus einem Vermerk bei den Akten, daß gegen ihn der Verdacht aufgetaucht war, sich der Begünstigung schuldig gemacht zu haben. Obgleich sein Gewissen in dieser Beziehung vollständig frei war, regte der Gedanke, in solchem Verdacht auch nur vorübergehend gestanden zu haben, ihn mehr und mehr auf und trieb ihn schließlich dazu, Hand an sich selbst zu legen. Dies geschah gerade an dem Tag, als die betreffende Frauensperson vom Schöffengericht freigesprochen wurde. Sie konnte nämlich nachweisen, daß ihr das Armband von einer Freundin, die es vor Pfändung sichern wollte, zugesteckt worden war. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein und die 6. Strafkammer verurteilte die Angeklagte gestern wegen Pfandhinterziehung zu einem Tage Gefängnis. Auch in dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß kein Schatten eines Verdachts der Beihilfe auf den verstorbenen Rechtsanwalt Gabriel haften bleiben konnte.

Die falsche Ausfertigung einer gerichtlichen Zustellungsurkunde führte gestern den Briefträger Heinrich Hecht aus Pankow vor die zweite Strafkammer am Landgericht II. Der Angeklagte hatte am 13. März dieses Jahres eine gerichtliche Ladung mit Zustellungsurkunde bei dem Chemiker Pieper zu bestellen. Die Gattin desselben nahm ihm das Schreiben ab, er aber machte auf der Zustellung den Vermerk: „Dem Adressaten in der Wohnung persönlich übergeben." Diese Angabe war falsch und wurde deshalb zur Anzeige gebracht. Der Angeklagte erklärte die Sache sehr einfach. Frau Pieper habe die Entreethür geöffnet und ihm den Brief abgenommen. Während er die Urkunde ausfüllte, ging Frau Pieper mit dem Brief in ein Zimmer und sagte: „Du, hier ist ein Brief vom Gericht angekommen!" Darauf habe eine männliche Person geantwortet: „Gieb her!" Er habe nicht allein Herrn Pieper persönlich, sondern auch dessen Stimme gekannt und gerade aus der Stimme habe er den Schluß gezogen, daß Herr Pieper den Brief in Empfang genommen habe, und dementsprechend habe er die Zustellung ausgefüllt. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte sich geirrt hatte. Frau Pieper hatte den Brief nicht ihrem Gatten, sondern ihrem zufällig anwesenden Schwager übergeben. Die Strafkammer nahm zu Gunsten des Angeklagten an, daß hier nur ein entschuldbarer Irrtum vorliege und von einer Vorsätzlichkeit keine Rede sein könne. Deshalb wurde auf Freisprechung erkannt.

Achtung vor Menschenleben im Bergbau. Aus Bochum wird uns vom 6. Juni berichtet:

Durch unverantwortliches Gebahren bei der Menschenförderung auf Zeche „Germania" bei Marten, hat ein 21jähriger Anschläger (Signalgeber) den Tod von zwei Bergleuten, die aus dem Förderkorb in eine tiefer liegende Sohle herabstürzten, verschuldet, während vier andere, die in die Höhe getrieben wurden, mit leichteren Verletzungen davon kamen. Wie der Sachverständige Bergrat Scharf vorm Schöffengericht in Marten angab, hat der erst 4 Monate Bergarbeit treibende Angeklagte vom Signalgeben noch gar nichts verstanden — und dennoch wurde er an so einen verantwortungsvollen Posten gestellt! Das Urteil fiel aus diesen Gründen auch verhältnismäßig milde aus; es lautete wegen fahrlässiger Tötung nur auf einen Monat Gefängnis. Die klugen Beamten aber, welche den billig arbeitenden Anfängern im Bergbau das Wohl und Wehe der ganzen Belegschaft in die Hände geben, sind wohl vom Strafrichter kaum zu fassen, obwohl sie die öffentliche Meinung nach Lage der Sache für die eigentlich Schuldigen halten muß. Sache der Bergbehörden ist es ja noch, festzustellen, ob hier nicht bei der Einstellung des unerfahrenen Menschen als Anschläger ein Verstoß gegen die bergpolizeilichen Vorschriften begangen worden ist. Solche Verstöße werden aber gewöhnlich durch eine Geldstrafe gesühnt.

Vermischtes.

In der Konitzer Mordaffaire hat der dortige Erste Staatsanwalt nunmehr folgende Bekanntmachung erlassen: „In der Untersuchung wegen Ermordung des Gymnasiasten Ernst Winter ist es bisher nicht gelungen, zwei sehr wichtige Zeugen zu ermitteln, nämlich zwei junge Leute, anscheinend Gymnasiasten, die am Sonntag, 11. März, gegen 2 Uhr nachmittags sich auf der Danziger Straße in der Nähe der Mauerstraße bei Winter befunden haben. Einer von ihnen soll ebenso groß wie Winter, der andre kleiner gewesen sein, und einer einen grünen Hut getragen haben. Eine namhafte Belohnung wird diesen beiden jungen Leuten, wenn sie sich melden, oder demjenigen zugesichert, der ihre Namen angiebt."

Ueber eine Pulverexplosion in Jüterbog, welche am Mittwochnachmittag erfolgte, liegen folgende nähere Mitteilungen vor. Nachmittags in der 6. Stunde entlud sich über Jüterbog und Umgebung ein schweres Gewitter, in dessen Verlauf ein Blitz zündend in den im alten Lager gelegenen Pulverschuppen Nr. 1 fuhr. Der etwa acht Meter hohe, 20 Meter lange und 6 Meter tiefe Schuppen lag völlig isoliert und war von hohen Erdwällen umgeben. Er enthielt ungefähr 800 Centner Pulver, welches in Fässern verpackt war. Ein Löschen des Brands war natürlich in Rücksicht auf die große damit verbundene Gefahr undenkbar, und so beschränkte sich die Militärbehörde darauf, die gefährdeten Chausseen und Wege in einem Umfange bis zu 500 Meter Luftlinie abzusperren. Um 7 Uhr explodierte unter donnerähnlichem Krachen das erste Pulverfaß. Immer weiter griff der Brand um sich, und Explosion folgte auf Explosion, bis gegen 8 Uhr abends endlich das Hauptlager des Sprengstoffes von dem Feuer ergriffen wurde. Es folgte ein gewaltiges Krachen, eine riesige Feuersäule schoß weithin sichtbar empor und verschwand alsbald wieder, der Pulverschuppen hatte aufgehört, zu existieren. Brennende Trümmer desselben waren in einem Umfange bis zu 150 Meter umhergeschleudert. Weiteren Schaden hatte die Katastrophe glücklicherweise nicht angerichtet.

Auf dem Artillerie-Uebungsplatz in Poitiers ereignete sich ein ernster Unglücksfall. Vierzehn berittene Artilleristen führten einen Munitionswagen mit 40 Petarden nach dem Uebungsplatz, als plötzlich die Munition explodierte. Alle 14 Artilleristen wurden verletzt, darunter einige schwer; drei derselben werden wahrscheinlich das Augenlicht einbüßen.

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. Juni 1900.
Teils heiter, teils wolkig bei mäßigen westlichen Winden, kühlere Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Former

Hermann Zepp

am 6. d. M. plötzlich am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Freitag, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofs, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.